



Franz Meyer:

Die Gemeinden brauchen stabile Einnahmen

Bei seinem Antrittsbesuch bei KPV-Vorsitzendem Luitpold Braun sicherte der Finanzstaatssekretär die Unterstützung der Staatsregierung zu. **Seite 9**



Bruni Mayer:

Versorgung auf hohem Niveau bleibt gesichert

Die Kreiskrankenhäuser im Landkreis Rottal-Inn stehen vor ihrer größten Umstrukturierung. Für die Patienten entstehen viele Vorteile. **Seite 12**



Prof. Dr. Claus Grimm:

Historie erfolgreich zum Leben erweckt

Das Haus der Bayerischen Geschichte feierte 20-jähriges Jubiläum. Sein Leiter hat sich besondere Verdienste erworben. **Seite 3**

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 18. Dezember 2003

54. Jahrgang / Nummer 24



„Sammeln für einen guten Zweck“: Für Landesmutter Karin Stoiber in den Wochen vor Weihnachten eine besonders lohnende Aufgabe, die sie mit Hingabe erfüllt. Unsere Aufnahme entstand in ihrer Heimatstadt Wolfratshausen. Bernhard Reith, Leiter des dortigen Service-Centers von Erdgas Südbayern (ESB), überreichte der Gattin von Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber einen großen Scheck für die Jugendarbeit in der Region. Unser Bild zeigt (v. l.): Bernhard Reith, Karin Stoiber, Paul Brauner, 2. Bürgermeister, und Vertreter des Jugendzentrums Stein.

Festakt in Augsburg:

Bayerische Bezirke läuten neue Ära ein

Manfred Hölzlein Nachfolger von Dr. Georg Sinnacher

Ein Niederbayer steht künftig an der Spitze des Verbandes der Bayerischen Bezirke. Der Landshuter Bezirkstagspräsident Manfred Hölzlein wurde im Rahmen der Jubiläumssitzung „175 Jahre Bezirke und 50 Jahre Bezirksordnung“ in Augsburg zum neuen Vorsitzenden gewählt. Er tritt damit die Nachfolge von Dr. Georg Sinnacher an, der nach fast 25 Jahren an der Spitze nicht mehr kandidiert hatte. Als Hölzleins Stellvertreter fungiert jetzt Oberbayerns Bezirkstagspräsident Franz Jungwirth, nachdem sein Kollege aus Oberfranken, Edgar Sitzmann, nach 13 Jahren als Vizepräsident ebenfalls ausgeschieden ist.

Der 61-jährige Hölzlein gehört seit 1974 dem niederbayerischen Bezirkstag an und führt ihn seit 1998. Damit ist er dienstältester Chef eines Bezirkstages. Vor seiner Politikarriere war der dreifache Familienvater Richter und stellvertretender Direktor am Landshuter Amtsgericht. Dass er in seiner neuen Funktion schwierigen Zeiten entgegensteht, daraus machte der passionierte

Hobby-Bergsteiger in seiner Antrittsrede kein Hehl.

Wesentliche Elemente des Bedarfs

Viele Kommunen seien pleite und nicht mehr in der Lage, den Bezirken über höhere Umlagen finanziell unter die Arme zu grei-

fen. Die Bezirke, so Hölzlein, werden in den nächsten Jahren daran gemessen werden, ob sie einen Beitrag zur Kostenreduzierung im Sozialbereich leisten können. Um die Finanzierbarkeit der Sozialausgaben langfristig sichern zu können, bedürfte es zunächst einer Überprüfung der in den Einrichtungen und Diensten angebotenen Leistungsstandards. Ziel müsse es sein, das Leistungsangebot auf die wesentlichen Elemente des Bedarfs zu konzentrieren.

In den für die Bezirke besonders wichtigen Verhandlungen über die Entgelte lägen weitere wichtige Ansatzpunkte zur Kostenreduzierung. Einen wichtigen Beitrag zur zukunftsgerichteten Zusammenarbeit mit den Einrichtungen könne zudem ein effektives Controlling sowie eine (Fortsetzung auf Seite 4)



Abschied und Neuanfang: Vor dem Schwabentor im Goldenen Saal in Augsburg verabschiedete sich der bisherige Präsident Dr. Georg Sinnacher vom Verband der Bayerischen Bezirke und hieß - gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Bayerischen Städtetags, Landshuts Oberbürgermeister Josef Deimer - seinen Nachfolger im Amt, Manfred Hölzlein, herzlich willkommen.

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postretiretsstück - Gebühr bezahlt - B 1578 - Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Postfach 825, 82533 Geretsried

Das Gute siegt immer!

Liebe Leserinnen und Leser, wenn man den Kritiken Glauben schenken kann, dann erwartet uns aus der Welt des Kinos in diesen Tagen ein „episches Abenteuer von Gut gegen Böse“, eine Geschichte von der Macht der Freundschaft, eigenem Mut und der heldenhaften Suche nach Wegen, um das Schlechte, das es in der Welt gibt, zu bezwingen. J.R.R. Tolkiens Meisterwerk „Der Herr der Ringe“ erfährt mit seinem dritten und letzten Teil „Die Gefährten“ seine Vollendung.

Mehr als 50 Millionen Menschen mehrerer Generationen rund um die Welt sind mit einer einzigartigen Legende aufgewachsen - der Erzählung über den grandiosen Versuch, die Menschheit zu retten

Lange vor unserer Zeit, an einem Ort, der sich Mitteleuropa nennt, hat ein dunkler und mächtiger Herrscher die Mächte des Bösen zusammengebracht, um die Kulturen des Landes Mitteleuropa zu zerstören und alle Lebewesen, die sich ihm in den Weg stellen, zu versklaven. Die Zeit für Sauron ist gekommen, und er benötigt nur noch ein kleines Objekt - einen Ring, der jahrhundertlang verloren gewesen ist, um das Licht der Zivilisation zu löschen und die Welt in Dunkelheit zu hüllen.

Obwohl er seine ganze Macht in die Suche nach dem einen Ring gesteckt hat, legt das Schicksal ihn in die Hände von jemand anderem - einem jungen Hobbit namens Frodo Beutlin, der den Ring erbt und zur Legende wird. Mit Hilfe seiner treuen Gefährten, den Hobbits Sam, Merry und Pippin, Gimli, dem Zwerg, den Menschen Aragorn und Boromir, mit der Unterstützung des Zauberers Gandalf und der Elben Arwen, Galadriel und Elrond

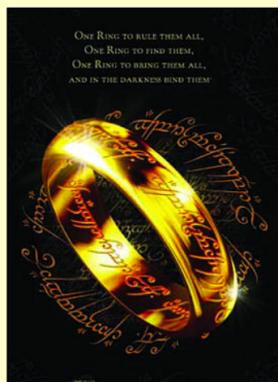
muss Frodo zum Schicksalsberg reisen, um den Ring zu zerstören. Wenn nicht er den Weg findet, dann kein anderer.

Das Werk kommt gerade zur rechten Zeit. Es passt zu unserem modernen Weihnachten, in dem viele sich nicht mehr die Mühe machen, christliche Riten zu zelebrieren, aber doch auf einer Suche sind nach „dem Guten“ in einer Welt, in der sich so viel Böses breit macht. Die weltweiten Sorgen sind groß, dass die Gefahr, die von international operierenden Terrororganisationen ausgeht, letztlich in einen Weltkrieg münden könnte, der das Ende der Menschheit bedeuten würde.

Aber auch die Nöte im eigenen Land rauben uns die Ruhe. Nein, ich spreche nicht von den materiellen Problemen, die unsere Gesellschaft wirtschaftlich in die Knie zwingen; ich meine die vielen Bösen, die sich in unserem unmittelbaren Lebensumfeld breit machen. Jeder kennt Geschichten, wie Menschen, die ein gutes Beispiel geben sollten, korrumpierbar geworden sind, wie selbstverständlich „Bakschisch“ erwartet wird von jemandem, der eigentlich seine Pflicht tun müsste, wie man „das eigene Schäfchen ins Trockene bringt“, mit welcher Chuzpe manche egomanische Ansprüche geltend machen und viele Menschen resignieren, weil sie sich nicht allein gegen „das Böse“ stemmen können.

Tun wir's trotzdem! Jeder an seinem Platz. Wenn wir alle nur ein bisschen Mut beweisen, standhaft und authentisch bleiben, dann werden wir die Welt verändern!

In diesem Sinn wünsche ich Ihnen frohe und gesegnete Weihnachten und für das neue Jahr alles Gute!
Ihre Anne-Marie von Hassel



Erste Reaktionen auf Vermittlungsausschuss:

Erstes Licht am Horizont

„Wir freuen uns über die Senkung der Gewerbesteuerumlage, damit ist der Zustand vor der Änderung 1999 wieder halbwegs hergestellt“, sagte der Landesvorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU, GZ-Herausgeber Landrat Luitpold Braun angesichts des am Wochenende erreichten Kompromisses im Vermittlungsausschuss.

Die Senkung der Gewerbesteuerumlage sei eine alte Forderung der KPV in Bayern. „Damit ist das Raubrittertum in diesem Bereich, das Rot-Grün 1999 eingeführt hat, beendet. Wir sind jetzt wieder auf dem Stand von vor dieser Zeit“, erklärte Braun.

Mit der Senkung von 28 auf 20 Prozent erhalten die Kommunen ca. 2,5 Mrd. Euro mehr in ihre Haushaltskassen, wobei das Vorziehen der Reform im Bereich der Einkommenssteuer auch Ausfälle zur Folge hat.

Dank an Stoiber

„Die Union, vorne weg der Bayerische Ministerpräsident Stoiber, hat mit Nachdruck für eine Gemeindefinanzreform im Ausschuss gekämpft. Wir sind froh, dass zumindest eine kleine Einigung zustande kam. Natürlich hätten wir uns noch mehr dringende und notwendige Entlastung gewünscht, aber das war mit Rot-Grün nicht zu erreichen!“, so Braun weiter. Auch das Optionsmodell bei

den Langzeitarbeitslosen geht nach Meinung der KPV in die richtige Richtung. Jetzt erhalten die Kommunen die Möglichkeit, auf eigenen Wunsch die Betreuung selbst zu übernehmen.

„Wir hoffen, dass die Reformen einen positiven psychologischen Effekt haben. Denn nur wenn der Motor der Konjunktur in Deutschland wieder anspringt, kommen die Kommunen wieder (Fortsetzung auf Seite 2)

Neues von Sabrina



Mit Blick auf Hajo Klein, der für eine Öffnung der Geschäfte an den Adventssonntagen plädiert, meint die Vorzimmerperle, dass gerade Kommunalpolitiker ein Auge darauf werfen müssten, das Ladenschlussgesetz generell wegzufügen. Denn nur so könne eine Verdichtung der Innenstädte verhindert werden. **Seite 15**

Sie lesen in dieser Ausgabe

Stoibers Sparkonzept bleibt umstritten	Seite 2
Landtag fordert europäische Subsidiarität ein	2
Sudetendeutsche Dimension	3
GZ-Kolumne Luitpold Braun: Unverzeihlicher Bruch des Stabilitätspakts	3
Ein Jahr Mobilfunkpakt	4
Gewinner der EU-Gemeinschaftsinitiative Leader-Plus	4
GZ-Fachthemen: Kommunalfinanzien	5 - 9
Kommunaler Bau	10 - 12
Aus den bayerischen Kommunen	13 - 16

Stoibers Sparkonzept bleibt umstritten

Zehnprozentige Ausgabenkürzung hält CSU in Bewegung - Dezentale Kritik von Landtagspräsident Glück - Staatsregierung bleibt bei den Eckwerten

Angesichts anhaltender öffentlicher Proteste gegen die Eckwerte des Sparkonzepts der Staatsregierung und der auch in der CSU-Landtagsfraktion noch teilweise leidenschaftlichen Auseinandersetzungen um das „Wie“ der Ausgabenkürzung 10% im Etat 2004, hat die Opposition in der letzten Plenarsitzung des Parlaments vor Weihnachten und vor den Klausurtagungen im Januar 2004 heftige Kritik geübt. SPD und Grüne befürchten, Bayern werde „kaputt gespart“ und fordern „eine stetige Haushalts- statt einer sprunghaften Sparpolitik“.

Finanzminister Prof. Kurt Falthäuser und die CSU zeigten sich entschlossen, den Sparkurs im Interesse einer zukunftsweisenden, nachhaltigen Politik fortzusetzen. Im einzelnen verwiesen sie auf die laufenden Verhandlungen in Kabinett und Fraktion sowie mit Kommunen und anderen Betroffenen.

Dringlichkeitsanträge

Die Opposition hatte ihre Kritik in Dringlichkeitsanträgen und mündlichen Anfragen zusammengepackt. Die SPD nannte in ihrem Antrag Bildung, Kinderbetreuung, Kommunen und innere Sicherheit als „politische und damit finanzwirksame Schwerpunkte“ für den Nachtragshaushalt 2004, den der Finanzminister Ende Januar im Landtag einbringen will. Seinem Ziel, ab 2006 ohne neue Schulden auszukommen setzten sie die Forderung entgegen, konjunkturell bedingte Steuerausfälle - es ist von derzeit 2,5 Milliarden € die Rede - durch Kreditaufnahmen auszugleichen. Die Grünen verlangten u.a. Erhalt der Etats für Bildung, Hochschu-

le und Forschung, Forcierung ökologischer Modernisierungen, die mittelfristig Kosten senken, Streichung ökologisch unsinniger Verkehrsprojekte, Verwaltungsreform nach ökonomischen, ökologischen und sozialen Kriterien sowie Überprüfung aller Fördermittel, Zuwendungen und Zuschüsse auf ihre Kosten/Nutzen-Relation.

Stetige Sparpolitik

Dr. Heinz Kaiser, der neue finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, nannte das Zieljahr 2006 „eine reine Fata Morgana und Wählertäuschung“ nach einer „leichtfertigen, expansiven Haushaltspolitik in den letzten drei Jahren mit der Verschleuderung von Privatisierungsmilliarden. Die jetzigen Kürzungsvorschläge seien „ein wahrer Horrorkatalog“. Die SPD fordere stattdessen „eine stetige statt sprunghafte Sparpolitik“.

Der gleichfalls neue Grünen-Experte Thomas Mütze meinte, der Ministerpräsident habe vor der Wahl und bis zu den Kabinettsbeschlüssen im Oktober mit niemandem über das Sparkon-

zept gesprochen, selbst mit der CSU-Fraktion nicht. Mit dem, was jetzt beabsichtigt sei, werde das Leben in Bayern nicht lebenswert bleiben. „Geiz ist eben nicht geil“, stellte Mütze fest. Er distanzierte sich aber auch von der SPD, die für „Schulden auf Teufel komm raus“ eintrete.

Steuerausfälle nicht durch neue Schulden ausgleichen

Für die CSU konstatierte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dr. Otmar Bernhard, es sei falsch, von der Bundesregierung mit verschuldete strukturelle Steuerausfälle durch neue Schulden auszugleichen. Das führe nur zu Stroheffekten. Im Antrag der Grünen sah Bernhard „ökologisch verbrämte Unverbindlichkeiten“, die uns nicht weiterbrächten. Die CSU sei entschlossen, nach eingehender Diskussion den von der Staatsregierung eingeschlagenen Kurs fortzuführen. Vernünftige Vorschläge zum Sparkonzept werde man im Rahmen des Möglichen in das Konzept einbeziehen.

Verantwortung der Bundesregierung

Der Finanzminister wies die Vorwürfe der Opposition wegen einer expansiven Ausgabenpolitik der vergangenen Jahre anhand vieler Zahlen zurück. Er betonte die Verantwortung der Bundesregierung für die wirtschaftliche Talfahrt und stellte dem die relativ stabile Lage Bayerns gegenüber. Gleichwohl sei jetzt eine Kraftanstrengung notwendig, um wieder Gestaltungsspielraum zu gewinnen. Die im Etat bisher vorgesehene Investitionsquote (Anteil an den Staatsausgaben) werde man allerdings nicht bei 14,5% halten können.

Bayern liege damit aber immer noch mit an der Spitze der Länder und vor dem Bundeshaushalt. Angesichts der Vorbehalte zu den Spareckpunkten in der CSU-Fraktion erklärte Falthäuser, er würde sich über die Zustimmung der Mehrheitsfraktion freuen.

Die oppositionellen Dringlichkeitsanträge wurden von der CSU abgelehnt, wobei die Grünen auch zur SPD-Vorlage Nein sagten. Dagegen stimmten die Sozialdemokraten für den Grünen-Antrag.

Konnexitätsprinzip und Konsultationsverfahren in der Praxis

In der Fragestunde ging es auch um das Konnexitätsprinzip, das seit dem Volksentscheid vom 21. September in der Landesverfassung steht. Die Abgeordneten Johanna Werner Muggendorfer (SPD) und Christine Kamm (Grüne) wollten wissen, wie die Staatsregierung die Praxis ab 1.1.2004 gestalten werde. Finanz-Staatssekretär Franz Meyer erklärte, den kommunalen Spitzenverbänden werde in Kürze ein erster Formulierungsvorschlag für die Konsultationsvereinbarung übermittelt. Darin wird die Praxis der neuen Verfassungsnorm geregelt, die Kommunen vor ausgabenwirksamen Gesetzen oder Beschlüssen anzuhören. Er sei sicher, betonte Meyer, dass im partnerschaftlichen Miteinander ein Verfahren vereinbart werde, „die das Konnexitätsprinzip für die tägliche Arbeit konkretisiert“. Selbstverständlich gelte die Konnexität ab 1.1.2004. Die Opposition zeigte sich nicht überzeugt.

Auswirkungen auf kommunale Bühnen

Als derzeit nicht zu beantworten, charakterisierte der Wissenschaftsminister die Frage des Würzburger SPD-Abgeordneten Rainer Bouter, wie sich die Kürzungspläne im einzelnen auf das Würzburger Mainfranken-Theater und insgesamt auf die kommunalen Bühnen auswirken werden. Minister Thomas Goppel ver-

wies auf das laufende Verfahren zur Aufstellung des Nachtragshaushalts 2004. Sein Ministerium werde sich im Wissen um die finanzielle Situation der Kommunen bemühen, die nichtstaatlichen Theater so weit wie möglich von den Einsparungen auszunehmen. Ob dies gelinge, hänge davon ab, dass andere Bereiche des Haushalts überdurchschnittlich belastet werden können.

Grundbürgschaften

Die SPD-Abgeordnete Marianne Schieder verlangte Auskunft darüber, ob die Staatsregierung bereit sei, anstelle der Kommunen die Grundbürgschaften für Projekte der örtlichen Sportvereine zu übernehmen, wenn die Städte oder Gemeinden aus finanzieller Not dazu nicht in der Lage seien. Kultus-Staatssekretär Karl Freller konnte keine Hoffnungen machen. Eine Bürgschaft des Freistaats sei nicht vorgesehen. Allerdings erübrige sich die Frage, da das entsprechende Darlehensprogramm ausgeschöpft sei. Die Sportvereine hätten jedoch weiterhin die Möglichkeit, die reguläre Sportförderung über den Bayerischen Landessportverband in Anspruch zu nehmen.

Keine Bestandsgarantie

Nach der vorgesehenen Verlängerung der Wochenarbeitszeit im öffentlichen Dienst auf 42 Wochenstunden und deren konkreter Auswirkung auf die Lehrer erkundigte sich der SPD-Abgeordnete Hermann Memmel. Staatssekretär Freller antwortete, es sei noch nicht entschieden, wie das auf die Unterrichts-pflichtzeit der Lehrer übertragen werden solle.

Pläne, die Mindestschülerzahl für Grund- und Hauptschulen anzuheben, was den Bestand mancher Schulen gefährden würde, brachte Marianne Schieder zur Sprache. Das Ministerium habe keine solchen Planungen und wisse auch von keinen der CSU-Fraktion, versicherte Freller. Er räumte ein, dass es beim Rückgang der Schülerzahlen keine Bestandsgarantie ge-

ben könne. Bisher sei man großzügig verfahren. Aber gerade bei Teilhauptschulen mit den Klassen 8 und 9 sei es wohl im Einzelfall nicht möglich, alle zu erhalten. Der Staatssekretär stellte Schulverbände zur Diskussion. Der SPD warf er vor, ihre Forderung nach Regionalschulen sei eine echte Gefahr für viele kleine Schulen.

Kritische Diskussion

Im Plenum verteidigte die CSU das Sparkonzept als sinnvoll und notwendige Voraussetzung für spätere Initiativen. In der Fraktionssitzung jedoch war zuvor die kritische Diskussion weitergegangen. Auch Landtagspräsident Alois Glück zeigte sich unzufrieden mit dem Vorgehen der Staatsregierung, wie er auf Journalistenfragen bestätigte. Indirekt nahm er dann bei der traditionellen Adventsfeier des Landtags im Steinernen Saal des Maximilianeum Stellung. In seiner Ansprache kam er auf den Sinn des Nachdenkens zu sprechen. Wenn er beim Bergwandern - seine Leidenschaft - mal die Orientierung verloren habe, neige auch er dazu, erst einmal schneller zu gehen. Doch das sei falsch. Es gelte, innezuhalten, auf die Karte zu schauen, sich zu orientieren und dann in Ruhe den richtigen Weg fortzusetzen. Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber, der mit Ehefrau zu den Gästen zählte, schien verstimmmt. Beim folgenden Abendessen hatte er dann Gelegenheit, mit Glück zu sprechen. **rm**

Erstes Licht am ...

(Fortsetzung von Seite 1) richtig auf die Beine!“, so Braun abschließend.

Mehr Schatten als Licht sehen die Repräsentanten von Bayerischem Gemeindetag und Bayerischem Städtetag, Bürgermeister Dr. Uwe Brandl und Oberbürgermeister Josef Deimer, im Verhandlungsergebnis. Während die Senkung der Gewerbesteuerumlage positiv bewertet wird, trauert man der Nichteinbeziehung der Freibeträger in die Gewerbesteuerpflicht nach. Deimer bedauerte vor allem, dass die in Aussicht gestellte Anhebung des kommunalen Anteils an der Umsatzsteuer von 2,2 auf 3 Prozent nicht beschlossen wurde.

Kompromiss Optionsmodell

„Das Optionsmodell bei den Langzeitarbeitslosen kann ich als Kompromiss akzeptieren“, sagte Dr. Brandl. Unverändert bleibe, weshalb die Gewerbesteuer nicht revitalisiert werden solle. Die vorgezogene Steuerreform wolle man in der Hoffnung akzeptieren, dass damit ein Signal für das Anspringen der Konjunktur gesetzt wurde. Auf folgende, die Gemeinden berührende Eckpunkte, hat sich der Vermittlungsausschuss geeinigt:

« Die Gewerbesteuerumlage, also der Anteil, den die Gemeinden an Bund und Land aus der eingenommenen Gewerbesteuer weiterleiten müssen, wird gesenkt. Ca. 2 Milliarden Euro sollen dadurch den deutschen Gemeinden zusätzlich zufließen.

« Die Gewerbesteuer bleibt unverändert. Die Einbeziehung der freien Berufe, wie von den kommunalen Spitzenverbänden gefordert, wird nicht weiter verfolgt.

« Die Betreuung der Langzeitarbeitslosen bleibt weiterhin Aufgabe des Bundes. Die Kommunen erhalten aber die Möglichkeit, auf eigenen Wunsch die Betreuung selbst zu übernehmen.

Die beschlossenen Kompromissformeln könnten aber eine grundlegende Reform der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden nicht ersetzen, so Brandl. Diese stünden weiterhin auf der Agenda. **«**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG
Bürgermeister Oskar Mangold
97656 Oberelsbach
am 27.12.

Bürgermeister
Matthias Kammerbauer
85462 Eitting
am 31.12.

Bürgermeister Albert Beer
85120 Hepberg
am 10.1.

ZUM 60. GEBURTSTAG
Bürgermeister
Werner Oberleiter
91224 Pommelsbrunn
am 25.12.

Bürgermeister
Heinz Berchtenbreiter
89264 Weißenhorn
am 27.12.

Bürgermeister
Dietmar Koltzenburg
90596 Schwanstetten
am 5.1.

Bürgermeister
Bernhard Kaspar
96250 Ebensfeld
am 1.1.

Bürgermeister Josef Huber
84544 Aschau a. Inn
am 10.1.

Bürgermeister Anton Galler
92360 Mühlhausen i. OPf.
am 11.1.

Bürgermeister
Wilhelm Remling
97291 Thüngersheim
am 15.1.

ZUM 55. GEBURTSTAG
Bürgermeister
Rainer Richter
95110 Kipfenberg
am 24.12.

Bürgermeister
Manfred Schafnitzel
86679 Ellgau
am 24.12.

Bürgermeister
Rupert Oberhuber
83549 Eiselberg
am 30.12.

Bürgermeister Franz Schwarz
94501 Aldersbach
am 31.12.

Bürgermeister Michael Rosner
63867 Johannesberg
am 7.1.

Bürgermeister
Gerhard Nürnberger
91807 Solnhofen
am 10.1.

ZUM 50. GEBURTSTAG
Oberbürgermeister
Norbert Kastner
96450 Coburg
am 23.12.

Bürgermeister Christian Mrosek
96257 Redwitz a. d. R.
am 25.12.

Bürgermeister Bruno Altrichter
97616 Bad Neustadt a. d. Saale
am 28.12.

Bürgermeister
Willi Amerding
86745 Hohenaltheim
am 30.12.

Bürgermeister Helmut Reck
91096 Möhrendorf
am 30.12.

Bürgermeister Alois Sauer
63849 Leidersbach
am 5.1.

Bürgermeister
Bernhard Winter
am 11.1.

ZUM 45. GEBURTSTAG
Bürgermeister
Johann Ostermünchner
83677 Greiling
am 13.1.

Bürgermeister Günter Stich
92685 Floß
am 15.1.

ZUM 40. GEBURTSTAG
Bürgermeister Roland Krieger
87772 Pfaffenhausen
am 22.12.

Bürgermeister Gerhard Brosch
87785 Winterrieden
am 17.1.

Landtag fordert europäische Subsidiarität ein

Insbesondere die Daseinsvorsorge soll Sache der Kommunen und Länder bleiben Unmittelbar vor der Regierungskonferenz zum Europäischen Verfassungsvertrag am 12./13. Dezember hat sich der Bayerische Landtag nochmals mit der Mahnung zu Wort gemeldet, die Interessen der Länder und der Kommunen in diesem Grundgesetz der ab nächstem Jahr 25 und später 27 EU-Mitgliedstaaten nach dem Subsidiaritätsprinzip zu berücksichtigen. Insbesondere in der Daseinsvorsorge dürfe kein Zuwachs zentraler Macht verankert werden. In diesem Sinne soll die Bundesregierung entgegenstehende Formulierungen ablehnen.

Alle drei Landtagsfraktionen hatten zur Bekräftigung früherer Beschlüsse Dringlichkeitsanträge eingebracht. Formal sind es Aufträge an die Staatsregierung, die ihrerseits das Anliegen gegenüber Bundesregierung als Verhandlungspartner in der EU-Regierungskonferenz zur Geltung bringen soll. Im CSU-Antrag werden u. a. „zentrale Vorgaben im Bereich der Daseinsvorsorge, der Wirtschaftspolitik und der Zuwendung“ abgelehnt. Ganz allgemein müsse der Verfassungsvertrag „auf den christlichen Wurzeln Europas gegründet“ sein. Kritisiert wird ferner, dass die Preisstabilität nicht mehr EU-Ziel sein und die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank eingeschränkt werden solle. Prof. Ursula Männle erläuterte im Plenum, zum Beispiel dürfe es keine Liberalisierung der Wasserversorgung und ähnlicher Dienstleistungen geben. Das müsse Sache der Kommunen bleiben. Den

Interessen der Kommunen

Die SPD stellt fest, die vorgeschlagene Regelung zur Daseinsvorsorge „widerspricht den Interessen der Kommunen“. Die Bundesregierung müsse sich darum bemühen, dass der EU „kein Gesetzgebungsrecht für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse“ eingeräumt werde. Wolfgang Hoderlein befürchtete, dass der Landtag mit seinen Forderungen keinen entscheidenden Einfluss auf die Konferenz und mögliche weitere Verhandlungen mehr haben werde.

Im Text der Grünen heißt es, man sehe „keine zielführenden Gründe, die einen horizontalen Gemeinschaftsrahmen für alle Bereiche der Daseinsvorsorge rechtfertigen würde“. Der vorliegende Verfassungsentwurf stärke

die Kompetenz der Gemeinschaft zu Lasten des Subsidiaritätsprinzips. Dr. Martin Runge kritisierte in diesem Zusammenhang auch den eigenen Außenminister Joschka Fischer und den Bundeskanzler.

Höchste Alarmstufe

Innenminister Dr. Günther Beckstein schlug in die gleiche Kerbe: Die Bundesregierung hätte schon längst mehr auf die Subsidiarität in der Daseinsvorsorge geben müssen. Neben Wasserversorgung nannte er stichwortartig auch den Bereich des Nahverkehrs. Angesichts der EU-Regierungskonferenz gelte die „höchste Alarmstufe“. Wie Hoderlein und Runge zweifelte auch Beckstein, dass der Landtagsappell noch entscheidende Wirkungen entfalten könne. Eine Hoffnung sahen sie in der Perspektive, dass das letzte Wort über die EU-Verfassung wohl erst im Vorfeld der Europawahl 2004 gesprochen werde.

Trotz übereinstimmender Tendenz der drei Anträge wurde wegen unterschiedlicher Einzelformulierungen nur der von den Grünen einstimmig gebilligt. Beim SPD-Antrag sagte auch die CSU Ja und die Grünen enthielten sich. Zum CSU-Text mochten beide Oppositionsfraktionen weder Ja noch Nein sagen. **rm**

20 Jahre Haus der Bayerischen Geschichte:

„Cranach war auch schon ein Schlawiner“

Historie erfolgreich zum Leben erweckt

Von Carl Friedrich von Weizsäcker stammt der Satz: „Was den Menschen auszeichnet, ist nicht, dass er Geschichte hat, sondern dass er etwas von seiner Geschichte begreift.“ Dafür sorgt das Haus der Bayerischen Geschichte nun schon seit über zwei Jahrzehnten: Vor 25 Jahren, am 1. Oktober 1978, wurde es „als selbständige, unmittelbar dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus unterstellte Behörde“ gegründet, und vor 20 Jahren, am 1. Januar 1983, wurde es mit Beschluss der Bayerischen Staatsregierung der Bayerischen Staatskanzlei angegliedert und nahm dort seine Arbeit auf.

Im Jahr 1993 zog das Haus der Bayerischen Geschichte nach Augsburg um. 1998 wurde es in das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst eingegliedert, wo es

nes Hauses der Bayerischen Geschichte“ hingewiesen hatte, dessen baldige Gründung er für dringend geboten hielt.

Auf der Seite der Historiker, die sich leidenschaftlich für die

den Maler-Unternehmer Cranach in Kronach hineinschreiben, „Ich wusste nicht, dass man aus Edelsteinen solche Bilder malen kann“ oder „Cranach war auch schon ein Schlawiner“, so spiegelte sich in diesen nicht ganz unrichtigen Erkenntnissen die intensive Auseinandersetzung mit den Lebensumständen einer früheren Zeit wider, betonte Goppel. Professor Grimm und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter veranschaulichten immer wieder erfolgreich die Lebenszusammenhänge früherer Zeit. Sie inszenierten und setzten Akzente, sie vernetzten auf eindrucksvolle Weise originale Urkunden und Reste vergangenen Lebens mit den beeindruckenden Zeugnissen des Denkens und des künstlerischen Schaffens. Damit machten sie etwas sichtbar, das kein anderes Medium in gleicher Weise zeigen kann.

Geschichte wird lebendig

Geschichte werde so lebendig, die Schwellenangst beim Betreten von Museen und Ausstellungen werde abgebaut und die dunklen Bilder und fremdartigen Figuren würden als Dokumente eines früheren Lebens begriffen. Dieser Zugang habe alle Ausstellungen des Hauses attraktiv gemacht; ganz besonders galt dies für die Ausstellung über „Glanz und Ende der alten Klöster“ in Benediktbeuern 1991, über die „Buchmalerei“ in Seon 1994, über das „Salz“ in Rosenheim, Traunstein und Bad Reichenhall

Kommunalkongress in Passau:

Sudetendeutsche Dimension

Die Sudetendeutsche Landsmannschaft will die Zusammenarbeit mit aufgeschlossenen Kräften auf allen Ebenen verbessern. Mit einem zweitägigen Kommunalkongress in Passau, an dem über 300 Gäste teilnahmen, trug sie zu mehr Verständigung mit dem östlichen Nachbarn Tschechien bei.

Durch die Darstellung herausragender Beispiele praktizierter grenzüberschreitender Zusammenarbeit wurde die sudetendeutsche Dimension auf deutscher wie tschechischer Seite stärker in den Mittelpunkt gerückt. So informierte u.a. die Ackermann-Gemeinde Passau zum Thema „Kirchenrenovierungen als Beitrag zur deutsch-tschechischen Versöhnung“, stellte die Sudetendeutsche Jugend Bayern ihre deutsch-tschechische Arbeit insbesondere mit Sojka vor und präsentierte Dieter Janik für das Kuhländchen im Rahmen der Ausstellung „Kultur und Heimatpflege der Kuhländler“ Fotos von Friedhofsgedenkstätten, Gedenksteinen und Tafeln sowie renovierte Küchen und Kapellen. Der Vorsitzende des Partnerschaftsausschusses Forchheim-Braunau, Alfred Schwane, zeigte wiederum Fotos mit Ansichten der beiden Städte und Aufnahmen einiger Partnerschaftsaktivitäten, während Editio Bärenreiter aus Prag im Rahmen der Ausstellung „Partner für die böhmische Musik“ Interessantes aus der Musikwissenschaft vorstellte.

Öffentlichkeitsarbeit

Bundsvorsitzender Bernd Posselt sprach in seiner Begrüßung von einem „völlig neuen Schritt der Sudetendeutschen Landsmannschaft, ihre seit Jahrzehnten systematische Arbeit voranzubringen und einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen“. Es gelte, einer breiten europäischen, deutschen und

selbst Zeitgenossen... es mit der gegenwärtigen Berliner Regierung gut meinen, können über die Finanzpolitik, die dort getrieben wird, wohl nur noch den Kopf schütteln.

Es ist ja schlimm genug, dass die Haushaltsjahre 2003 und 2004 mit gigantischen Neuverschuldungen enden. Doch diese negativen Erscheinungen werden noch übertroffen



GZ Kolumne
Luitpold Braun

Unverzeihlicher Bruch des Stabilitätspakts

durch den Bruch des Stabilitätspaktes zu Gunsten des Euro.

Ich kann mich noch sehr gut erinnern, als der frühere Bundesfinanzminister Theo Waigel den Stabilitätspakt durchgesetzt und gegenüber allen Kritikern verteidigt hat. Die Tatsache, dass die damalige Deutsche Bundesregierung diesen Pakt erreicht hat, war tatsächlich und psychologisch eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Einführung des Euro in Deutschland und Europa. Gerade die vielfältigen negativen Erfahrungen des deutschen Volkes mit den Inflationen der Mark nach dem Ersten und dem Zweiten Welt-

krieg lassen uns auf Währungsmanipulationen besonders empfindlich reagieren.

Bei den beiden großen Inflationen der Vergangenheit wurden ungeheure private Geldvermögen vernichtet. Sparanlagen auch des sogenannten „kleinen Mannes“ haben sich nahezu in Nichts aufgelöst. Die Inflationen ihrerseits waren die Folge einer hemmungslosen Schuldenpolitik zur Kriegsfinanzierung des Reiches. Die Zechen zahlte das Volk.

Und deshalb ist die Schuldenpolitik der Bundesregierung abzulehnen. Da auf dieser Welt nichts geschenkt wird, geht auch an der Rückzahlung der heutigen Schulden zukünftig kein Weg vorbei. Im übrigen hilft auch das Ausweichen auf die Inflation nichts, denn auch diese vernichtet private Vermögen.

Es bleibt nur zu hoffen, dass die anderen Signatarmächte des Stabilitätspaktes sich diesen Umgang auch mit ihrer eigenen Zukunft durch Deutschland und Frankreich nicht mehr gefallen lassen.

Heinrich Heine

Anzeigen in der GZ

Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

eMail: info@gemeindezeitung.de

seitdem seinen Platz nahe an der Planung für die Museen und die staatliche Denkmalpflege einnimmt.

Lange geplantes Projekt

Das Haus der Bayerischen Geschichte war möglich geworden, nachdem im Dezember 1977 der damalige bayerische Ministerpräsident Alfons Goppel auf das „seit langem geplante Projekt ei-

ses Projekt eingesetzt haben, ist vor allem der Name von Professor Max Spindler zu nennen, dem Ordinarius für Bayerische Geschichte an der Universität München und Herausgeber des „Handbuchs der Bayerischen Geschichte“.

Geschichtsbewusstsein fördern

Dass diese neue Einrichtung nicht nur einen Namen bekam, sondern mit Geist und Leben erfüllt wurde, ist das Verdienst der Historiker, Museumsleute und Ausstellungsmacher. Ein langjähriger Kämpfer für das bayerische Geschichtsprojekt ist Professor Hubert Glaser, der 1964 die erste Konzeption für Museumseinrichtungen und Ausstellungstätigkeit entwarf und dem bemerkenswerten Ausstellung über „Max Emanuel. Bayern und Europa um 1700“ und „Wittelsbach und Bayern“ gelang. Seine Tätigkeit war bahnbrechend und seine Gedanken waren maßgeblich für die Satzung, nach der das heutige Haus der Bayerischen Geschichte arbeitet. Auf ihn geht die Formulierung der zentralen Aufgabe zurück, „Geschichtsbewusstsein zu fördern“.

Verdienst von Grimm

Die über zwei Jahrzehnte währende Arbeit des Hauses der Bayerischen Geschichte galt einem Programm von großen und kleinen Ausstellungen, von Veröffentlichungen, Vorträgen, der Herausgabe von didaktischen Heften, der Aufnahme von Zeitzeugeninterviews, von Fotografien für das Bildarchiv der Bayerischen Geschichte und der Anfertigung von CD-ROMs und Computerspielen und Internet-Projekten. Wie Wissenschaftsminister Dr. Thomas Goppel bei einem Festakt anlässlich des Jubiläums hervorhob, „ist es das Verdienst des jetzigen Leiters des Hauses, Professor Claus Grimm, dass in den vergangenen 20 Jahren fantasievoll und kreativ die Möglichkeiten erkundet wurden, für Bayerns Geschichte und Kultur zu werben, und dies schwerpunktmäßig in den bayerischen Regionen“.

Wenn Schüler in das Besucherbuch der Ausstellung über

1995, über „Kaiser Heinrich II.“ in Bamberg 2002, „Grünwald“ in Aschaffenburg 2002 und zuletzt den „Winterkönig“ in Amberg 2003.

Reiche Ernte

Goppel wies darauf hin, dass er die Planungen des Hauses der Bayerischen Geschichte aus voll-

er Überzeugung fördert. In ihnen sehe er einen fruchtbaren Brückenschlag zwischen dem Staat und den bayerischen Regionen, zwischen der Wissenschaft und dem breiten Publikum. Es sei eine Leistung des Staates, die sich großer Nachfrage seitens der Kommunen erfreue und eine reiche Ernte an Wissen über Bayern erbracht habe.

DK

ner der wichtigsten Ausgangsorte für die Besiedlung Böhmens und für die „Goldene Steige“ diene. Jahrhunderte lang hätten vielfältige Beziehungen auf wirtschaftlichem, kulturellem und kirchlichem Gebiet nach Böhmen bestanden. Nach dem Krieg seien Tausende von Vertriebenen nach Passau geströmt und viele davon auch geblieben, um nochmals von vorne zu beginnen. Am raschen Wiederaufbau in den Nachkriegsjahren seien die Heimatvertriebenen maßgeblich beteiligt gewesen. Für diese großartige Leistung sei man ihnen auch heute noch dankbar. So sei es für den Passauer Stadtrat im Jahre 1961 selbstverständlich gewesen, die Patenschaft über die Böhmerwälder zu übernehmen und einen Kulturpreis zu stiften, der alle zwei Jahre an eine verdiente Persönlichkeit oder Institution der Böhmerwälder verliehen wird.

Auftrag an der Schwelle zu einer neuen Phase

Hans Schaidinger, Oberbürgermeister der Stadt Regensburg, verwies seinerseits auf die historischen Beziehungen Regensburgs zu Böhmen und Tschechien, die Übernahme der Patenschaft über die Sudetendeutsche Volksgruppe im Jahr 1951 durch die Stadt Regensburg sowie die Städtepartnerschaft Regensburg mit Pilsen, deren 10-jähriges Bestehen vor wenigen Wochen gefeiert wurde. Der Stadtrat von Regensburg und er, Schaidinger, hätten diese drei Gegebenheiten als Auftrag an der Schwelle zu einer neuen Phase im Einigungsprozess Europas, die Beziehungen zwischen den Deutschen und den Tschechen auf kommunaler Ebene durch eine Vielzahl von Begegnungen zu fördern, empfohlen.

Zu Recht, so Schaidinger, wisse die Sudetendeutsche Volksgruppe einerseits auf ihre berechtigten Belange hin. Andererseits werde im nächsten Jahr die Republik Tschechien Mitglied der Europäischen Union. Dies sei „der geeignete Zeitpunkt, wo alte Feindbilder begraben, die Verständigung und die Zusammenarbeit einen neuen Aufbruch erleben sollten“. Die Stadt Regensburg wolle in diesem Prozess gerne die Rolle des ehrlichen Maklers übernehmen. DK

Freie Wähler:

„Projekt FW 2008“ soll Weichen stellen

Die FW-Landesvorsitzenden Armin Grein und Johann Deuerlein haben die erneute Teilnahme der Freien Wähler an der Landtagswahl 2008 betont. Um für die kommenden kommunalpolitischen Herausforderungen und die Wahlen 2008 gerüstet zu sein, wollen sie in den nächsten Jahren sowohl intensiv am Profil als auch an der Organisation feilen. In den nächsten Monaten soll ein Leitbild erarbeitet und auf allen FW-Ebenen diskutiert werden. Auf der Grundlage dieses Leitbilds werden die Freien Wähler in Zukunft zu allen laufenden politischen Fragen Stellung beziehen. Armin Grein: „Künftig werden wir nicht nur zu kommunalen Themen, sondern auf alle Fragen, die unsere Bürgerinnen und Bürger bewegen, pragmatische und sachbezogene Antworten geben.“

Neben der Profilbildung wird die Verbesserung der FW-Organisation im Zentrum der Anstrengungen stehen. Durch die Stärkung der Bezirksorganisationen und der Landesgeschäftsstelle soll der Austausch mit und der Service für die Orts- und Kreisverbände verbessert werden. Der internen Kommunikation, d.h. der verstärkten Einbindung der Mandatsträger, der Landtags- und Bezirkstagskandidaten der Wahl 2003 sowie aller FW-Verbandsebenen soll besondere Bedeutung zukommen. Für die Ausarbeitungen und Umsetzung der vielfältigen Aufgaben wird das „Projekt FW 2008“ ins Leben gerufen. DK

Ein Jahr Mobilfunkpakt:

Verbesserte Kommunikation

Eine positive Halbzeitbilanz zogen Bayerns Umweltminister Werner Schnappauf, Dieter Hertlein vom Bayerischen Landkreistag, Direktor Werner Schmid vom Bayerischen Gemeindetag und Michael Keller als Vertreter der Mobilfunkbetreiber in Bayern anlässlich des ersten Geburtstags des Mobilfunkpakts II in München. Laut Schnappauf hat sich der bundesweit erste dreiseitige Mobilfunkpakt zwischen Staat, Kommunen und Netzbetreibern bewährt. Die Paktpartner stünden im Dialog mit den Bürgern und nähmen die geäußerten Sorgen um ihre Gesundheit ernst. Über 700 Informationsveranstaltungen haben die Kommunen und Mobilfunkbetreiber heuer durchgeführt und im Dialogverfahren wurden knapp 2.000 alternative Standortorte geprüft.

Nach den Worten Schnappaufs ist durch den Mobilfunkpakt der größtmögliche Konsens beim Ausbau des Mobilfunknetzes gewährleistet. Seit Paktbeginn errichteten die vier bayerischen Mobilfunkbetreiber E-Plus, O2, Vodafone und T-Mobile rund 900 neue Mobilfunkanlagen. In knapp 60 Prozent der Fälle wurde das Dialogangebot angenom-

men und in jedem zweiten Fall ein Standort im Konsens mit der Kommune gefunden. Schnappauf rief die Kommunen auf, noch häufiger das Angebot zum Dialog anzunehmen. Zwischenzeitlich haben zwei Drittel aller bayerischen Städte die Angebote des Mobilfunkpakts II aufgegriffen und Runde Tische eingerichtet, obwohl der Städte-

tag den Mobilfunkpakt II nicht unterzeichnet hat.

Formalisiertes Verfahren

„Der Mobilfunkpakt hat prinzipiell die Erwartungen an ein formalisiertes Verfahren zwischen Mobilfunkbetreibern und Gemeinden erfüllt. Festzustellen ist jedoch, dass die Sorgen der Bevölkerung nach wie vor in unseren Gemeinden stark artikuliert werden. Hier erwarten wir ein größeres Informationsangebot von Staat und Mobilfunkbetreibern“, bilanzierte Werner Schmid, Direktor beim Bayerischen Gemeindetag. Zum Pakt selbst wünsche er sich aber noch ein paar Verbesserungen. Verlängerte Fristen für gemeindliche Standortvorschläge, die Einrichtung einer Schlichtungsstelle und Sanktionen bei Verstößen gegen den Pakt stünden auf dem Wunschzettel der Gemeinden, so Schmid.

Mehr Transparenz

Der Verband forderte zudem mehr Transparenz bei der Suche nach geeigneten Standorten für Mobilfunksender. Im Großen und Ganzen stellt der Gemeindetag eine verbesserte Kommunikation zwischen Gemeinden und Mobilfunkbetreibern seit Abschluss des Pakts vor einem Jahr fest. Auch werde in der Regel bei geplanten Standorten in der

Nähe oder auf Einrichtungen wie Kindergärten und Schulen seitdem zumindest versucht, einvernehmliche Lösungen zu finden.

Versachlichung der Diskussion

Der Mobilfunkpakt sieht sowohl eine Informationspflicht der Mobilfunkbetreiber über den weiteren Ausbau des Netzes, als auch ein Beteiligungsrecht der Gemeinden bei der Standortfindung für Sendeanlagen vor. Die konsequente Umsetzung des Pakts hat nach Beobachtungen des Gemeindetags zu einer Versachlichung der Diskussion um das Für und Wider des Mobilfunks beigetragen. Um den Pakt

noch effizienter zu machen, fordert der Gemeindetag eine Verlängerung der Fristen für gemeindliche Standortvorschläge in begründeten Fällen, eine Verlängerung der Möglichkeit, ein abschließendes Konsensgespräch zwischen Gemeinde und Mobilfunkbetreiber zu führen, nachvollziehbare Begründungen bei der Ablehnung gemeindlicher Standortvorschläge, die Aufnahme einer Informationspflicht auch für den Baubeginn von Anlagen sowie die Einrichtung einer Schlichtungsstelle und Maßnahmen bei begründeten Verstößen gegen den Pakt.

Bayernweit gibt es derzeit neun Millionen Mobilfunknutzer. Sie erhalten über rund 7.400

Antennenstandorte Anschluss in das Mobiltelefonnetz. In den nächsten zwei Jahren werden darüber hinaus für den Ausbau des UMTS-Mobilfunknetzes noch knapp 2.000 neue Sendestandorte vor allem in den größeren Städten notwendig. Der Mobilfunkpakt ist daher für die Kommunen wie auch die Netzbetreiber eine gute Ausgangsbasis für den kommenden Ausbau des Mobilfunknetzes. Die Bayerische Staatsregierung sieht im Ausbau der Mobilfunk-Kommunikation viele Vorteile, die von der Verbesserung des Notrufsystems bis zur drahtlosen Weitergabe von Umweltdaten im Hochwasserfall oder bei Unwettern reichen. **DK**

116 Millionen Euro für 45 bayerische Gemeinden

Auch die letzten fünf Gewinner der EU-Gemeinschaftsinitiative Leader-Plus stehen fest

Jetzt stehen alle 45 bayerischen Lokalen Aktionsgruppen (LAG) fest, die in den nächsten Jahren Zuschüsse aus der EU-Gemeinschaftsinitiative Leader-Plus erhalten. Wie Landwirtschaftsminister Josef Müller in München mitteilte, kamen im dritten und damit letzten Auswahlverfahren von elf Bewerbern fünf, und zwar je eine oberbayerische und schwäbische Aktionsgruppe sowie je eine LAG aus Ober-, Mittel- und Unterfranken zum Zug.

In dem Programm Leader-Plus stehen für die Entwicklung der ländlichen Räume in Bayern bis 2006 insgesamt 116 Mio. Euro, jeweils zur Hälfte EU-Mittel und nationale Gelder, zur Verfügung. Mit der Entscheidung der neunköpfigen Jury aus Wissenschaftlern, Praktikern und Vertretern des federführenden Landwirtschaftsministeriums sowie

des Umwelt- und des Wirtschaftsministeriums haben nun auch die letzten fünf Aktionsgruppen grünes Licht für konkrete Förderanträge erhalten. Sie sind bei den Leader-Managern an den Bezirksregierungen einzureichen. In den ersten beiden Wettbewerbsrunden im vergangenen Jahr waren bereits 40 Bewerber ausgewählt worden.

Die LAG-Projekte bringen nach Darstellung von Landwirtschaftsminister Müller Impulse für eine zukunftsorientierte Entwicklung der ländlichen Gebiete: „Sie stärken die regionale Identität und Wertschöpfung, verbessern die Lebens- und Umweltbedingungen und vitalisieren die ländlichen Räume.“ Leader-Plus sei damit eine wichtige Ergänzung bayerischer Strukturpolitik, so der Minister. Das Programm leiste einen Beitrag, den ländlichen Raum als Arbeits- und Wirtschaftsstandort und als Gegengewicht zu den Ballungsgebieten voran zu bringen.

Folgende Projekte wurden jetzt noch ausgewählt:

In Oberbayern die LAG Altbayerisches Donaumoos aus Neuburg a. d. Donau mit dem Schwerpunkt Natur und Kultur. Mit dem Leitsatz „Zukunft für das größte Niedermoor Süddeutschlands“ sollen bestehende Entwicklungspotenziale gepflegt und künftige erschlossen werden, um den einzigartigen Naturraum im altbayerischen Donaumoos zu erhalten, die Region wirtschaftlich zu stärken und die soziale Funktionalität der Gemeinschaft zu sichern. Schlüsselprojekte sind u.a. ein Entwicklungskonzept „Tourismus 21“, das Aufzeigen von Entwicklungspotenzialen zur Wertschöpfung durch Wisente, eine Machbarkeitsstudie für eine Grasraffinerie, ein Praxisversuch zur Moorrenaturierung und eine Lebensschule für labile Jugendliche.

In Oberfranken die LAG Wohlfühlregion Fichtelgebirge in Bayreuth mit dem Schwerpunkt Lebensqualität. Das Leitbild „Wohlfühlregion Fichtelgebirge“ drückt das Ziel aus, die Lebensqualität für Einheimische und Gäste durch Kooperation, Nutzung von Synergien und Vernetzung vorhandener Potenziale nachhaltig zu verbessern und die regionale Identität zu stärken. Zudem geht es um eine aktive Auseinandersetzung mit den „Jahrhundertherausforderungen“ Klimawandel und EU-Osterweiterung. Geplant sind u.a. die Einrichtung eines „Nordic Parc“ für Ganzjahressport, die Umsetzung des dezentralen, integrier-

ten Wellness-Konzepts „elements5“, die Aufwertung regionaler Besonderheiten durch „Zeitreisen“ und ein „grenzenloser Ferienspaß“.

In Mittelfranken die LAG Aischgrund in Neustadt/Aisch mit dem Schwerpunkt Natur und Kultur. Das Leitbild „Lebensader Aisch - Naturraum, Kulturlandschaft, Wirtschaftsregion - nachhaltig schützen, stärken und vernetzen. Für ein lebendiges Miteinander der Bürgerinnen und Bürger, Verbände, Betriebe, Städte und Gemeinden im Aischgrund“ drückt die Leitvorstellungen der LAG für eine nachhaltige und zukunftsfähige Entwicklung aus. Ein Schlüsselprojekt ist dabei der Aufbau eines naturnahen Erlebnisweges mit dezentralen, aufeinander abgestimmten Erlebnisstationen, in denen sich die Besonderheiten der Region und der jeweiligen Gemeinde von der Quelle bis zur Mündung der Aisch widerspiegeln.

In Unterfranken die LAG Main-Steigerwald in Gerolzhofen mit dem Schwerpunkt Lebensqualität. Das Leitbild „Fränkische Lebensart neu entdecken“ - Lebensqualität zwischen Main Wein und Steigerwald - umfasst die drei Leitziele der LAG. Dies sind Inwertsetzung des Natur- und Kulturräume durch einen zukunftsorientierten, umwelt- und sozialverträglichen Tourismus, Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und Imagegewinn durch starkes Marketing, hohe Qualität und effiziente Kooperationen sowie Stärkung der regionalen Identität unter besonderer Einbeziehung der Jugend und der Verbesserung des sozialen Lebens. Zudem ist eine beiden Seiten dienende Stadt-Land-Partnerschaft mit der Stadt Schweinfurt geplant.

In Schwaben die LAG Monheimer Alb in Monheim mit dem Schwerpunkt Natur und Kultur. Das Leitbild „Monheimer Alb - in Schwaben ganz oben!“ steht nicht nur für die geographische Lage der Monheimer Alb in Schwaben, sondern auch für die hohe Motivation zur nachhaltigen Entwicklung und Inwertsetzung der vorhandenen Ressourcen und Potenziale. Im Mittelpunkt steht dabei das regionsspezifische Thema „Stein“. Schlüsselprojekte sind u.a. ein Gesamtmarketingkonzept für die Region unter dem Motto „Steinreich“, ein Gesamtkonzept zur Rettung der letzten Jurahäuser, ein Hobbysteinbruch, der Aufbau eines sozialen Netzwerks, die Förderung der regionalen Vermarktung und der Ausbau des Radwegenetzes.

Die erweiterte LAG Altusried-Oberallgäu in Sonthofen hat dem Auswahlgremium ein überarbeitetes Konzept mit dem Schwerpunkt „Lokale Produkte und Dienstleistungen“ zur Abstimmung vorgelegt. **doh.**



Die Gäste in der ersten Reihe: Verbandspräsident Manfred Hölzlein, Staatsminister Erwin Huber, Frau Ursula Sinnacher, Verbandspräsident a. D. Dr. Georg Sinnacher, Städtetagspräsident Josef Deimer und Schwabens Bezirksstagspräsident Jürgen Reichert. Foto: Nuhn

Bayerische Bezirke ...

(Fortsetzung von Seite 1)

entsprechende Beratung der Einrichtungen bewirken. Angesichts der dramatischen Entwicklung der Ausgaben bei der Eingliederungshilfe mahnte Hölzlein die „angemessene Beteiligung des Bundes“ an der Sicherung der notwendigen Hilfen und ihrer Finanzierung als einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe an, „um weiteres finanzielles Ausbluten der Kommunen zu verhindern“. Die Bezirke forderten deshalb die Einführung eines bundeseinheitlichen Leistungsgesetzes für behinderte Men-

schen sowie die Einführung eines Konnexitätsprinzips auf Bundesebene.

Eigene Finanzquelle

Darüber hinaus erwarte man vom Freistaat Bayern, die finanzielle Eigenständigkeit der Bezirke durch eine eigene, der gesellschaftlichen Bedeutung dieses Aufgabenbereiches entsprechende Finanzquelle im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs ohne Beeinträchtigung der Einnahmen der anderen kommunalen Ebenen zu stärken.

Hilfe aus einer Hand

Nach dem Grundsatz „Hilfe aus einer Hand“ sollten schließlich auch Zuständigkeiten konzentriert werden, fuhr Hölzlein fort. Um den Vorrang ambulanter vor stationärer Versorgung wirksam umsetzen zu können, müsse den Bezirken die Zuständigkeit für die ambulante Eingliederungshilfe auch bei Hilfen für körperlich und geistig Behinderte übertragen werden.

Dass sich die Bezirke heute zu Recht als eine selbstbewusste kommunale Ebene präsentieren, darauf verwies Staatskanzlei-Chef Erwin Huber. Was auf sozialem und kulturellem Gebiet geleistet werde, verdiene „unser aller Anerkennung“. Die Bezirke seien fest im Bewusstsein der Menschen verankert. Heimat sei dort, wo der Mensch seine Identität gewinne, wo er verwurzelt sei. Aus genau diesem Grund habe Ludwig I. 1838 die Neubenennung der Kreise angeordnet und damit die alten Bezeichnungen aus der Montgelaszeit aufgehoben. Die Umbenennung in die Stammesbezeichnungen habe Ludwig damit begründet, dass er die Vergangenheit mit der Gegenwart verknüpfen wolle, um „Volkstümlichkeit und Nationalgefühl zu erhalten und immer mehr zu festigen“.

Identitätsstiftende Funktion

Neben den sozialen und kulturellen Leistungen spreche gerade diese identitätsstiftende Funktion für die Qualität der Bezirke. Seit 175 Jahren seien sie in eine gewachsene Struktur eingebettet und hätten wichtige Aufgaben zu erfüllen. Zu dieser in Deutschland einmaligen Konstruktion gebe es keine bessere Alternative. Dies habe auch die Anhörung im Februar 2001 im Bayerischen Landtag ergeben. Das Ergebnis

habe damals ein klares Votum für die Bezirke erbracht. Huber: „Diese Entscheidung steht!“

Kräftige Konturen

In Würdigung der beiden ausscheidenden Verbandsspitzen Georg Sinnacher und Edgar Sitzmann meinte der „Superminister“, sie hätten das soziale und kulturelle Gesicht Bayerns mitgestaltet und ihm kräftige Konturen verliehen. Sinnacher vor allem habe dem vierten kommunalen Spitzenverband seinen unverwechselbaren Stempel aufgedrückt. Dies dürfe ihn ebenso mit Stolz erfüllen wie all die Leistungen für die Menschen mit Behinderungen, die er zusammen mit den Verantwortlichen in den Bezirken erbracht habe. Huber: „Man wird künftig mit Sicherheit von der Ära Sinnacher sprechen.“

Enge Zusammenarbeit mit der Staatsregierung

Vizepräsident Sitzmann wiederum sei 33 Jahre Mitglied des Bezirkstages von Oberfranken gewesen, 21 Jahre dessen Präsident. Erst wenn man zurückblicke auf das soziale und kulturelle Oberfranken 1970 und dieses mit dem Oberfranken von heute vergleiche, sei zu erkennen, was geleistet wurde. Die vielen Projekte, die Sitzmann für Menschen mit Behinderung durch- und umgesetzt habe, zeugten von unermüdlichem Einsatz und Schaffenskraft.

Der Staatskanzleichef bekräftigte in diesem Zusammenhang die enge Zusammenarbeit zwischen der Staatsregierung und dem Verband der Bayerischen Bezirke. Der Dialog sei immer aufrichtig und stets von gegenseitigem Verständnis für die Probleme des Anderen geprägt gewesen. Dieses ehrliche und problemorientierte Gespräch wolle die Regierung natürlich auch mit Manfred Hölzlein weiter führen. Schließlich sei gerade in Zeiten wie diesen mit enormen Herausforderungen und dem dringend notwendigen Reformbedarf, „der vertrauensvolle Dialog zwischen Staat und Kommunen von besonderer Bedeutung“. **DK**

Europäische Ehrenmedaille für Georg Sinnacher

Bei einem Festakt, der in der Geschäftsstelle des Verbandes der bayerischen Bezirke stattfand, wurde Dr. Georg Sinnacher mit der Ehrenmedaille der Fondation du Mérite Européen ausgezeichnet. Die Ehrung nahm der stellvertretende Präsident des Europaparlaments, Dr. Ingo Friedrich, unter Beisein des neuen stellvertretenden Verbandspräsidenten Franz Jungwirth, des CSU-Europaparlamentariers Bernd Posselt sowie weiterer Politiker aus den bayerischen Bezirken vor.

Ingo Friedrich würdigte in seiner Laudatio Georg Sinnacher als einen „Vorkämpfer für die europäische Idee“ sowie als „Pionier der Einigung der europäischen Völker nach dem Zweiten Weltkrieg“. Sinnacher habe sich in seiner jahrzehntelangen politischen Arbeit unermüdet für den Ausgleich zwischen Deutschen und Franzosen im allgemeinen sowie später zwischen dem Bezirk Schwaben und der Bukowina eingesetzt. Dabei sei es ihm gelungen, nicht nur gut nachbarschaftliche Beziehungen zu begründen, sondern eine die Nationen verbindende Freundschaft mit auf den Weg zu bringen. Insbesondere auf dem Feld des Jugendaustausches habe Sinnacher wegweisende Akzente gesetzt. So sei es nur folgerichtig, dass er nun für dieses Lebenswerk mit diesem Orden ausgezeichnet werde.

Georg Sinnacher wies darauf hin, er habe den europäischen Gedanken stets als Auftrag verstanden, auch auf kommunaler und regionaler Ebene die Einigung zwischen den einst verfeindeten Nationen des alten Kontinents voran zu bringen. Wenn ihm dies in Schwaben und darüber hinaus gelungen sei, freue ihn dies ganz besonders. Er gab der Hoffnung Ausdruck, dass die Weichenstellungen, die er habe vornehmen können, sowohl im Bezirk Schwaben als auch innerhalb des Verbandes der Bezirke fortentwickelt werden mögen. **DK**

Sparkassen und BayernLB arbeiten enger zusammen:

Eine starke Einheit

Großbanken haben öffentlich-rechtliche Geldinstitute im Visier

Von Marianne E. Haas

Die deutsche Bankenlandschaft befindet sich im Umbruch, denn das Wirtschaftswachstum lässt zu wünschen übrig: die Aktienkurse sind im „Keller“, und die Zahl der Unternehmenszusammenbrüche steigt weiter. Für die Geldinstitute bedeutet das nicht nur niedrigere Einnahmen aus Wertpapierkommissionsgeschäft und -eigenhandel, sondern auch hohe Abschreibungen auf Wertpapierbestände, vor allem aber auf das Kreditportfolio.

Gegenüber vielen großen Privatbanken geht es Genossenschaftsbanken und Sparkassen wegen ihres Breitengeschäftes und der guten Kenntnisse vor Ort immer noch relativ gut. Das aber erweckt bei den Privatbanken Begehrlichkeiten. Der Kauf von ertragsstarken Sparkassen ist im Gespräch. So will die Stadt Stralsund ihren Haushalt durch den Verkauf ihrer Sparkasse sanieren. Darüber hinaus spricht sich der Internationale Währungsfonds (IWF) für Lockerungen des Systems der Institutssicherung, des Regionalprinzips und der öffentlichen Rechtsform aus. Damit sollen

die Übernahme von Sparkassen und Genossenschaftsbanken durch Privatbanken ermöglicht und das Entstehen größerer Institute erleichtert werden. Fusionen oder Übernahmen sollen nach den Vorstellungen des IWF das Drei-Säulen-Banksystem in Deutschland auflockern.

Privatisierung nicht ohne weiteres machbar

In Bayern ist der Sachverhalt eindeutig. Der Freistaat und die kommunalen Spitzenverbände bekennen sich klar zum öffentlich-rechtlichen System der Sparkassen-Finanzgruppe in den

derzeitigen Strukturen. „Sie wissen genau so wie der Mittelstand und die Bürger, was sie am bisherigen System haben“, stellt Dr. Siegfried Naser, Geschäftsführender Präsident des Sparkassenverbands Bayern, fest. „Im Übrigen ist eine Privatisierung der Sparkassen, selbst wenn man sie wollte, so ohne weiteres nicht machbar und würde zu erheblichen Verwerfungen führen.“

2003 in der Gewinnzone

Wie lange sich die Sparkassen ihre Präsenz in der Fläche noch leisten können, wird letztlich von ihren Betriebsergebnissen bestimmt. „Auch wenn die Sparkassen im Verhältnis zu ihren Wettbewerbern heute noch relativ gut dastehen, haben doch einige in den vergangenen Jahren aus dem operativen Geschäft, also ohne Auflösung von Reserven, Verluste geschrieben.“ Für 2003 prognostiziert Naser je-



Die Unterzeichner des Rahmenvertrags (v. l.): Sparkassenpräsident Werner Netzel, Geschäftsführender Präsident Dr. Siegfried Naser, Werner Schmidt, Vorstandsvorsitzender der Bayerischen Landesbank, Landrat Hansjörg Christmann, ehrenamtlicher Präsident und Theo Harnischmacher, Vorstandsmitglied der Bayerischen Landesbank.

doch eine deutliche Verbesserung der Betriebsergebnisse und sieht alle Sparkassen auch operativ wieder voll in der Gewinnzone. Dazu kommt, dass auch die Bayerische Landesbank, je 50-Prozent-Tochter des Freistaates Bayern und der Sparkassen, wegen ihres Kreditengagements und des Wegfalls der Staatshaftung 2005 einen verschärften Sparkurs fahren muss.

Rahmenvertrag

Damit die 82 Institute und die BayernLB dem immer stärker werdenden Wettbewerb standhalten können, hat der Sparkassenverband Bayern einen Rahmenvertrag für eine noch bessere Zusammenarbeit der Sparkassen-Finanzgruppe unterzeichnet, der die Zusammenarbeit in wichtigen Geschäftsfeldern regelt. Welches Institut jetzt auf welchem Gebiet mit der BayernLB tatsächlich zusammenarbeitet, das wird noch in individuellen Verträgen geregelt. „Die jeweili-

ge rechtliche, wirtschaftliche und damit geschäftspolitische Selbstständigkeit der Sparkassen wird dabei nicht angetastet“, versichert Naser. Eben so wenig werde die Stellung der kommunalen Träger und deren Verantwortung für das jeweilige Institut berührt.

„Mit dieser noch engeren Bindung können wir künftig Kosten senken, Erträge steigern und damit die Marktposition der Sparkassen-Finanzgruppe weiter verbessern“, ist Naser überzeugt. Gemeinsam mit dem Sparkassenverband bildet die BayernLB künftig landesweite Kompetenz-Center als fachorientierte Netzwerke für das Auslandsgeschäft, Corporate Finance, Kommunal- und Immobiliengeschäft, Vermögensanlage und das Kreditrisikomanagement. „Das bedeutet“, wie Werner Schmidt, Vorstandsvorsitzender der BayernLB sagt, „dass beide Seiten in optimaler Arbeitsteilung die vom Markt aktuell benötigten

Leistungen erbringen werden.“

Wettbewerbsdruck

Dem Rahmenvertrag stimmen auch die Vorstandsvorsitzenden der größten Stadt- und der größten Kreissparkasse, Harald Strögen und Karl-Ludwig Kamprath, beide München, zu. Sie befürworten wegen des zunehmenden Wettbewerbsdrucks im Bankbereich und der Angriffe auf den öffentlich-rechtlichen Status von Sparkassen und Landesbanken die noch engere Zusammenarbeit. „Sparkassen und Landesbank sind in guten, aber auch schwierigen Zeiten eine strategische und wirtschaftliche Schicksalsgemeinschaft“, sagt Kamprath. „Es ist geradezu absurd, wenn aus einem aktuellen Ertragslagenproblem der großen Privatbanken, das letztendlich durch Fehler in der Vergangenheit entstanden ist, eine 200-jährige Erfolgsstory, nämlich das Sparkassenwesen in Deutschland, beendet werden soll.“

Saturn-Arena für Ingolstadt

Finanzierung über Public-Private-Partnership der SüdLeasing

Von Wilfried Gehr

Ingolstadt. Trotz angespannter Haushalte in den Kommunen hat sich die Stadt Ingolstadt nun mit der Saturn-Arena auch eine Mehrzweckhalle für Veranstaltungen und Nutzungsvarianten verschiedenster Art gegönnt. Die Finanzierung erfolgte nicht wie üblich über den Haushalt durch die Aufnahme von Kommunalkrediten. Zur Projektfinanzierung wurde eine Partnerschaft mit einem privaten Investor gewählt. Als Partner hat Ingolstadt die SüdLeasing, die bereits eine Vielzahl anderer Kommunalprojekte finanziert hat, gewonnen.

Der private Investor ist eine Projektgesellschaft der InterSPA-Gruppe aus Stuttgart. Sie erwarb das Baugrundstück und verpflichtete sich vertraglich zur Planung, Errichtung und Finanzierung des Projekts.

Olaf Grübler und Michael Edinger von der SüdLeasing sind begeistert von ihrem Finanzierungsmodell: „Mit dem Bau der Saturn-Arena hat Ingolstadt neue Wege der Finanzierung beschränkt. Ein solches Finanzierungsmodell hat angesichts der angespannten Finanzlage öffentlicher Haushalte viele Vorteile mit zukunftsweisendem Charakter: Die Investition wird privat finanziert. Alle Risiken während der Bauzeit trägt der Investor, was natürlich zu einer spürbaren Entlastung für die Stadt führt. Erst nach Fertigstellung mietet die Kommune den Bau, betreibt die Einrichtung und zahlt ihn aus den Einnahmen nach und nach ab. Nach Ende des Vertrags kann sie ihn zu einem fest stehenden Preis übernehmen.“

Auch Saturn-Arena-Betriebsleiter Thomas Wohrl steht voll

ge Finanzierung zu Kommunalkrediten ähnelnden Konditionen ohne zusätzliche finanzielle Belastungen für Ingolstadt.

Die Stadt wurde von sämtlichen Bauherrenaufgaben während der Bauzeit entlastet. Termine, Kosten und Qualitäten wurden vom privaten Bauherrn überwacht.

Alle Baumaßnahmen wurden pünktlich und ohne Kostenüberschreitungen fertig gestellt.

Die fachkundige Ausführung durch die InterSPA-Gruppe gemeinsam mit dem Architekten Horst Haag aus Stuttgart war Garant für den Erfolg.

Das Know-how der SüdLea-



Olaf Grübler (links) und Michael Edinger von der SüdLeasing sind begeistert von ihrem Finanzierungsmodell. Nach ihrer Auffassung können Engpässe in Kommunalhaushalten durch solide PPP-Modelle überbrückt werden.



Eine Sportstätte, die keine Wünsche offen läßt: Die neue Ingolstädter Saturn-Arena ist technisch perfekt ausgestattet und läßt sich dank flexibler Multifunktionstechnik vielseitig nutzen für Sport- und Kulturrevents.

sing als Spezialist für Infrastrukturfinanzierungen der öffentlichen Hand war eine Grundlage für das Gelingen des Projekts.“

Achten auf Stabilität

Der Investor garantiert der Stadt die Übernahme der Saturn-Arena nach Ende der Vertragslaufzeit zu einem heute schon festgelegten Preis.

Gemeinsam mit anderen Kommunen, die auch öffentlichen Infrastrukturmaßnahmen über Partnerschaften mit privaten Investoren erfüllt haben, wird auch Ingolstadt darauf bauen, dass sich die Kommunalfinanzen nicht weiter verschlechtern, damit nach Ablauf des Vertrages der Kaufpreis und die anfallenden Unterhaltungs- und Sanierungskosten auch aufgebracht werden können.

Grünes Licht für Cross-Border-Leasing?

Von Rechtsanwalt Arnd Bühner und Rechtsanwalt Florian Goppel, Ernst & Young AG

Die genehmigungsrechtliche Behandlung von Cross-Border-Leasing (CBL) war Thema einer Gemeinschaftsveranstaltung des Bayerischen Städtetags und der Ernst & Young AG in München. Gegenstand des Colloquiums war der Gesetzesentwurf der Bayerischen Staatsregierung vom 18. März 2003, mit dem die Voraussetzungen für die Genehmigung von CBL-Transaktionen neu geregelt werden sollten. Bei der Diskussion der Zweckmäßigkeit und der Verfassungsmäßigkeit des Gesetzesentwurfes zwischen Innenminister Dr. Günther Beckstein und Experten aus dem Inland und den USA wurden die Risiken des CBL intensiv erörtert.

Staatsminister Dr. Beckstein forderte die konsequente Risikominimierung bei CBL. Es sei nicht die Absicht der Staatsregierung gewesen, CBL-Transaktionen zu untersagen; vielmehr sei es die Aufgabe der Rechtsaufsicht, die Kommunen vor besonders gravierenden Risiken zu schützen. Die beteiligten Wissenschaftler Prof. Dr. Sester, Privatdozent Dr. Bausback trugen dagegen vor, dass die Risiken des CBL beherrschbar seien. Der Gesetzesentwurf stelle deshalb einen verfassungswidrigen Eingriff in die kommunale Finanzhoheit dar. Praktiker machten klar, dass die Risiken des CBL nicht wesentlich von solchen anderer innovativer Finanzierungsmodelle abweichen.

Staatsminister Dr. Beckstein erklärte, dass die Staatsregierung keine Einwände gegen CBL-Transaktionen von privaten oder kommunalen Beteiligungsgesellschaften erhebt. Für die Schieneninfrastruktur-Transaktion der Stadt Nürnberg, deren Genehmigungsantrag dem In-

nenminister seit Juli 2003 vorliegt, stellte er eine zügige Klärung der Genehmigungslage in Aussicht.

Zwischenzeitlich arbeitet das Bayerische Innenministerium an einem CBL-Kriterienkatalog.

Position des Städtetages

Der Bayerische Städtetag hat mit einem Positionspapier hierzu Stellung genommen: Es sei unverständlich, wenn einerseits überflüssige Regelungen in den Kommunalgesetzen verankert werden und andererseits eine Kommission zum Bürokratieabbau und zur Streichung überflüssiger Rechtsnormen durch die Bayerische Staatsregierung eingesetzt wird.

Was nun?

Noch ist nicht klar, wie die Staatsregierung zukünftig mit Genehmigungsanträgen für CBL-Geschäfte verfahren wird. Fest steht jedoch, dass kein CBL-Verbot verfolgt wird und

dass binnen weniger Wochen klare Vorgaben existieren werden. Bereits heute können Kommunen in Bayern folgende Schritte einleiten, wenn eine CBL-Transaktion noch im Jahr 2004 abgeschlossen werden soll:

- ≪ Identifikation geeigneter Objekte.
- ≪ Aufstellung eines sorgfältig erarbeiteten Projekt- und Risiko-

managements mit klaren Ausstiegsszenarien, erforderlichenfalls mit Unterstützung durch einen unabhängigen Berater.

- ≪ Vorbereitung der Vergabe der Leistung des Finanzmaklers (Arrangeur).
- ≪ Laufende Beobachtung der Vorgaben der Staatsregierung für CBL.

Haltung anderer Länder

CBL-Transaktionen werden in Nordrhein-Westfalen als genehmigungsfrei behandelt. Baden-Württemberg und der Freistaat Sachsen sehen CBL-Transaktionen als genehmigungspflichtig und regelmäßig genehmigungsfähig an. Eine Verwaltungsvorschrift des Freistaats Sachsen regelt, unter welchen Bedingungen eine Genehmigung zu erteilen ist. Auch in Bayern wurden CBL-Transaktionen bis 2002 genehmigt. Diese Genehmigungspraxis wurde durch Weisung des Innenministeriums geändert. Die von Innenminister Dr. Beckstein auf dem Colloquium gemachte Zusage, zeitnah einen Kriterienkatalog für CBL-Transaktionen vorzulegen, eröffnet bayerischen Kommunen erneut die Möglichkeit, unter Beachtung des von Innenminister Günther Beckstein formulierten Ziels der Risikominimierung, CBL-Geschäfte abzuschließen.



Staatsminister Dr. Günther Beckstein (r.) im Gespräch mit den Autoren (v. l.) Florian Goppel und Arnd Bühner.

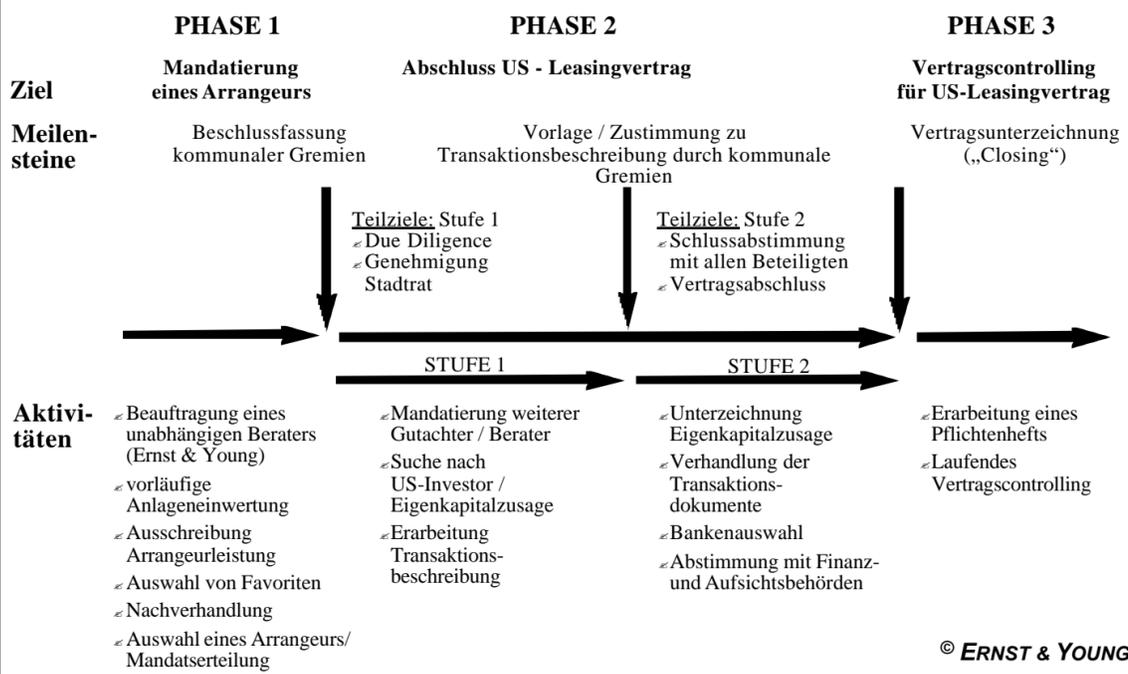
Zehn Merkmale des Cross-Border-Leasing:

- ≪ Cross-Border-Leasing (CBL) ist eine Sonderfinanzierung für kommunale Infrastruktur mit US-amerikanischen Vertragspartnern.
- ≪ Transaktionsertrag (Nettobarwertvorteil) nach Abzug aller Transaktionskosten: 4 - 5% des Anlagenwertes.
- ≪ Geschätztes Gesamtpotential für bayerische Kommunen: 800 Mio. Euro.
- ≪ Geeignete Transaktionsgegenstände: Abwasserkanalnetze, Kläranlagen, Schieneninfrastruktur, Messehallen, Müllverbrennungsanlagen, Frischwassernetze ab einem Anlagenwert von 100 Mio. USD.
- ≪ Deutsches zivilrechtliches und steuerrechtliches Eigentum bleibt beim Anlageigentümer.
- ≪ US-Vertragspartner erzielt handels- und steuerrechtliche Effekte, Eigentümer der Infrastruktur partizipiert daran.
- ≪ Laufzeit von ca. 99 Jahren mit Beendigungsoption nach 25-30 Jahren.
- ≪ Die Transaktion ist für ihre gesamte Laufzeit finanziert, es entstehen im Regelfall keine Belastungen des kommunalen Haushaltes in Folgejahren.
- ≪ Über die Ausübung der Beendigungsoption entscheidet der Anlageigentümer.
- ≪ Komplexes Geschäft mit hohem Beratungsaufwand: Schlüsselfigur ist ein nur im Erfolgsfalle zu vergütender Finanzmakler (Arrangeur). Zusätzlich ist ein unabhängiger Berater für Ausschreibungs-, Projekt- und Risikomanagement empfehlenswert.



Ein ganzes Paket der sogenannten WM-Schuldscheine hat jetzt der Allgäuer Skiverband zur Mitfinanzierung der Baumaßnahmen für die Nordische Ski-WM zur Verfügung gestellt. Bei der Übergabe der Schuldscheine am Auslauf der Schattenbergschanze hoben Bori Kössel, 2. Vorsitzender des Allgäuer Skiverbandes, und Alfons Hörmann, Präsident des Bayerischen Skiverbandes, unisono die große Bedeutung der anstehenden WM auch für den Allgäuer Skisport hervor. „Mit unserer Beteiligung wollen wir Flagge zeigen und sagen, wir stehen zu unserer WM“, so Kössel. Mit 35 Schuldscheinen im Wert von je tausend Euro beteiligten sich Verbandsverantwortliche und Mitglieder des Allgäuer Skiverbandes an der Aktion. Das Schuldscheinpaket nahmen Landrat Gebhard Kaiser, der Oberstdorfer Bürgermeister Thomas Müller sowie Präsidiumsmitglied Josef Geiger in Empfang. Auf dem Bild v.l.n.r.: Präsidiumsmitglied Josef Geiger, Bürgermeister Thomas Müller, Landrat Gebhard Kaiser, BSV-Präsident Alfons Hörmann und ASV-Vize Bori Kössel.

Idealtypischer Projektablaufplan einer CBL-Transaktion



Kommunen und ihr Vermögen:

Das Ende der Kameralistik

Die Kommunen sind als Gestalter des unmittelbaren Lebensumfeldes der Bürger erster und wichtigster staatlicher Ansprechpartner. Sie sind für Bau und Erhalt kommunaler Straßen, kommunaler Energie- und Wasserversorgungseinrichtungen, für den kommunalen Nahverkehr, für kommunale Verwaltungsgebäude und vieles mehr zuständig. Ein gutes Fünftel der öffentlichen Ausgaben und rund zwei Drittel der öffentlichen Investitionen und der öffentlichen Bauaufträge sind in der Verantwortung der Kommunen. Eine gewaltige Aufgabe und Verantwortung - aber sind die Kommunen hierfür auch mit den richtigen Instrumenten ausgestattet?

Um über Einnahmen, Ausgaben, Erfolg oder Misserfolg rechtzeitig informiert zu sein, haben Unternehmen ein hoch entwickeltes Rechnungswesen. Doch beim Staat, bei Bund, Ländern und Kommunen ist dies

ganz anders. Die vorherrschende Methode ist hier die Kameralistik, ein überholtes Rechnungswesen, das nur auf die Erfassung von Geldströmen abstellt. Die Kommunen kennen den Wert ihres Sachvermögens nicht.

Die Kommunen stochem hier gewissermaßen im Nebel, ohne verlässlichen Kompass und daher ohne rechte Orientierung: Sie kennen weder den Wert ihres Sachvermögens, noch wissen sie darüber Bescheid, wie sich die ihnen anvertrauten Güter im Wert verändern. Die Kommunen sind mit ihrem überholten Rechnungswesen, der Kameralistik, nicht in der Lage, am Jahresende anzugeben, ob sie nun im Jahresverlauf reicher oder ärmer geworden sind. Bund und Ländern geht es genauso. Am Jahresende können die Kommunen nur angeben, ob sie einen Einnahmen-

oder Ausgabenüberschuss erreicht haben. Das ist zwar auch eine wichtige Saldogröße, aber sie hat weit weniger Aussagekraft, als sie eine vollständige Vermögensübersicht liefern würde.

Falscher Kompass mit hohen Folgekosten

Wer über Wert und Veränderung seines Vermögens nicht Bescheid weiß, hat weitreichende Konsequenzen zu tragen:

- ≪ Untätigkeit lohnt sich: Wer nicht weiß, wie sein Vermögen durch Nichtstun verfällt, was ihn also die Abschreibung kosten würde, der gibt sich möglicherweise der Illusion hin, durch unterlassene Erhaltungsinvestitionen könne er „sparen“. De facto aber verschuldet er sich zu

Lasten der nächsten Generation.

- ≪ Wer den Wert seines Vermögens nicht kennt, merkt möglicherweise nicht rechtzeitig, dass er über seine Verhältnisse lebt. Eine saubere Bilanzierung würde dies verhindern.

Weg von der Kameralistik hin zu einem modernen Rechnungswesen

Kommunen, Länder und der Bund brauchen daher ein modernes Rechnungswesen, das den Wert ihres Vermögens und des-

sen Wertveränderung zeitnah erfasst und abbildet. Nur so wird Transparenz erreicht über die Entwicklung des staatlichen Vermögens, nur so werden die Folgen unterlassenen Handelns sichtbar, nur so können die Kommunen ihre Mittel zielgerichtet einsetzen. Der Bayerische Bauindustrieverband hat daher zusammen mit der Ludwigs-Maximilians-Universität München ein Projekt gestartet mit dem Ziel, ein modernes Rechnungswesen auch in den bayerischen Kommunen einzuführen.

Finanzüberschuss: + 1 Mio. Euro
Vermögensänderung: - 2 Mio. Euro

Saldo - 1 Mio. Euro

Unterfränkische Landräte:

Große Finanznot der Kommunen erwartet

Voraussichtlich keine Erhöhung der Bezirksumlage im kommenden Jahr

Kreis Miltenberg. Mit Sorge sehen die unterfränkischen Landräte dem Jahr 2004 entgegen. Auf ihrer Dienstbesprechung im Landratsamt Miltenberg betonte der unterfränkische Bezirksvorsitzende Landrat Harald Leitherer, Schweinfurt: „Das Jahr 2004 wird das schwierigste Jahr für die Kommunen seit dem Zweiten Weltkrieg“. Die Landräte appellierten dabei an die bayerische Staatsregierung, den drastischen Einsparkurs im Investitionsbereich nochmals zu überdenken. Erfreuliche Nachrichten brachte der unterfränkische Bezirksstagspräsident Albrecht Graf von Ingelheim mit: Für 2004 ist mit keiner Erhöhung der Bezirksumlage zu rechnen.

Der 1. Vizepräsident des Bayerischen Landkreistages, der Miltenberger Landrat Roland Schwing, sagte zur Arbeit des Bezirkes Unterfranken, dieser habe gut gewirtschaftet und sei damit auch in der Lage, die um 9,8% gesunkene Steuerkraft finanziell zu meistern, ohne die Bezirksumlage zu erhöhen. Der Bezirk Unterfranken habe die niedrigste Umlage aller sieben bayerischen Bezirke und unterhalte sogar eine eigene Kulturstiftung. Die unterfränkischen Landräte seien mit dieser Entwicklung sehr zufrieden, denn sie würden dadurch auch eine gute Planungssicherheit für das kommende Haushaltsjahr erhalten. Der Bezirk Unterfran-

ken rechnet mit einer finanziellen Ausgleichszahlung durch den Freistaat Bayern in Höhe von 13,7 Mio. Euro. Sollte dieser Wert noch erhöht werden, könne sogar mit einer möglichen Senkung der Bezirksumlage gerechnet werden, so Landrat Roland Schwing.

Appell an Staatsregierung

Die unterfränkischen Landräte sehen die Einsparungsbemühungen der Bayerischen Staatsregierung mit dem Ziel eine Null-Netto-Neuverschuldung zu erreichen, als einen Schritt in die richtige Richtung. Allerdings können die Einsparungsziele realistischer

Weise nur dann erreicht werden, wenn bürokratische Hemmnisse reduziert, die Reglementierungsflut drastisch verringert und die gesetzlichen Leistungsstandards spürbar abgesenkt werden. Einsparungen im Konsumtivarbereich sind unverzichtbar.

Kommunale Bauvorhaben

Hingegen sehen die Landräte die geplanten Einsparungen im Investitionsbereich außerordentlich kritisch. Bereits im Jahr 2003 und verstärkt 2004 wird die Mehrzahl der bayerischen Kommunen nicht mehr in der Lage sein, dringend notwendige Aufträge im Hoch- und Tiefbau zu vergeben.

Hiervon sind insbesondere Vorhaben im Krankenhaus- und Pflegeheimbereich, aber auch im Schul- und Straßenbau betroffen.

Ein Aussetzen und Verschieben von kommunalen Bauvorhaben - auch im Bereich von Unterhaltungsmaßnahmen für kommunale Einrichtungen - führt zwangsläufig künftig zu mehr Generalsanierungen, damit höheren Kosten und insgesamt zu einem nicht mehr finanzierbaren Investitionsstau in den Folgejahren. Nachdem ca. 60 Prozent aller öffentlichen Bauaufträge aus dem kommunalen Bereich resultieren, hat deren Ausfall eine verheerende Auswirkung auf die ohnehin mehr als kränkelnde Bauwirtschaft mit der Folge zusätzlicher Insolvenzen weiterer Betriebe, womit weitere Arbeitsplatzverluste und zurückgehende Steuereinnahmen verbunden sind.

Die unterfränkischen Landräte appellieren deshalb an die Bayerische Staatsregierung, den drastischen Einsparkurs im Investitionsbereich nochmals zu überdenken.



Landrat Roland Schwing, Landrat Harald Leitherer und Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Landkreistages, Johannes Reile (v. l. n. r.).

Mittelfränkische Landräte:

Kalkulation der Haushalte mit „Nullrunde“

Die Landräte aus Mittelfranken fordern den Bezirk Mittelfranken auf, die Bezirksumlage nicht zu erhöhen. „Die Umlage muss stabil bleiben, und genau so werden wir auch unsere Haushalte kalkulieren“, erklärte die Vorsitzende des mittelfränkischen Bezirksverbandes des Bayerischen Landkreistages, Fürths Landrätin Dr. Gabriele Pauli, auf einer Verbandstagung in Weingartengreuth.

Wie die Landrätin ausführte, werden die Kämmerer aller mittelfränkischen Landkreise in ihren Haushalten eine unveränderte Bezirksumlage zu Grunde legen. Eine Anhebung der Umlage käme für die meisten Landkreise nämlich einer finanziellen Katastrophe gleich. So würde beispielsweise beim Landkreis Fürth jeweils ein Prozentpunkt Anhebung einen Fehlbetrag in Höhe von rund 665.000 Euro im Verwaltungshaushalt verursachen.

Möglichkeiten ausgeschöpft

Den Landkreisen fehle das Geld, um weitere Anhebungen der Bezirksumlagenhebesatzes verkraften zu können. Nachdem die Landkreise keine eigenen Steuereinkünfte hätten und die meisten Haushalte nur noch mit Mühe und Not ausgeglichen werden könnten, müsse jede Erhöhung der Bezirksumlage in vollem Umfang über die Kreisumlage an die Kommunen weitergegeben werden, die aber selbst am Ende ihrer finanziellen Möglichkeiten seien. Die Folge wäre, dass die Kommunen wichtige Investitionen, wie in Schulen oder in den Straßenbau, nicht mehr tätigen könnten. „Das muss verhindert werden“, waren sich die Landräte einig, die zugleich beschlossen, keine Erhöhung der Bezirksumlage in ihre Kreisumlage einzuplanen.

Darüber hinaus hätten alle kommunalen Spitzenverbände bereits im November 2003 umfangreiche Forderungen an den bayerischen Finanzminister ge-

stellt. Darin sei enthalten, dass der Freistaat Bayern den Sozialhilfeausgleich an die Bezirke aufstocken solle. Diese Maßnahme würde dazu beitragen, den Bezirk und seine Umlagezahler erheblich zu entlasten. Bekomme der Bezirk den Sozialhilfeausgleich nicht im geforderten Umfang, würden laut Dr. Pauli nicht nur die Landkreise und kreisfreien Städte, sondern auch die kreisangehörigen Gemeinden erheblich zusätzlich belastet.

Eigenes Leistungsgesetz

Die Landkreise fordern vor allem ein eigenes Leistungsgesetz des Bundes für Menschen mit Behinderungen, an dem sich Bund, Länder und Kommunen jeweils zu einem Drittel beteiligen. Außerdem müssten sich die Leistungen in Zukunft stärker an der Leistungsfähigkeit der öffentlichen Haushalte orientieren. So sei es beispielsweise nicht einsichtig, weshalb ein Behinderter mit hohem eigenem Vermögen nicht auch an den Kosten seiner Betreuung beteiligt werde.

Kämen Bund und Land ihren Verpflichtungen gegenüber Menschen mit Behinderungen nach, wofür sie eigentlich auch zuständig seien, könnte die Kreisumlage wesentlich geringer ausfallen oder effizienter vor Ort verwendet werden. Nach den Berechnungen der mittelfränkischen Landräte fließt mittlerweile etwa die Hälfte der Kreisumlage (Landkreis Fürth sogar 56%) an den Bezirk zur Finanzierung seiner Sozialausgaben.

Kommunale Gebäude- und Inhaltsversicherung

NSGB legt Muster für die Ausschreibung von Versicherungsdienstleistungen vor

Grundsätzlich sind Versicherungsdienstleistungen, ebenso wie andere Dienstleistungen, entsprechend den Vorschriften des Vergaberechts national oder EU-weit auszuschreiben. Ausgenommen hiervon sind z.B. die über kommunale Schadensausgleiche abgeschlossenen Versicherungen, da es sich insoweit um Selbsthilfeeinrichtungen der Kommunen handelt.

Um den Kommunen die Ausschreibung von Versicherungsdienstleistungen zu erleichtern, hat der Niedersächsische Städte- und Gemeindebund (NSGB) in Zusammenarbeit mit der Versicherungswirtschaft ein Ausschreibungsmuster für die Vergabe von Gebäude- und Inhaltsversicherungen (Gebäude einschließlich Glas) entwickelt. Die praktische Anwendbarkeit ist in Kooperation mit mehreren Kommunen erprobt worden.

Spezialfälle

Das Ausschreibungsmuster kann nur für typische kommunale Gebäude (z.B. Schulen, Kindergärten, Frei- und Hallenbäder, Büchereien, Dorfgemeinschaftshäuser, Feuerwehrhäuser und ähnliche Gebäude) Verwendung finden. Für bestimmte andere Risiken wie großindustrielle Betriebe, besondere Bauten, Krankenhäuser oder wertvolles Inventar muss die Leistungsbeschreibung wesentlich detaillierter ausfallen, um dem Versicherer die Kalkulation der Versicherungsbeiträge zu ermöglichen. Für derartige Risiken können keine allgemein gültigen Leistungsbeschreibungen angeboten werden.

Kein Wagnis aufbürden

Wie bei jeder Ausschreibung muss auch bei der Ausschreibung von Versicherungsdienstleistungen die Leistung so eindeutig und erschöpfend beschrieben werden, dass alle Bewerber die Beschreibung im gleichen Sinne verstehen und die Angebote miteinander verglichen werden können. Um eine einwandfreie Preisermittlung zu ermöglichen, sind alle sie beeinflussenden Umstände festzustellen und in den Verdingungsunterlagen anzugeben. Dem Auftragnehmer soll kein ungewöhnliches Wagnis aufgebürdet werden für Umstände und Ereignisse, auf die er keinen Ein-

fluss hat und deren Einwirkungen auf die Preise und Fristen er nicht im Voraus schätzen kann. Um diesen grundlegenden vergaberechtlichen Normen ausreichend Rechnung zu tragen, wurde insbesondere Wert auf eine präzise Leistungsbeschreibung gelegt.

Ohne Versicherungssteuer

Was die Berechnung des Schwellenwertes anbelangt, ist zu berücksichtigen, dass die Versicherungssteuer hier nicht mit zu berücksichtigen ist. Der Schwellenwert für eine EU-weite Ausschreibungspflicht liegt bei 200.000 Euro. Dieser Betrag ist bei Verträgen mit nicht absehbarer Vertragsdauer auf 48 Monate zu verteilen, so dass als Jahresbetrag 50.000 Euro als Schwellenwert anzusehen sind.

Schäden durch Terrorakte

Die Versicherer verlangen zunehmend beim Abschluss neuer Versicherungsverträge eine besondere Regelung über den Ein- oder Ausschluss von Schäden durch Terrorakte. In dem vom NSGB entwickelten Ausschreibungsmuster gibt es sowohl die Möglichkeit, den Einschluss von Schäden durch Terrorakte auszuschließen, als auch diese unter besondere Bedingungen einzuschließen. Die im Muster vorgeschlagenen Klauseln sind aufgrund von Anforderungen der Versicherungswirtschaft einem fortlaufenden Wandel unterworfen. Es wird deshalb empfohlen, insoweit den Markt sorgfältig zu beobachten und ggf. vor einer Ausschreibung mit Vertretern der Versicherungswirtschaft Kontakt aufzunehmen. Das Ausschreibungsmuster liegt nunmehr in gedruckter Fassung vor. Damit das Muster leichter gehandhabt werden kann, wurde eine CD-ROM mit den wesentlichen Vertragsinhalten erstellt. **DK**

Genossenschaftsverband Bayern:

Neuer Präsident berufen

Aber der Wechsel an der Spitze findet erst zum Jahreswechsel 2004/05 statt

Der Genossenschaftsverband Bayern kündigt schon jetzt einen Wechsel an seiner Spitze in gut einem Jahr an. Zum 1. Januar 2005 wird Stephan Götzl (43) als Verbandspräsidenten Wilhelm Frankenberger ablösen, der den Verband seit 1. Januar 2000 führt und Ende 2004 nach Vollendung seines 65. Lebensjahres in den Ruhestand gehen wird.

Die Vertreterversammlung des Genossenschaftsverbandes Bayern, hat in ihrer Sitzung am 8. Dezember 2003 in München einstimmig beschlossen, Stephan Götzl mit Wirkung vom 1. Januar 2005 an zum Vorstandsmitglied des Genossenschaftsverbandes Bayern zu bestellen. Gleichzeitig hat der Verbandsrat Götzl zum neuen Verbandspräsidenten vom 1. Januar 2005 an berufen.

Stephan Götzl, ein gebürtiger Oberpfälzer, ist seit fünf Jahren Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) und des Verbandes der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie (VBM) sowie im Aufsichtsgremium des Bildungswerkes der Bayerischen Wirtschaft.

Nach dem Abitur in Nürnberg machte er zunächst eine kaufmännische Lehre bei Siemens und studierte dann Betriebswirtschaft an der Friedrich-Alexander-Universität in Erlangen-Nürnberg. Weitere berufliche Stationen waren die Kienbaum Unternehmensberatung, die Siemens AG und die Pfeleiderer AG in Neumarkt/Opf. Politische Erfahrungen sammelte Götzl in den Jahren 1991 und 1992 als Staatssekretär für Umwelt und Gesundheit in der Landesregierung von Rheinland-Pfalz.

doh.

Rekordabschlüsse bei der Landesbausparkasse

Neugeschäft stieg um 50 Prozent
Gegen Streichung der Wohnungsbauprämie

München. Die beabsichtigte Streichung der Wohnungsbauprämie zum 1. Januar 2004 durch die Bundesregierung stößt bei der Bayerischen Landesbausparkasse (LBS) auf scharfe Kritik. Wie der Sprecher der Geschäftsleitung, Manfred Werner, bei der Jahresabschluss-Pressekonferenz erklärte, ist die damit verbundene wohnungs- und vermögenspolitische Weichenstellung fatal.

Die Wohneigentumsförderung mit einem Schlag auf Null zu setzen sei inkonsequent und nicht schlüssig, denn die „Immobilienrente“ sei das Gegenstück zur Riester-Rente, Bausparen das Pendant zum Riester-Sparen und die Wohnungsbauprämie das Äquivalent zur Riester-Prämie.

Werner bezeichnete die Wohnungsbauprämie als „äußerst kostengünstige und höchst effiziente Hilfe zur Selbsthilfe“. Der bescheidene staatliche Impuls löse eine systematische Eigenkapitalbildung aus, die zum miet- und schuldenfreien Wohnen im Alter führe und so eine nachhaltige Entlastung der öffentlichen Haushalte und Rentenkassen bewirke. Die Streichung dieses erfolgreichen Instruments sei auch sozialpolitisch ein verheerendes Signal, denn die Wohnungsbauprämie begünstige Bezieher mittlerer und niedriger Einkommen. Insbesondere junge Menschen profitierten von der „Initialzündung“ zur Vermögensbildung.

Klares Votum für Altersvorsorge

Die drohende Beseitigung der Förderung hat das Neugeschäft der Landesbausparkasse stark beeinflusst. Sie wird 2003 so viele Bausparverträge vermitteln wie nie zuvor. Werner erwartet zum Jahresende rund 310.000 Abschlüsse mit einer Bausparsumme von über sieben Milliarden Euro. Damit werde das Neugeschäft gegenüber 2002 um über 50 Prozent zulegen. „Wir wachsen noch stärker als der Bausparmarkt insgesamt und werden unser bisheriges Spitzenjahr 1996 um eine Milliarde Euro übertreffen“, erklärte Werner. Er wertete die Rekordzahlen als klares Votum der Kunden für die Altersvorsorge

durch Wohneigentum.

Die vorgesehene Streichung der Wohneigentumsförderung beeinflusste auch das Finanzierungsgeschäft der LBS. Die Auszahlungen von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten werden 2003 voraussichtlich um 47 Prozent auf 460 Millionen Euro steigen.

Der starke Zuwachs bei den Sofortfinanzierungen ist laut Werner vor allem darauf zurückzuführen, dass viele Immobilienerwerber ihre Kaufentscheidungen beschleunigt haben, um noch in den Genuss der unveränderten Eigenheimzulage zu kommen.

Stabile Ertragslage

So habe sich in Bayern die Zahl der Baugenehmigungen für Einfamilienhäuser in den ersten neun Monaten um 25,4 Prozent auf 23.409 erhöht, die für Zweifamilienhäuser sogar um 41,6 Prozent auf 6352. Die Ertragslage der LBS nannte die Geschäftsleitung „stabil“. Sie rechnet mit einem Betriebsergebnis vor Risikovorsorge von 67 Millionen Euro. Den Rückgang gegenüber dem Vorjahreswert (100,8 Millionen) erklärte Werner mit Sondereinflüssen, die das Ergebnis 2002 in die Höhe getrieben hatten.

Um den Bauspargedanken in Europa zu verbreiten, will die LBS mit Rumänien ins Geschäft kommen. Die erste Bausparkasse Romania S.A., deren Gründungstag am 1. August in Bukarest unterschrieben wurde, wird nach Werners Angaben planmäßig im zweiten Quartal 2004 den Kundenbetrieb aufnehmen. Er betonte, dass die LBS mit dem Joint-venture, an dem sie 60 Prozent hält, strategische Ziele verfolgen. Der rumänische Markt biete interessante Wachstums- und Ertragsaussichten. **E. Scholl**

Finanzstaatssekretär Franz Meyer:

Den Gemeinden wieder stabile Einnahmen verschaffen!

Antrittsbesuch beim KPV-Landesvorsitzenden Landrat Luitpold Braun

„Die Gemeinden brauchen wieder planbare und stabile Einnahmen“, stellte Finanzstaatssekretär Franz Meyer bei seinem Antrittsbesuch beim Landesvorsitzenden der Kommunalpolitischen Vereinigung Bayern, dem Landrat des Landkreises Weilheim-Schongau Luitpold Braun, in Weilheim fest.

„Die Schlagzeilen der Medien belegen es Tag für Tag überdeutlich: In dieser Bundesrepublik gibt es neben einer Konjunkturkrise auch eine Vertrauenskrise. Das Vertrauen in eine Politik, die nur diskutiert aber nicht handelt, so des Volkes Stimme, ist nachhaltig gestört, Wirtschaft und Bürger sind seit Monaten gleichermaßen verunsichert.“

Gemeinden wären es im nächsten Jahr etwa 550 Millionen Euro. Wir werden die Umsetzung des Soforthilfeprogramms weiter von der Bundesregierung einfordern“, versicherte Meyer.

Einsatz für die Kommunen

Die Bayerische Staatsregierung setze sich traditionell für

die Belange der kommunalen Ebene ein, wie Meyer mit eindringlichen Zahlen belegte.

Solide Finanzausstattung

Zentrales Anliegen sei eine solide finanzielle Ausstattung der Kommunen, damit die kommunale Selbstverwaltung ihren Verpflichtungen gegenüber den Bürgern gerecht werden könne. Dafür unternehme die Bayerische Staatsregierung große Anstrengungen auch in für den staatlichen Haushalt schwierigen Zeiten.

Von 1990 bis 2003 haben, so Meyer, die Leistungen Bayerns für seine Kommunen etwa 94 Milliarden Euro betragen, davon allein in diesem Jahr rund 7,3 Milliarden Euro. Gut ein Fünftel des Staatshaushalts komme damit den Kommunen zugute. Die staatlichen Leistungen an die Kommunen hätten gegenüber dem Jahr 1990 um 30 Prozent zugenommen. Ein sehr großer Teil davon stehe als allgemeine Deckungsmittel für die eigenverantwortliche Erledigung der kommunalen Aufgaben zur Verfügung.

Zweckgebundene Zuweisungen

In Bayern sei der Anteil der allgemeinen Deckungsmittel an den Finanzausgleichsleistungen kontinuierlich erhöht worden, von 64 Prozent im 1990 auf über 80 Prozent im



Finanzstaatssekretär Franz Meyer und KPV-Landesvorsitzender, Landrat Luitpold Braun.

Jahr 2003. „Daneben haben wir immer auch darauf geachtet, dass ein angemessener Anteil an zweckgebundenen Zuweisungen für die dringenden notwendigen Investitionen zur Verfügung stehen“, stellte Meyer fest.

Groteske Formen

Gesundheitsreform, Steuerreform, Reform der Gemeindefinanzen, die Verwirrung über deren Ziele und Inhalte nimmt mitunter schon groteske Formen an, während die kommunale Finanzkrise in Anbetracht ihres Ausmaßes mit dem Prädikat 'dramatisch' nur unzureichend beschrieben wird und sich zunehmend weiter verschärft“, stellte Braun fest. Die in Berlin zur Entscheidung stehenden Gesetzentwürfe der Bundesregierung zur Reform der Gemeindefinanzen bezeichnete Braun dabei als „Schmalspurreform“, die zu Recht auf harsche Kritik stoße. Das wesentliche Reformziel, endlich eine Verbesserung und vor allem Verstärkung der kommunalen Einnahmeseite zu erreichen, um insbesondere eine in der Vergangenheit völlig ausgehöhlt Gewerbesteuer in neuer Form zu erhalten, werde damit nicht erreicht.

Konzeptlose Politik der Bundesregierung

Angesichts der konzept- und orientierungslosen Politik der Bundesregierung seien echte Alternativen gefordert. Die Bundesregierung habe sich nach den Worten von Meyer bisher als reformunfähig gezeigt, trotz ihrer vielen Gesetzentwürfe. Dies zeige auch die Diskussion um eine Gemeindefinanzreform. Zuerst habe die Bundesregierung die dringend notwendige Reform um fast fünf Jahre verschleppt. Dann habe sie einen Entwurf zur Gewerbesteuerreform vorgelegt, der trotz positiver Ansätze insgesamt keine akzeptable Lösung für die Kommunen und die Unternehmen sein könne. Er würde lediglich zu einer Aufblähung der Bürokratie führen und keine rasche und sofort wirksame Verbesserung der Einnahmensituation der Kommunen bringen.

Soforthilfeprogramm

Primär gehe es dabei darum, die eigenen Einnahmequellen der Gemeinden zu erhöhen. Deshalb habe Bayern ein Soforthilfeprogramm entwickelt, das sich der Bundesrat zu eigen gemacht hat. Durch die darin enthaltene Senkung der Gewerbesteuerumlage von derzeit rd. 28 Prozent auf etwa 20 Prozent des Gewerbesteueraufkommens und die Anhebung des Gemeindeanteils am Umsatzsteueraufkommen im Jahr 2004 auf 3 Prozent würden die eigenen Steuereinnahmen und Steuerbeteiligungen der Gemeinden wirkungsvoll gestärkt. „Die Gemeinden hätten sofort mehr Geld in ihren Kassen. Für die bayerischen

Renovierung der Regensburger Neupfarrkirche:

Ein europäisches Dornröschen wird geweckt

Projekt soll möglichst ausschließlich mit privaten Geldern und Sponsoring finanziert werden

Die Regensburger Neupfarrkirche, Mutterkirche des evangelischen Regensburg und evangelische Universitätskirche, ist als eine der bedeutendsten Renaissancekirchen Bayerns derzeit in einem baulichen Zustand, der ihrer überragenden historischen Bedeutung nicht mehr gerecht wird. Sie soll daher nach den Grundsätzen modernen Denkmalschutzes umfassend und fachlich auf höchstem Niveau renoviert werden.

Dieser geographische Mittelpunkt der ehemals freien Reichsstadt Regensburg soll in Fortsetzung ihrer kunsthistorischen und ästhetischen Entwicklung eine große neue Orgel, ein neues Kirchenmuseum, ein erweitertes und in dieser Form weltweit einmaliges Glockengeläut erhalten, sowie von Innen und Außen mit einem ausgefeilten Lichtkonzept neu beleuchtet werden. Auch werden die Kunstschatze und Vasa Sacra restauriert und die alten Buntfenster des 19. Jahrhunderts wieder eingefügt. Zudem wird die technische Infrastruktur erneuert und die liturgische Ausstattung vervollständigt.

Ausbau zu bedeutendem europäischem Standort

Diese und weitere Maßnahmen sollen der Regensburger Neupfarrkirche eine solide Basis für ihren künftigen Erhalt geben. Parallel dazu soll die Neupfarrkirche zu einem bedeutenden Standort auf der europäischen Kulturlandkarte ausgebaut werden. Sie ist hierdurch wichtiger Faktor bei Regensburgs derzeitigen Bewerbungen um die europäische Kulturhauptstadt 2010 und die Anerkennung als Weltkulturerbe.

Image- und Werbewirkung

Um dieses Jahrhundertprojekt zu finanzieren, wurde der als gemeinnützig anerkannte Kirchenbauverein der Regensburger Neupfarrkirche e.V. gegründet, der das Projekt möglichst ausschließlich mit privaten Geldern und Sponsoring, also ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel finanzieren möchte. Gesucht werden Sponsoren, die durch ihr Engagement kulturelles und soziales Verantwortungsbewusstsein gegenüber der Öffentlichkeit wahrnehmen wollen. Sie profitieren von der europaweiten Image- und Werbewirkung des Projektes, besonders dank einer starken Partnerschaft mit regionalen, nationalen und internationalen Medien. Die Mitglieder des Ehrenkuratoriums und das ganze Pro-

jektteam bürgen für Seriosität, Vertrauenswürdigkeit und Sicherheit des Projekts.

Ehrenkuratorium

Mitglieder im Ehrenkuratorium sind u.a. Innenminister Dr. Günther Beckstein und Regensburgs Oberbürgermeister Hans Schaidinger. Wie Beckstein in einer umfangreichen Projektbeschreibung darlegt, werden für die Restaurierungsarbeiten an der Kirche rund acht Millionen Euro benötigt. Er hoffe, dass es im gemeinsamen Bemühen gelingt, das Projekt rasch voranzubringen. OB Schaidinger wiederum weist darauf hin, „dass wir es als unsere Pflicht empfinden, dieses Kulturerbe den Nachfolgenerationen zu erhalten und fruchtbar auszubauen“. Als Stadtoberhaupt freue er sich aufrichtig, dass mit der Initiative engagierter Bürger diesem Ort und diesem Bauwerk eine Perspektive gegeben werde, die würdig an die Geschichte anknüpft und ihr den Weg in eine aussichtsreiche Zukunft weist.

Geplante Aktivitäten

In Erweiterung der derzeitigen Nutzung der Neupfarrkirche sind für die Zukunft folgende Punkte geplant: In Gestaltung und Umfang erweiterte liturgische Angebote, ökumenische Programme, Universitätsgottesdienste, verstärkte kirchenmusikalische Aktivitäten, Konzertreihen mit international renommierten Solisten und Ensembles, Wortveranstaltungen wie Vorträge, Alltagspredigten und Sonntagsschule, temporäre und dauerhafte Ausstellungen, kirchenmusikalische Workshops und Meisterkurse, interkulturelle Symposien, sakrale Konzerte für VIP-Gäste der Stadt Regensburg, Präsenz und Übertragung dieser Angebote auch in überregionalen Rundfunk- und Fernsehprogrammen sowie im Internet. Diese erweiterte Nutzung hebt die Bedeutung dieser Kirche als spirituelles und weltliches Zentrum für die Bürger der Stadt Regens-

burg und ihre Gäste hervor. Durch eine Businessplaneminargruppe der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Regensburg unter Prof. Dr. Michael Dowling in Zusammenarbeit mit dem Kirchengemeindevorstand ist mittlerweile

ein detailliertes Nutzungs- und Vermarktungskonzept ausgearbeitet worden. Im Rahmen dieses Konzeptes gründet die Gemeinde eine Kulturmarketinggesellschaft mit dem Namen Neupfarrkirche.com. Diese agiert marktwirtschaftlich und professionalisiert im Auf-

BayWa weiterhin auf Erfolgskurs

Zuwachs durch Fusion mit der Genossenschaft WLZ/Bausparte profitiert von Sonderkonjunktur

München - Der BayWa-Konzern hat sich entgegen dem Markttrend weiter gut entwickelt. In den ersten neun Monaten dieses Jahres lag der Umsatz mit 4,5 Milliarden Euro um 14 Prozent über dem Vorjahreszeitraum. Der Jahresüberschuss stieg von 23 auf 28,8 Millionen Euro. Bis zum Jahresende wird Deutschlands größter Agrar- und Baustoffhändler voraussichtlich sechs Milliarden Euro erwirtschaften.

Ein wesentlicher Teil des Zuwachses geht, wie Vorstandsvorsitzender Wolfgang Deml vor der Presse erklärte, auf die Fusion mit der Württembergischen Landwaren-Zentrale (WLZ) in Stuttgart zurück. Ohne diesen Effekt wäre das Ergebnis auf Vorjahresniveau geblieben, damit allerdings liege das Unternehmen immer noch über dem Branchendurchschnitt. Der Segment Bau konnte leicht zulegen. Mit 1,24 Milliarden Euro erhöhte sich der Umsatz um knapp sechs Prozent gegenüber der Vergleichszahl des Vorjahres. Speziell im Baustoffhandel bedeutet es Marktanteilsgewinne, denn die Branche verzeichnet aufgrund der Diskussion über die Streichung der Eigenheimzulage weiterhin Rückgänge.

Nischenstrategie

Die Kompetenz im Bereich Sanierung/Modernisierung macht den Konzern noch weniger abhängig vom Wohnungsbau. Im Baustoffhandel zeigt sich das in einer Umsatzsteigerung um 3,5 Prozent auf 902 Millionen Euro. Die Bau- und Gartenmärkte spüren nach wie vor die Zurückhaltung der Konsumenten. Gleichzeitig nehmen die Verkaufsflächen in den Ballungszentren weiter zu. Dagegen verfolgt die BayWa primär eine Nischenstrategie in Regionen mit geringerer Wettbewerbsintensität. Die Konzernsparte Bau- und Gartenmarkt konnte um 13,6 Prozent auf 308 Millionen Euro zulegen. Insgesamt gibt es jetzt 148 Konzernstandorte. Das Agrargeschäft hat weiter unter der Investi-

trage und in Abstimmung mit der Gemeinde deren Kulturprogramm. Angestrebt wird ein vielschichtiges Veranstaltungsangebot auf höchstem Niveau.

Für Sponsoren ist ein Engagement aus folgenden Gründen lohnenswert: Das Projekt hat eine nationale wie internationale Ausstrahlung, die Unterstützung demonstriert einer breiten Öffentlichkeit kulturelles und soziales Verantwortungsbewusstsein, Sanierung und Nutzung werden auf höchstem Niveau erfolgen, d.h. Beteiligung von namhaften Experten, Renovierung nach dem neuesten Stand der Technik, kulturelle Veranstaltungen und Konzerte der Spitzenklasse. Sponsoren profitieren von der europaweiten Image- und Werbewirkung, besonders dank einer starken Partnerschaft mit regionalen, nationalen und internationalen Medien.

Prioritätenschlüssel

Alle allgemein eingehenden Gelder werden nach dem Prioritätenschlüssel 7/10 Kirchenbauwerk und Einrichtung, 2/10 Orgel, 1/10 Glocken auf Unterkonten des Vereins verteilt. Zweckbestimmte Zuwendungen unter Umgehung dieser allgemeinen Prioritäten sind aber möglich, insbesondere im Rahmen von Patenschaften. Die Ausführung der Baumaßnahmen erfolgt in einer von Verein und Kirchengemeindevorstand festgelegten, in der Regel technisch bedingten Reihenfolge. **DK**

Baugenehmigung:

Erzwungene Kehrtwende

Früher war klar: Wer bauen wollte, brauchte eine Baugenehmigung. Hatte der Bauherr eine unanfechtbare Genehmigung, konnte keine Behörde und kein Nachbar gegen den Bau einschreiten. Das nennt man rechtlich Bestandsschutz und wirtschaftlich Investitionssicherheit. Und für die Banken bedeutete dies ein gutes Stück Sicherheit für ihre Kredite.

Voraussetzung für diesen Bauherrnschutz war, dass sein Vorhaben allen Anforderungen des Planungs- und des Bauordnungsrechts und des sogenannten Nebenrechts, beispielsweise des Denkmalschutzrechts, des Naturschutzrechts und des Wasserrechts entsprach. Die Baugenehmigung war der Schlusspunkt aller Prüfungen durch die Bau- und Fachbehörden. Das Oberverwaltungsgericht Münster hat erst kürzlich wieder darauf aufmerksam gemacht, dass die vom Preußischen Oberverwaltungsgericht schon 1885 entwickelte Schlusspunkttheorie dem Bauherrnschutz dient.

Investitionshindernis

Kehrseite einer solchen Genehmigung war ein zeitaufwändiges Verfahren, denn die Baubehörde musste nicht nur selber umfassend prüfen, sondern auch die Prüfungen der Fachbehörden abwarten. Seit den 80er Jahren wurde die Verfahrensdauer zunehmend kritisiert. In ihr sahen Politik und Wirtschaft ein entscheidendes Investitionshindernis.

Den ehrenwerten Versuch, den Prüfungsumfang durch Streichung von bau- und nebenrechtlichen Anforderungen zu verringern und so die Verfahrensdauer zu verkürzen, haben die Bauminister der Länder im Dezember 1993 aufgegeben. Und die tatsächliche Rechtsentwicklung ging sogar in die gegenteilige Richtung.

Genehmigungsfreistellung

Als Ausweg aus dieser Zwickmühle wurde mit der Baurechtsnovelle 1994 die Schlusspunkttheorie aufgegeben und der „mündige Bauherr“ kreiert. Dieser Bauherr und die von ihm beauftragten Planfertiger und Sachverständigen sollten in weitem Umfang dafür gerade stehen, dass ihr Vorhaben dem Bau- und dem Nebenrecht entspricht. Damals wurde die Figur der Genehmigungsfreistellung geschaffen, wonach ganz ohne Baugenehmigung gebaut werden darf und muss. Damals wurde auch das vereinfachte Genehmigungsverfahren eingeführt, bei dem das Baurecht nur eingeschränkt abgeprüft wird. Nur bei den wenigen Sonderbauten verblieb es bei der Vollprüfung.

Richtig ist, dass diese Deregulierung die Verfahrenslaufzeiten deutlich gesenkt hat. Unbestreitbar ist aber auch, dass die Genehmigungsfreistellung keinerlei und das vereinfachte Genehmigungsverfahren nur einen eingeschränkten Bestandsschutz vermittelt. Die Baubehörde kann also im vereinfachten Verfahren ein Vorhaben genehmigen und dennoch den Bau einstellen oder gar beseitigen, wenn es außerhalb der von der Baubehörde zu prüfenden Sachverhalte gegen das Baurecht verstößt. Inzwischen existieren Baugenehmigungen, die auf dem gleichen Papier die Baueinstellung androhen.

Die von Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber eingesetzte Henzler-Kommission zum Abbau „bürokratischen Ballasts“ hat im Bericht vom Juli 2003 verlangt, dass es der Bauherr nur mit einer Behörde zu tun haben dürfe (One-Stop-Agency) und die Baugenehmigung Investitionssicher-

heit gewährleiste. Damit verlangt die Kommission die Wiedereinführung der 1994 abgeschafften Schlusspunkttheorie, ohne sie freilich beim Namen zu nennen. Darüber hinaus hat die Kommission „umfassende Beratungsangebote durch die Baubehörde“ gefordert. Sie waren vor 1994 selbstverständlich; sie mussten jedoch als Folge der Baurechtsnovellen 1994 und 1998 zurückgenommen werden, da die Baubehörden wegen geringerer Prüfungen weniger Gebühren einnahmen und ihr Personal entsprechend ausdünneten.

Am 5. August 2003 hat der Ministerrat die dritte Stufe der Baurechtsnovelle gebilligt, die in die Genehmigungsfreistellung auch gewerbliche Anlagen bis zur Sonderbautengrenze einbezieht und die im vereinfachten Verfahren nur noch Planungsrecht prüft; für die Einhaltung der Abstandsflächen und der örtlichen Bauvorschriften wie auch für die Errichtung der notwendigen Stellplätze sollen der „mündige Bauherr“ oder die von ihm Beauftragten abschließend verantwortlich sein.

Das wird zu weiteren Gebührenausfällen bei den Baubehörden und zu einem weiteren Absmelzen des Personals führen. Die Baubehörden werden dann die von der Henzler-Kommission geforderten „umfassenden Beratungsangebote“ auf keinen Fall mehr gewährleisten können. Diese Beratungsangebote werden aber immer wichtiger, je weiter sich die Behörden aus der Prüftätigkeit zurückziehen. Denn immer wieder stellen die Behörden fest, dass der „mündige Bauherr“ und die von ihm Beauftragten der neuen Rollenverteilung seit 1994 nicht gewachsen sind.

Erzwungene Kehrtwende

Im Oktober hat der Ministerrat auf den Henzler-Bericht reagiert. Das Kabinett verlangt nunmehr von der Baubehörde, dass sie anstelle des Bauherrn die Fachbehörden kontaktiert und die nebenrechtlichen Beurteilungen in einem von der Baubehörde zu vertretenden Bescheid zusammenfasst. Das gilt sogar dann, wenn die Baubehörde - wie etwa bei der Genehmigungsfreistellung - selbst nichts mehr zu prüfen hat. Die Schlusspunkttheorie soll wieder Gesetz werden, freilich in verstümmelter Form.

Diese von der Wirtschaft erzwungene Kehrtwende - dem Bericht der Henzler-Kommission liegen ausschließlich Erfahrungen von Unternehmen zugrunde - sollte Anlass sein, die dritte Stufe der Baurechtsnovelle vorerst zurückzustellen. Stattdessen sollte noch einmal vorurteilsfrei diskutiert werden, wie die berechtigten Forderungen nach Investitionssicherheit, besseren Laufzeiten, umfassender Beratung und Einsparung von Behördenpersonal unter einen Hut gebracht werden können. Dass dies schwierig ist, steht außer Frage, denn auf den ersten Blick schließen sich diese Anforderungen gegenseitig aus. Fest steht aber auch, dass mit der dritten Stufe der Baurechtsnovelle der Ausgleich zwischen den widerstreitenden Anforderungen nicht gelingt, sondern die Schwächen der bisherigen beiden Novellen potenziert werden. **IBSt**

Die Zukunft unserer Dörfer

Fachtagung der Hanns-Seidel-Stiftung klärt auf

Deisenhausen/Lkr. Günzburg - Ausweisung von Bauland auf grüner Wiese bei immer mehr leer stehenden Häusern und Gehöften mitten im Ort - damit muss Schluss sein. „Rettet unsere Dörfer!“ lautet der Hilferuf. Sehen wir die Bedrohung und die daraus entstehenden Gefahren überhaupt? Von welcher Bedrohung und von welcher Gefahr sprechen wir eigentlich? Ist uns allen bewusst, vor welchen existenzbedrohenden Veränderungen unsere Dörfer im ländlichen Raum wir überhaupt stehen? Damit beschäftigt sich auch ein Arbeitskreis „Dorfentwicklung“ im Landkreis Günzburg.

Welche Möglichkeiten haben die Gemeinden dem Flächenfraß einerseits und der Verödung der Ortskerne andererseits entgegen zu wirken? Welche Chancen bieten der gemeindliche Rahmenplan und der innerörtliche Bebauungsplan? Dazu informierte Dr. Franz Dirnberger, Jurist beim Bayerischen Gemeindetag, in der alten Schule in Deisenhausen bei einer äußerst gut besuchten öffentlichen Veranstaltung der Hanns-Seidel-Stiftung. Dies veranlasste den Referenten zur Eingangsbemerkung: „Die Schwaben haben eben doch ein stark ausgeprägtes Bewusstsein für Heimat“.

Die Ausgangslage

Im Landkreis Günzburg gibt es 34 Gemeinden mit 155 Ortschaften und Weiler. 140 (90 Prozent) davon haben weniger als 1500 Einwohner, sind also

Dörfer. In diesen leben ca. 50 Prozent der Einwohner des Landkreises. Aufgrund des anhaltenden Strukturwandels in der Landwirtschaft stehen in diesen Dörfern immer mehr landwirtschaftliche Anwesen leer.

Drohender Verfall

So ist die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe in fünf Jahren von 1995 bis 2000 von zunächst 1996 auf 1557 gesunken - ein Minus von 22 Prozent. Seit 1949 gaben 4304 Landwirte ihren Hof auf. Zur Zeit wird nur noch jede dritte Landwirtschaft im Vollerwerb geführt. Viele dieser Betriebe sind bereits ausgesiedelt. Zurück bleiben im Altort ungenutzte landwirtschaftliche Anwesen an meist ortsbildprägender Stelle. Verfall und Abbruch drohen unweigerlich.

Gemeinden von der Wohnungsaufsichtspflicht entbinden!

Gemeindetag: Vorschriftenabbau ist möglich

Der Bayerische Gemeindetag fordert die Bayerische Staatsregierung auf, die Gemeinden und Städte aus der Verpflichtung zu entlassen, auf die Beseitigung von Wohnungsmissständen hinzuwirken. „Diese gemeindliche Aufgabe hat sich längst durch den immer stärker geworden Mieterschutz im Mietrecht überholt,“ sagte Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags.

„Das Wohnungsaufsichtsgesetz gibt den Gemeinden Befugnisse, die in der Praxis kaum durchsetzbar sind. Wohnungsmissstände, wie Schimmel, Feuchtigkeit, Ungeziefer oder fehlende Heizung in Mietswohnungen müssen ohnehin vom Vermieter beseitigt werden.“ Der Gemeindetag plädiert daher für eine ersatzlose Aufhebung des wohnungsaufsichtlichen Teils des Wohnungsaufsichtsgesetzes.

Das Wohnungsaufsichtsgesetz aus dem Jahre 1974 verpflichtet die Gemeinden, auf die Einhaltung von Mindestanforderungen an gesunde Wohnverhältnisse im Gemeindegebiet zu achten. So gibt ihnen das Gesetz das Recht, beispielsweise Vermieter, die keine Toiletten, Heizungen oder Öfen in ihren vermieteten Wohnungen eingebaut haben oder durchfeuchte oder verschimmelte Wohnräume dulden, zur Beseitigung dieser Mängel aufzufordern und entsprechende Anordnungen zu treffen.

In der Vergangenheit hat sich jedoch herausgestellt, dass die wohnungsaufsichtlichen Befugnisse der Gemeinden „ein stumpfes Schwert“ gegenüber gewissenlosen Vermietern sind. Die gemeindlichen Anordnungen sind schwer durchsetzbar. Sicherheitsrechtliche Anordnungen nach dem Bau-, Gesundheits-, Seuchen- bzw. Infektionsschutz- und allgemeinen Sicherheitsrechts bieten wesentlich bessere Durchsetzungskraft.

„Wir fordern den Freistaat auf, hier einen Beitrag zum Bürokratieabbau und zur Lichtung des Vorschriftenchungels zu leisten. Das Wohnungsaufsichtsgesetz ist für die Gemeinden kaum praktikabel und gehört deshalb ersatzlos aufgehoben“ so Brandl.

Innenstaatssekretär Georg Schmid:

„SPD bei Staatsstraßen ohne Sinn für finanzpolitische Realitäten“

„Der bayerische Staatshaushalt ist nach wie vor solide, leidet jedoch massiv unter den von der Bundesregierung verschuldeten Steuerlöchern. Deshalb muss auch im Freistaat Sparen oberste Priorität haben“, erklärte Innenstaatssekretär Georg Schmid.

Wer wie die SPD-Bundestagsabgeordneten Heinz Paula und Gabriele Fograscher vor diesem Hintergrund den bayerischen Staatsstraßenetat anprangert, lasse jeden Blick für die finanzpolitische Realität missen. Die Staatsregierung messe dem Staatsstraßenbau nach wie vor hohe Priorität bei, weil sie um die Bedeutung dieser Investitionen auch für die Wirtschaft

weiß. Wenn die SPD mehr Geld für den Staatsstraßenbau fordere, müsse sie auch darlegen, woher diese Mittel bei dem begrenzten Finanzrahmen kommen sollen.

Die Bayerische Staatsregierung jedenfalls setze wie schon bisher auf solide Staatsfinanzen und zugleich auf eine möglichst hohe Investitionskraft, so der Staatssekretär.

Bürger sind einzubeziehen, dürfen nicht passiv zuschauen und sind auch ständig zu informieren.

Letztendliche Entscheidung beim Gemeinderat

Wichtig ist aber auch: Der Gemeinderat bleibt das entscheidende Gremium. Nicht weniger wichtig ist aber die Information der Bevölkerung. Aus der Erkenntnis „Was will das Dorf?“ sind mit und aus einem Leitbild konkrete Planungen und Maßnahmen zu entwickeln. Es sind nicht leere Köpfe und Herzen angesagt, wir müssen die Qualität unserer Orte wieder erkennen, war von Diskussionsredner Ferdinand Bisle von der Direktion für ländliche Entwicklung in Krumbach zu vernehmen.

Der Kreistag von Günzburg unterstützt mit einem eigens aufgelegten Förderprogramm die Bemühungen um bedeuten-

Haftungsfrage

Was kann die Gemeinde tun, wenn dann ein Bauträger mit unerwünschten und unpassenden Planungen auftaucht? „Den Ratsmitgliedern steht keine Ermessensentscheidung zu, sie haben das Baurecht anzuwenden“, führte Dr. Dirnberger in die Materie ein. Dahinter steckt auch eine Haftungsfrage. Angesagt sind Veränderungssperre, Zurückstellung des Bauplanes und Aufstellung eines Bebauungsplanes. Dieser sollte wiederum schlank, flexibel, bürgernah, einfach, für jedermann verständlich, rechtssicher und gerichts-fest, ökologisch, ökonomisch und sozial sein, grundsätzlich eine ganzheitliche Planung ermöglichen. - Ein in der Tat



Leerstehende Gebäude an ortsbildprägender Stelle erfordern dringend eine Problemlösung. Text und Bild: Joas

nicht ganz einfaches Unterfangen.

Informelle Planung

Der gemeindliche Rahmenplan ist und bleibt eine informelle Planung ohne Rechtswirkung und unterliegt keinen gesetzlichen Vorschriften. Ein herkömmliches Verfahren ist nicht anzuwenden. Wichtig dabei ist, dass die Belange in einem Dorf sehr vielschichtig sind und präzise ermittelt werden müssen. Grundstück für Grundstück muss abgegangen und die Bedürfnisse müssen abgefragt werden.

Bürger- und Sozialkultur

Im Sinne der Agenda bzw. der neuen Bürger- und Sozialkultur sind Individualität, Partizipation und Transparenz gefragt. Die

Einzelanwesen. Bezuschusst wird neben der Planung auch die Ausführung dieser Vorhaben. Helfen sollen auch von Architekten auszuarbeitende innerdörfliche Einzelkonzeptplanungen, die die verschiedenen Möglichkeiten einer dörflichen Entwicklung beispielhaft aufzeigen sollen.

Gebäudebörse

Nachdem viele Eigentümer von alten Höfen und Gebäuden aber aus verschiedenen Gründen meist nicht in der Lage sind, eine Umnutzung zu finanzieren, wurde eine Gebäudebörse auf die Homepage des Landkreises ins Internet gestellt, die unter www.landkreis-guenzburg.de/lkgz/buergerinformation/abzurufen ist.



V.l.: Vergaberechtspezialist Prof. Wolfgang Heiermann, Landrat Georg Huber, Rechtsanwältin Andrea Kullack, Rechtsanwalt Alfred Sauter, MdL.

Vergabemanagement im Blickpunkt

Informationsveranstaltung am Landratsamt Mühldorf a. Inn fand großes Interesse

Vor 60 Landräten, Bürgermeistern und Vergabereferenten begrüßte der Landrat des Landkreises Mühldorf a. Inn, Georg Huber, die Vergaberechtspezialisten Prof. Wolfgang Heiermann - VOB-Kommentator - und Rechtsanwältin Kullack, Geschäftsführerin des Vergabezirkels der Deutschen Gesellschaft für Baurecht e.V. München - Frankfurt/Main.

Im Rahmen einer eintägigen Veranstaltung am Landratsamt Mühldorf a. Inn erläuterten Prof. Wolfgang Heiermann und Rechtsanwältin Andrea Kullack aktuelle Fragen des neuen Vergaberechts. Vorrangiges Ziel der Veranstaltung war es, die Vertreter der öffentlichen Auftraggeber bei der rechtskonformen und ermessensfehlerfreien Anwendung des Vergaberechts zu unterstützen.

Die Referenten hoben daher insbesondere die Notwendigkeit des Vergabemanagements hervor, um sicherzustellen, dass dringend zu verwirklichende Bauprojekte der Kommunen nicht durch Vergabestreitigkeiten vor Vergabekammern und Vergabesenaten an den Oberlandesgerichten in ihrer Durchführung gestört werden.

Es wurden Wege aufgezeigt, um kostenpflichtige Nachprüfungsverfahren und gerichtliche Auseinandersetzungen, vor allen Dingen über Schadensersatzansprüche von Bieter und Auftragnehmern, zu vermeiden. Aktuelle Entwicklungen, Neuerungen und Änderungen des Vergabemanagements, wie die fortdauernde Diskussion über die Privatisierung staatlichen Handelns oder die künftige elektronische Beschaffung, wurden ebenfalls in die Darstellung einbezogen.

Neben einer allgemeinen Einführung in das öffentliche Auftragswesen wurden aber auch

ausführlich der persönliche und sachliche Anwendungsbereich der Vorschriften und die grundlegenden Vergabebestimmungen und Vertragsbedingungen dargestellt und erläutert. Die sogenannten vergabefremden Aspekte, wie beispielsweise die Tarifreuegung und Lehrlingserlass, kamen ebenso zur Sprache wie der neue subjektive Rechtsschutz für den Bieter oberhalb des Schwellenwertes und der Rechtsschutz nach Haushaltsrecht unterhalb des Schwellenwertes.

Rechtsanwältin Andrea Kullack ging im einzelnen auch auf die Struktur des Vergabemanagements aus der Sicht des öffentlichen Auftraggebers ein. Sie behandelte anhand von zahlreichen praktischen Beispielen die Wertung der Angebote, zeigte die Wertungsstufen im einzelnen auf und erläuterte die Voraussetzungen für zwingend auszuschließende Angebote. Einen wesentlichen Ausschlag gaben von der Referentin aufgezeigte Kriterien für den Ausschluss von Bieter mangels Zuverlässigkeit. Die Eignung der Bieter, die Behandlung fehlender Erklärungen und des Nachunternehmereinsatzes waren ebenso wichtige Themenschwerpunkte der Veranstaltung wie die Behandlung von Unterkostenangeboten, Änderungsanträgen und Nebenangeboten.

Schule der Dorf- und Landentwicklung Thierhaupten:

Qualitätsmanagement und Programmentwicklung

Besinnliches zum Advent - Bewegender Abschied von
Altbezirkstagspräsident Dr. Georg Sinnacher

Die Schule der Dorf- und Landentwicklung Thierhaupten (SDL) sieht sich der eigenständigen Entwicklung des ländlichen Raumes verpflichtet, dies bekräftigt der scheidende Vorstandsvorsitzende Dr. Georg Sinnacher in der Jahreshauptversammlung des Vereins. Im ländlichen Raum Akzente setzen, sich auf eigenen Kräfte konzentrieren, Freiräume für Mitwirkung zu ermöglichen, stärkt das Gemeinwesen und fördert das bürgerschaftliche Engagement in den Kommunen. Diese Aufgaben hat laut Sinnacher, die Schule der Dorf- und Landentwicklung hervorragend gemeistert, dafür sprächen steigende Seminar- und Teilnehmerzahlen.

Sinnacher lobte das praxisnahe Angebot der SDL, das den Gemeinden und Regionen Hilfeleistung und Unterstützung in schwierigen Zeiten bietet.

10 Jahre erfolgreiche Arbeit, steigende Seminar- und Teilnehmerzahlen bedeuten laut Prof. Auweck, Leiter des Hauptausschusses, sich nicht auf den Lorbeeren auszuruhen, sondern dieser Erfolg ist Anlass und Ansporn, das Programm der Schule zu überdenken, zu bewerten und weiter zu entwickeln. Die Evaluierung des

Angebotes dient dem Aufbau des künftigen Qualitätsmanagements, der Kontaktpflege zu den Gemeinden und der Gestaltung eines aktuellen und praxisnahen Angebotes. Wichtige Zukunftsthemen wurden bereits ins neue Programm aufgenommen. Diese Seminare beschäftigen sich mit Wirtschaft und Kommune, Nahversorgung im ländlichen Raum sowie der Innenortsentwicklung.

Das Qualifizierungsprogramm „Der Bürgermeister als des Manager des Wandels“ un-

terstützt Bürgermeister bei ihrer Aufgabe, den Wandel der Gemeinden hin zu kommunalen Entwicklungsagenturen optimal zu meistern. In diesem Kontext stehen auch Seminare zur Öffentlichkeitsarbeit. In den 50 beschriebenen Veranstaltungen des neuen Rahmenprogrammes können sich die Gemeinden „Fit für die Zukunft“ machen.

Im Rahmen der Mitgliederversammlung wurde ein neuer Vorstand gewählt. Als gutes Zeichen werten die Mitglieder, dass Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert die Funktion des Vorstandsvorsitzenden übernimmt. Eng verbunden mit der SDL fühlt sich Staatsminister Miller, er übernimmt trotz umfangreicher Pflichten die Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden. Der zweite Stellvertreter ist der Präsident der Direktion für Ländliche Entwicklung, Krumbach, Johann Huber. Unter diesem Motto stand

die Feierstunde, die ganz der Ehrung und Verabschiedung des hochverdienten Vorstandsvorsitzenden Dr. Georg Sinnacher gewidmet war. In einer bewegenden Rede würdigte Ministerialrat Dr. Peter Jahnke in Vertretung von Minister Josef Miller die Verdienste Sinnachers bei der Gründung und dem Aufbau der Schule. Das wiederlebte Kloster Thierhaupten strahle und wirke durch sein persönliches Engagement weit über Thierhaupten in den ländlichen Raum Schwabens und Oberbayerns. Dr. Jahnke überreichte Dr. Georg Sinnacher die Ernennungsurkunde zum Ehrenvorstandsvorsitzenden des Vereins SDL.

„Loba, Komplimente maha, Lösungsa für hoikle Sacha, unterstütza motiviera, ond nie da Humor verliera.“ - so charakterisierte Hermann Maucher den frisch ernannten Ehrenvorstandsvorsitzenden, dessen Handschrift nicht nur in Thierhaupten, sondern in ganz Schwaben zu finden ist.

Wer sich für das Rahmenprogramm der SDL Thierhaupten interessiert, kann es direkt unter Tel.: 08271/41441 oder per Email unter SDL.Thierhaupten@t-online.de ab Februar 2004 anfordern. Informationen sind auch im Internet unter sdl-thierhaupten.de abrufbar.

Gemeinde Schwabhausen:

Wichtige Impulse für Gewerbegebiet

Die Gemeinde Schwabhausen gibt mit ihrem Gewerbegebiet „nördlich der äußeren Münchener Straße“ im oberbayerischen Raum Impulse. Im Infobrief „Planen und Bauen in Oberbayern“ der Regierung von Oberbayern wird das Schwabhauser Gewerbegebiet als Musterbeispiel aufgeführt. Dabei wird verdeutlicht, „wie Gemeinden durch eine gute städtebauliche Planung und Betriebe durch einen hohen gestalterischen Anspruch Zeichen für eine Verbesserung des Ortsbildes gesetzt haben“.

Im Jahr 1995 wurde der Bebauungsplan in enger Zusammenarbeit zwischen Bürgermeister, Gemeinderat, dem Planungsbüro „Zwischenräume“ aus München und dem Kreisbaumeister innerhalb von nur neun Monaten aufgestellt. „Genau der richtige Zeitpunkt“, so Bürgermeister Josef Mederer, denn innerhalb weniger Monate konnten sich die ersten Betriebe in der Gemeinde Schwabhausen ansiedeln.

Neben der bereits vorhandenen handwerklichen Struktur haben sich zwischenzeitlich renommierte Firmen mit internationalem Ruf angesiedelt. „Wir sind ein attraktiver wirtschaftlicher Standort für Betriebe jeglicher Art und genau das schafft Arbeitsplätze vor Ort“, betont Josef Mederer. Betrachtet man den Anstieg der in der Gemeinde wohnenden und auch beschäftigten Personen, so geben diese Zahlen ihm recht. Die Steigerung der in der Gemeinde beschäftigten Einwohner ist in den Jahren 1999 bis 2001 jeweils um mehr als das Doppelte im Vergleich zu den auswärts beschäftigten Gemeindebürgern gestiegen.

In den vergangenen drei Jahren stieg die Zahl der Arbeitsplätze

um durchschnittlich 9 Prozent. Dem Infobrief der Regierung von Oberbayern zufolge ist das Besondere an dem Schwabhauser Gewerbegebiet nicht eine ausgefallene Architektur oder besonders auffällige Einzelbauten. Vielmehr ordnen sich die einzelnen Bauten unter das gesamte Erscheinungsbild.

„Gerade diese Homogenität führt zu herausragender Qualität“, ist in der Broschüre zu lesen. Neben dem „mit bedacht gewählten Standort“ und der Anordnung der Baukörper lobt die Regierung von Oberbayern auch die Gestaltung der Dachlandschaft. Auch bei der Umsetzung waren sich Gemeinde und Landratsamt einig, dass die im Bebauungsplan enthaltene Qualität nur dann erreicht werden kann, wenn dessen Festsetzungen auch eingehalten werden.

Nachdem die meisten Grundstücke bereits verkauft sind, hat die Gemeinde einen zweiten Bauabschnitt ausgewiesen. „Das Erweiterungsgebiet kann jederzeit umgesetzt werden. Wir haben damit die Voraussetzungen geschaffen, damit sich weitere Betriebe bei uns ansiedeln können“, berichtet Bürgermeister Josef Mederer.

Landesgartenschau Burghausen 2004:

Ritter, Rosen und Ressourcen

Ganz Burghausen bekommt ein blühendes Gesamtkonzept. Wenn vom 23. April bis 3. Oktober 2004 die Landesgartenschau ihre Pforten öffnet, wird eine ganze Stadt zum Gesamtkunstwerk. Unter dem Motto „Ritter, Rosen und Ressourcen“ wird die Salzachmetropole Gelegenheit haben, „ihren besonderen Reiz aus dem Kontrast von High-Tech und Historie“, so 1. Bürgermeister Hans Steindl, exponiert darzustellen.

Die Landesgartenschau verbindet den Stadtpark in der Neustadt mit der Burg, und diese wiederum ist nur wenige Minuten vom ruhigen Waldpark entfernt, der den Übergang von der stolzen Stadt zur freien Natur darstellt. Es steht nicht ein isoliertes Gartenschaugelände im Mittelpunkt, sondern überall in der Stadt findet „Gartenschau“ statt - auch weil sich die Burghäuser mit der Schau identifizieren und auseinandersetzen.

Die Burg

Die Burghäuser Burg ist Teil der Stadt, so wie sie Teil des Stadtnamens und deswegen ein Hauptdarsteller der Landesgartenschau ist. In den Burghöfen gibt es faszinierende Beispiele dafür, wie Menschen, Tiere und Pflanzen diese riesige Anlage mit Leben erfüllen können. Handwerker zeigen alte Techniken, Burgschafe weiden auf den Burghängen, Burgbienen sorgen für Burghonig, es gibt Nutz- und Liebesgärtchen - mit einem Wort: das ganze Leben auf einer eigenständigen Burg.

Der Stadtpark

Zentrales Ausstellungsgelände der bayerischen Landesgartenschau 2004 ist der Stadtpark in der Neustadt Burghausens. Vor über 80 Jahren hatten zwei Architekten die Idee, eine Gartenstadt aus der Neustadt zu machen. Doch

irgendwie wurde nichts aus den Plänen. Jetzt belebt die Landesgartenschau diese Idee wieder mit neuem Leben. Nur, dass nicht nur die Neustadt, sondern die ganze Stadt „Gartenstadt“ wird.

Garten-„Kabinette“

16 Garten-„Kabinette“ spannen einen Bogen zwischen „Feuchtigkeit“ und „Trockenheit“. Mal sprechen sie mit besonderen Farben, mal mit besonderen Blattformen und mal mit besonderen Düften die unterschiedlichsten Geschmäcker an. 16 Gärten mit 16 sprechenden Namen: vom feuchten Farngarten über den Wiesen- und Pfingstgarten bis hin zum eher trockenen Erika-Garten oder Kies- und Felsengarten. Ein Erlebnis anderer Art bietet der Stangenwald, der mit seinen rot gestrichenen Baumpfählen einen angenehmen Kontrast zum Grün des Rasens darstellt.

Gelegenheit zum Sport

Es gibt Wald, es gibt große weite Flächen, auf denen man liegen oder laufen kann. Oder Fußballspielen. Es gibt zudem einen Beachvolleyball-Platz, auf dessen Sand man vielleicht sportliche Strandgefühle hat, und es gibt eine Skaterbahn. Außerdem haben die Organisatoren einen Picknickweg für diejenigen vorgesehen, denen Brotzeit ebenso wichtig ist wie Freizeit. **DK**

Krankenhäuser im Landkreis Rottal-Inn:

Versorgung auf hohem Niveau bleibt gesichert

Die Kreiskrankenhäuser im Landkreis Rottal-Inn stehen vor der größten Umstrukturierung ihrer Geschichte. „Das Ziel, eine flächendeckende Versorgung unserer Bürgerinnen und Bürger in der stationären Krankenhausversorgung auf hohem Niveau zu sichern, kann nur durch zwar einschneidende, aber eben auch sinnvolle Umstrukturierungsmaßnahmen erreicht werden“, betonte Landrätin Bruni Mayer bei der Vorstellung des entsprechenden Aufsichtsratsbeschlusses.

Die augenfälligsten Änderungen betreffen die beiden Häuser Pfarrkirchen und Eggenfelden. „Beide Kliniken geben Teile ihres Angebotes ab, werden aber in anderen Bereichen deutlich gestärkt“, machte Bruni Mayer klar. Im Klartext bedeutet dies: Alle operativen Fachabteilungen werden im Krankenhaus Eggenfelden zusammengeführt, die chirurgische Abteilung am Krankenhaus Pfarrkirchen zieht nach Eggenfelden um.

Die Short-Stay-Chirurgie am Simbacher Krankenhaus wird dort erhalten bleiben, am Pfarrkirchener Krankenhaus soll eine chirurgische Praxisklinik eingerichtet werden, so dass die Versorgung kleinerer Verletzungen auch hier gesichert ist. Die Ärzte, die derzeit noch an der Klinik chirurgische Operationen durchführen, sollen, so sieht es das Konzept zur Umstrukturierung vor, ihre Patienten in Zukunft in Eggenfelden behandeln.

Das Kreiskrankenhaus Pfarrkirchen soll den Vorstellungen des Aufsichtsrates zufolge zu einem Fachkrankenhaus für Innere Medizin ausgebaut werden. Zudem soll in Pfarrkirchen ein Zentrum für Seniorenmedizin errichtet werden. Die erfolgreiche geriatrische Reha soll weiter ausgebaut werden.

Eine einschneidende Änderung kommt für das Krankenhaus Simbach a. Inn: hier wird die Abteilung für Rheumatologie aufgelöst, allerdings wird derzeit, wie Thomas A. Kräh erläutert, die Einrichtung einer Praxisklinik geprüft, die sich auf die Behandlung von Rheumapatienten spezialisiert. Änderungen werden sich in Simbach auch für die Diabetologie ergeben - sie wird in Eggenfelden eine neue Heimat finden.

Die Innere Medizin im Simbach a. Inn wird auch in Zukunft ein Schwerpunkt am Simbacher Krankenhaus bleiben. Darüber freut man sich auch

jenseits der Grenze: Die geplante enge Kooperation mit dem Krankenhaus in Braunau basiert nicht zuletzt auch auf dem medizinischen Angebot in Simbach a. Inn, wo in der ebenfalls sehr erfolgreichen Abteilung für Psychosomatik die Anzahl der Betten sogar noch erhöht wird.

Vorteile für Patienten

„Wir sind uns natürlich bewusst, dass manche der geplanten Änderungen auch zu Diskussionen in der Bevölkerung führen werden“, stellte Bruni Mayer fest. Bei genauerer Betrachtung sei aber deutlich zu erkennen, dass für den Patienten viele Vorteile, aber keine Nachteile entstehen würden. „Ringsum werden in anderen Landkreisen Krankenhäuser ganz geschlossen, wir können diesen Verlust an bürgernaher Infrastruktur mit dem jetzt auf den Tisch gelegten Konzept verhindern“, erklärte die Landrätin, die auf die Feststellung Wert legt, dass die Millionendefizite, die auch in den Kliniken im Kreis Rottal-Inn entstanden sind, nicht durch den Landkreis oder die Krankenhäuser selbst verschuldet werden: „Unsere Kliniken haben alle Sparpotenziale ausgeschöpft, aber wir müssen der Tatsache ins Gesicht sehen, dass finanzielle Spielräume im gesamten deutschen Gesundheitswesen immer enger werden“.

Es habe angesichts des enormen Kostendrucks, der auf den Landkreis durch die Krankenhäuser ausgeübt werde, keinen Sinn, sich vor unangenehmen Entscheidungen zu drücken, wenn sie derart dringlich sind. Die Mitglieder des Aufsichtsrates hätten mit ihrer Zustimmung bewiesen, dass sie jenseits aller „Kirchturmpolitik“ das Interesse aller Menschen im Landkreis Rottal-Inn vertreten, so Bruni Mayer. **DK**



Dr. Sinnacher und der neue Vorstandsvorsitzende Jürgen Reichert, Bezirkstagspräsident von Schwaben.

Landkreis Günzburg:

Wettbewerb „Ökologisches Bauen“

Die stolze Zahl von 53 Wettbewerbsteilnehmern macht deutlich, dass im Landkreis Günzburg großen Wert auf die Verwendung ökologischer Baustoffe sowie und energiesparendes Bauen gelegt wird. In der Zeit von Juni 2001 bis zum Mai 2003 hatten Bauherren, die bei der Errichtung ihrer Gebäude positive Beiträge auf dem Gebiet des ökologischen Bauens vorweisen können, Gelegenheit, sich für diesen Wettbewerb anzumelden. Teilnahmevoraussetzung war, dass sich die Objekte im Landkreis Günzburg befinden. Es konnte sich dabei um Neubau- wie auch um Altbauvorhaben handeln.

Aufgrund der vielen guten Beiträge, entschied sich die Fachjury mehrere Preisträger zu ermitteln. So wurden die Objekte zunächst in die beiden Kategorien Neubau und Altbau eingeteilt. Bei den Neubauten sind deshalb drei erste Preisträger, drei zweite Preisträger sowie insgesamt neun dritte Preisträger ermittelt worden.

Preisvergabe

Für den Bereich Altbau wurden ebenfalls drei erste Preise und jeweils ein zweiter und ein dritter Preis vergeben. Darüber hinaus ist im Bereich Altbau und Neubau jeweils ein Sonderpreis vergeben worden. Das vom Landkreis Günzburg ausgelobte Preisgeld von insgesamt 10.000 Euro ging mit jeweils 1.000 Euro an die Ersten Preisträger sowie an den Sonderpreis Altbau und mit jeweils 500 Euro an die zweiten Preisträger. Die Dritten Gewinner erhalten jeweils 100 Euro.

Der Landkreis Günzburg hatte im Rahmen der Agenda 21

den Wettbewerb „Ökologisches Bauen“ ausgelobt, um auf umweltverträgliches und gesundes Bauen aufmerksam zu machen.

Bewertungskriterien

Die angemeldeten Gebäude wurden von einer Fachjury im Rahmen einer Bewertungsfahrt vor Ort beurteilt. Bewertet wurde, ob natürliche Energiequellen genutzt werden und ökologische Baustoffe verwendet wurden. Weitere Bewertungskriterien waren die bauliche Energiebewahrung, die Haustechnik und städtebauliche bzw. gestalterische Aspekte ebenso wie die naturnahe Gestaltung der Außenanlagen und die Regenwassernutzung bzw. -versickerung.

Eine Ausstellung über die prämierten Anwesen war bis vor kurzem im Landratsamt Günzburg zu sehen. Im neuen Jahr ist die Ausstellung für interessierte Bürgerinnen und Bürger im Rathaus in Krummbach aufgebaut. **DK**

Bayerischer Städtetag/Bezirksversammlung Oberfranken:

Kommunale Anliegen nicht faulem Kompromiss opfern!

Wenn die Städte und Gemeinden wenigstens die dringenden Aufgaben im nächsten Jahr noch erfüllen sollen, brauchen sie eine sofortige Finanzspritze, forderte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Josef Deimer, bei der Bezirksversammlung Oberfranken seines Verbandes in Bayreuth. Nach Expertenschätzung fehlen den Kommunen Ende des Jahres rund 1,3 Milliarden Euro in den Kassen.

Deimer verlangte als Sofortmaßnahme, die Gewerbesteuer-Umlage von knapp 29 Prozent auf 9 Prozent zu senken. Zugleich müsste der kommunale Anteil an der Umsatzsteuer von 2,2 Prozent auf 3,6 Pro-

zent angehoben werden. Beide Maßnahmen brächten den Kommunen unterm Strich rund 5 Milliarden Euro bundesweit in die Kassen. Damit würde das zu erwartende Defizit in den kommunalen Haus-

halten im nächsten Jahr spürbar verringert.

Verwässerung

Mit Blick auf die derzeit laufenden Verhandlungen im Vermittlungsausschuss appellierte Deimer an die Verhandlungspartner, keine faulen Kompromisse bei der Reform der Gewerbesteuer einzugehen. Bereits die im Gesetzentwurf der Bundesregierung vorgesehene Senkung der Messzahl zur Berechnung der Gewerbesteuer für Kapitalgesellschaften von 5 Prozent auf 3,2 Prozent verwässere die Gewerbesteuer-Reform. Vor allem die Konzerne würden damit wieder steuerlich bevor-

zugt. Wenn nun auf Drängen der unionsregierten Länder die freien Berufe nicht gewerbesteuerpflichtig werden sollen, blieben den Kommunen weniger Gewerbesteuereinnahmen als nach der gegenwärtigen Rechtslage. Deimer: „Die Interessen der Städte und Gemeinden dürfen im Vermittlungsausschuss nicht einem faulen Kompromiss zwischen Regierung und Opposition geopfert werden.“

Gewerbesteuer

Eindringlich warnte der Vorsitzende in diesem Zusammenhang vor Plänen, die Gewerbesteuer ganz abzuschaffen. Anlass dafür war, dass die CDU bei ihrem Leipziger Parteitag beschlossen hat, die Gewerbesteuer durch kommunale Hebesätze auf Anteile an der Einkommensteuer und an der Körperschaftsteuer zu ersetzen. Deimer wies darauf hin, dass die Bundesregierung bereits im Jahr 2000 mit einer



Im Bayreuther Rathaus trafen sich die oberfränkischen Mitglieder des Bayerischen Städtetags zu ihrer Bezirksversammlung. Im Mittelpunkt der Tagung stand die kommunale Finanzlage mit Blick auf die Beratungen im Vermittlungsausschuss. V.l.n.r.: Dr. Helmut Schwinghammer, Geschäftsführer des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Josef Deimer, Vorsitzender des Bayerischen Städtetags, Bayreuths Oberbürgermeister Dieter Mronz, Bezirksvorsitzender, Regierungspräsident Hans Angerer. Bild: Natter

sehr unternehmerfreundlichen Steuerreform der Wirtschaft Milliardenentlastungen gebracht habe. Darüber hinaus belaste die Gewerbesteuer die Unternehmen ohnehin kaum, weil sie derzeit als Betriebsausgabe abgesetzt werden könne. „Wenn wir jetzt“, so der Vorsitzende, „der Wirtschaft weitere 23 Milliarden Gewerbesteuer erlassen, müssen das die Bürgerinnen und Bürger in diesem Lande zahlen. Denn auf die Körperschaftsteuer brauchen wir keine Zuschläge erheben, weil sie ohnehin nur noch knapp 2,8 Milliarden Euro im Jahr bringt.“

„Lastesel der Nation“

Für Deimer ist es einfach nicht zu vertreten, dass die Beschäftigten in diesem Lande zum „Lastesel der Nation“ gemacht werden. Er wies darauf hin, dass die Steuern aus Gewinnen 1960 noch mit 34,7 Prozent am Gesamtsteueraufkommen beteiligt waren. Heute liegen sie bei rund 12 Prozent. Die Steuern auf Arbeiten und Verbrauch dagegen sind von ehemals 37,5 Prozent auf knapp 80 Prozent angestiegen. Deimer: „Dies zeigt deutlich, dass die für das Gemeinwohl notwendigen Ausgaben immer mehr von den Arbeitnehmern und Konsumenten bezahlt werden, während sich die Unternehmen immer stärker aus ihrer Gemeinwohlverpflichtung zurückziehen.“

Befreiungsschlag

Begrüßt wird vom Städtetag indes die vom Bundestag beschlossene Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe. Die Kommunen erhoffen sich von dieser Maßnahme eine Entlastung in Milliardenhöhe. Voraussetzung für diesen finanziellen Befreiungsschlag ist laut Deimer allerdings, dass das Arbeitslosengeld II von der Arbeitsverwaltung übernommen

wird und die Kommunen dadurch mögliche Einsparungen behalten dürfen.

Arbeitsmarktproblem

Die von den unionsregierten Ländern immer wieder geforderte kommunale Zuständigkeit für die Langzeitarbeitslosen wird vom Städtetag abgelehnt, weil die Städte nicht in der Lage sind, das Arbeitsmarktproblem zu lösen. Sie können die Arbeitslosen nicht überregional vermitteln. Wenn die Union trotzdem die Zuständigkeit der Kommunen will, bedeute das letztlich einen Rückzug des Bundes aus der Verantwortung für die Langzeitarbeitslosen.

Diese würden dann künftig keine Perspektiven mehr für den Wiedereinstieg in den ersten Arbeitsmarkt haben. Die Arbeitslosen wären auf lokale Beschäftigungsprogramme angewiesen, die die Kommunen finanzieren müssten. Der Bund würde sich dann mit der Bundesanstalt für Arbeit nur noch um „Arbeitslose erster Klasse“ kümmern, die das Arbeitslosengeld I erhalten.

Letztlich würde der Rückzug des Bundes damit auf dem Rücken der Arbeitslosen ausgetragen, die länger als ein Jahr ohne Arbeit sind und Städte und Landkreise müssten dafür auch noch die Zechen bezahlen.

Unausgegorener Vorschlag

Der Vorschlag des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch, die Zuständigkeit für die Langzeitarbeitslosen auf die Länder zu übertragen, hält der Städtetag für nicht ausgereift. Letztlich würde die Aufgabe bei den Kommunen in den Ländern landen. Für den Städtetag wäre es eine wesentlich bessere Lösung, wenn es zwischen Bundesanstalt und Kommunen jeweils zu Kooperationen käme, um die Langzeitarbeitslosen optimal betreuen zu können. **DK**

Reigen der städtischen Traditionsvereine nicht mehr wegzudenken sei.

Bedeutende Rolle

Regierungspräsident Dr. Walter Zitzelsberger stellte die bedeutende Rolle der Sektion Landshut für die Entwicklung des Gesamtvereins mit heute 62 Sektionen und über 20.000 Mitgliedern heraus. Ihrer von echter Heimatliebe getragenen Arbeit und ihren regen gesellschaftlichen und kulturellen Aktivitäten sei es zu verdanken, dass der Bayerische Wald-Verein längst selbst „zu einem überzeugenden Vertreter und vertrauten Bestandteil unserer niederbayerischen

Heimat insgesamt“ geworden sei.

Landshuts Landrat Josef Epeneder sprach schließlich von Bayern als einem Land mit Tradition und Fortschritt, das durch die Vereinsstruktur geprägt sei. Er plädierte für den Einsatz gesunder Wälder. Schließlich seien sie wichtige Sauerstoffproduzenten.

Schmid Ehrenmitglied

Im Rahmen der Feierlichkeiten wurde der ehemalige Regierungspräsident von Niederbayern, Gottfried Schmid, zum Ehrenmitglied ernannt. Schmid fungierte selbst 22 Jahre lang als Präsident des Bayerischen Wald-Vereins. **DK**



Vereidigung von Bezirksstagspräsident Richard Bartsch durch das älteste anwesende Mitglied des Bezirksstags, Bezirksrat Fritz Körber.

Richard Bartsch:

Vom Reiz der Herausforderung

Neuer Präsident des Bezirksstags Mittelfranken

Richard Bartsch heißt der neue Präsident des Bezirksstags Mittelfranken. Der CSU-Politiker aus Roßtal wurde im Ansbacher Bezirksrathaus mit 17 von 25 Stimmen ins Amt gewählt. Der 44-Jährige ist hauptberuflich Altenhilfeplaner bei der Stadt Nürnberg und gehört dem Bezirksstags seit 1986 an. Bartsch hat damit die Nachfolge von Gerd Lohwasser angetreten, der 13 Jahre lang die Amtsgeschäfte führte.

Bartsch steht nunmehr an der Spitze der Bezirksverwaltung mit über 20 Einrichtungen und rund 3500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Der Reiz an der neuen Aufgabe besteht seiner Ansicht nach darin, dass die Mischung aus Sozialem, Gesundheit, Kultur, Bildung, Natur und Umwelt sowie Regionalpartnerschaften alle Menschen von Jung bis Alt betrifft und somit die Bezirkspolitik abwechslungsreich und spannend macht. Bartschs vorrangiges Ziel ist es, den Bezirk durch die finanziell schlechten Jahre erfolgreich zu führen.

Gefragt nach den Herausforderungen, vor denen der Bezirk Mittelfranken steht, verweist der neue Präsident zum einen auf steigende Ausgaben, weil immer mehr Menschen pflegebedürftig werden und die Heimkosten auf Dauer nicht aus den sinkenden Renten und dem eigenen Vermö-

gen bezahlen können. Auch gebe es immer mehr Behinderte in der Gesellschaft, die eine besondere Förderung und Betreuung benötigen. Diesen Mehraufwendungen stünden Einnahmefälle aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Lage in Deutschland gegenüber.

Hätte er einen Wunsch frei, denkt Bartsch spontan an eigene Finanzquellen für den Bezirk, damit dieser unabhängig wird von staatlichen Leistungen aus München oder der Bezirksumlage, die von den sieben Landkreisen und fünf kreisfreien Städten bezahlt wird. Die eigenen Finanzquellen sollten dazu noch so stark sprudeln, dass wieder in Zukunftprojekte investiert werden könnten. Derzeit, so Bartsch, sei beides allerdings noch Utopie. „aber Politiker brauchen auch langfristige Ziele und Perspektiven - gerade in diesen Zeiten“. **DK**

Kommunale Partnerschaften gesucht

Gemeinsam am Haus Europa bauen wollen zwei Gemeinden aus der Wojewodschaft Pomorskie (Pommern), der Partnerregion des Bezirks Mittelfranken. Sie sind deshalb auf der Suche nach mittelfränkischen Kommunen, die eine Partnerschaft mit ihnen eingehen wollen. Die Gemeinde Pszczółki, erstmals 1307 urkundlich erwähnt, besteht aus neun Ortsteilen, in denen rund 7000 Einwohner leben. In der landwirtschaftlich orientierten Gemeinde - Spezialität ist die Bienenzucht - haben sich ebenfalls eine Reihe von kleineren Industrieunternehmen angesiedelt. Der Ort Leba, mit seinen etwa 300 Einwohnern, ist ebenfalls an einem kommunalen Erfahrungsaustausch interessiert. Der Ostsee-Badeort mit Jachthafen liegt im Slovzinischen Nationalpark. Kommunen, die an einer deutsch-polnischen Verbindung interessiert sind, können sich an Monika Micksch vom Büro für Regionalpartnerschaften des Bezirks Mittelfranken wenden. Die Adresse lautet: Danziger Straße 5, 91522 Ansbach, Telefon 0981/4664-1022. **KI**

Hundert Jahre Bayerischer Wald-Verein

Sektion Landshut eine der stärksten und traditionsreichsten Bürgerinitiativen Niederbayerns

1883 wurde in Deggendorf von natur- und heimatbegeisterten Männern der Bayerische Wald-Verein gegründet. Seine Aufgabe sollte es sein, durch die Schaffung von Wanderwegen und den Bau von Schutzhütten die Not im Bayerischen Wald zu lindern und den „Woid“ für Wanderer und Touristen zu erschließen, um damit den Fremdenverkehr zu fördern. Dies sollte dem Gebiet wirtschaftlichen Aufschwung und dem Waldler eine zusätzliche Existenzgrundlage schaffen.

Zu den Zielen aus der Gründungszeit zählten später auch die Vertiefung der Heimatliebe, Kulturarbeit, Brauchtumpflege, Naturschutz, Durchführung von Wanderungen, Vorträgen und geselligen Zusammenkünften.

Waldler und Beamte

Während in der Folge an verschiedenen Orten innerhalb und außerhalb des Waldlandes Sektionen als Untergliederungen des Hauptvereins gegründet wurden, dauerte es in Landshut volle 20 Jahre, bis 1903 eine eigene Sektion gegründet wurde. Die Gründungsmitglieder waren frühere Waldler und Beamte wie Lehrer und Polizisten, die im Wald Dienst geleistet und ihn schätzen gelernt hatten.

Historische Höhepunkte

In seiner Festrede zum 100-jährigen Bestehen des Vereins im Landshuter Salzstadel wies der ehemalige Präsident des Bayerischen Wald-Vereins, Dr. Heinz Huther, auf Höhepunkte in der Geschichte der Sektion Landshut hin. Er hob das 50-jährige Stiftungsfest von 1953 ebenso hervor wie die Uraufführung der vom Landshuter Sektionsmitglied Ferdinand Neumeier komponierten Waldlermesse in der St. Konrad-Kirche in Landshut im Jahre 1955, oder das 75-jährige Gründungsfest unter der Schirmherrschaft von Regierungspräsident Dr. Gottfried Schmid, der damals bereits Präsident des Bayerischen Wald-Vereins war.

Beitrag zur Verschönerung

Auch lobte Huther die Idee der Sektion Landshut, zu ihrem 80-jährigen Gründungsfest auf der Carossa-Höhe ein Kreuz zum Gedenken an die verstorbenen Mitglieder aufgestellt zu haben. Damit sei „ein Beitrag zur Verschönerung der Stadt und ihrer Topographie“ erbracht worden.

Huther betonte, dass ihn immer besonders „der gute Geist

freundschaftlicher Zusammenarbeit in der Sektion“ beeindruckt habe, „der es in sinnvoller und auch heute noch notwendiger Arbeitsteilung ermöglicht, dass den Mitgliedern und auch sonst interessierten Landshutern ein umfangreiches, vielfältiges und weltoffenes Vortrags- und Wanderprogramm geboten wird, das sich sehen lassen kann“. In diesem Zusammenhang hob der ehemalige Regierungsvizepräsident auch die europapolitische Dimension hervor: Für den Verein und seine Sektionen lägen in der Öffnung nach Osten „ungeahnte und noch gar nicht voll erkannte Chancen und Möglichkeiten“.

Freude an der Schönheit

Der Vorsitzende der Sektion Landshut, Klaus-Bernhard Richter, betonte, dass ihr Hauptanliegen im Schutz der Natur und in der Bewahrung der Ursprünglichkeit des Bergwaldes liege. Nur auf diesem Wege könne die Freude an seiner Schönheit den Ruhe und Erholung suchenden Menschen vermittelt werden.

Beständigkeit vermitteln

Der Präsident des Bayerischen Wald-Vereins und Landrat im Landkreis Regen, Heinz Wölfl, lobte wiederum den enormen Einsatz, den die Vereinsmitglieder für diese „wunderbare Landschaft“ leisteten. In der Jubiläums-Festschrift schreibt er: „In einer Zeit, wo immer mehr Menschen an ihrer Entwurzelung leiden, wo Werte immer mehr der Beliebigkeit weichen, in einer solchen Zeit vermitteln wir vielen Menschen Beständigkeit ohne Rückständigkeit...“

Oberbürgermeister und Schirmherr Josef Deimer verwies auf den Charakter der Waldler: „Ihre Tugenden wünschen wir uns alle: Zuverlässigkeit, Ehrlichkeit, Heimatverbundenheit.“ Mit der Landshuter Sektion habe sich eine starke Fraktion des Vereins etabliert, die aus dem

Beispielhafte Vorreiterrolle gewürdigt:

Umweltpreis 2003 für die Gemeinde Bächingen

Landrat Dr. Anton Dietrich: Rekordbeteiligung am Umweltwettbewerb des Landkreises Dillingen - 43 Auszeichnungen

Bächingen, Kreis Dillingen (jdt). „Umweltschutz ist heute kein entbehrlicher Luxus mehr, sondern überlebensnotwendig für uns und künftige Generationen“, dies betonte der Dillinger Landrat Dr. Anton Dietrich bei der Verleihung von Auszeichnungen für besonders gelungene Maßnahmen im Bereich des Natur- und Umweltschutzes. Vor zahlreichen Ehrengästen zeigte sich Dr. Dietrich hocherfreut über das ungewöhnlich starke Echo auf den Umweltwettbewerb des Kreises Dillingen, der 1988 erstmals durchgeführt wurde. Mit 43 Ehrungen gab es eine absolute Rekordbeteiligung.

Den „Umweltpreis 2003“, mit einer Prämie von 1000 Euro, überreichte Landrat Dr. Dietrich an Bürgermeister Roland Grandel für die Gemeinde Bächingen. Damit wurde das seit Jahren beispielhafte Engagement Bächingens für Umwelt- und Naturschutz gewürdigt und auch der weit überdurchschnittliche Einsatz vieler Bürger belohnt.

Im „mooseum“, dem Forum Schwäbisches Donautal, in Bächingen hob Bürgermeister Grandel in seinem Grußwort die überregionale Bedeutung des „Forum Schwäbisches Donautal“ hervor. Als Betreiber hätten sich die Arbeitsgemeinschaft Schwäbisches Donaumooos e.V., „Donautal-Aktiv e.V.“ und „Lebensraum Donauried“ zusammengefunden. Die Kosten für das „mooseum“ hätten über 1,5 Millionen Euro betragen.

Ideale Plattform

Hingewiesen wurde von Dr. Dietrich auf die ebenfalls beachtliche Zahl von Naturschutzprojekten, dafür ebenso herzlich dankend. Im Bächinger „mooseum“ gebe es nunmehr eine ideale Plattform für die Förderung vielfacher Aktivitäten. Der Gemeinde Bächingen widmete Dr. Dietrich, als der Träger des „Umweltpreises 2003, besondere Aufmerk-

Hoffnung auf Nachahmer

Landrat Dr. Dietrich stellte in seiner Ansprache heraus, dass diesmal unter den 43 Auszeichnungen Projekte aus dem Bereich des technischen Umweltschutzes mit 29 Preisen eine besonders be-

samkeit. Schon 1992 habe man die Gemeinde für vorbildlichen Naturschutz-Einsatz geehrt. Registriert wurden die Anlage von Windschutzhecken und Obstbaumwiesen, von wechselfeuchten Streuwiesen, Grabenaufweidungen, dazu die aktive Agenda 21-Gruppe.

Größter Kraftakt

Der größte Kraftakt für Bächingen sei die Realisierung des Projektes „mooseum“ gewesen, mit einem außergewöhnlichen Engagement der Gemeinde und dem starken persönlichen Einsatz von Altbürgermeister und Ehrenbürger Wilhelm Rochau. Für den ganzen Landkreis stelle das überörtlich bedeutsame Naturschutzzentrum ein Aushängeschild dar.

„Bürger-Sonnen-Kraftwerk“

Besondere Bedeutung hätten in Bächingen auch Maßnahmen im technischen Umweltbereich. Bezeichnend dafür nannte Dr. Dietrich, dass neben der Gemeinde jetzt noch neun Privatpersonen aus Bächingen für die Errichtung von Solar- und Fotovoltaik-Anlagen ausgezeichnet werden könnten. Darüber hinaus habe die Bächinger Gesellschaft „Bürger-Sonnen-Kraftwerk“ inzwischen die dritte Fotovoltaik-Anlage auf öffentliche Gebäude in Bächingen errichtet. Dem Bürgermeister Grandel, dem Gemeinderat und den Bürgern sprach Dietrich seine große Anerkennung aus. Bächingen habe eine Vorreiterrolle im Landkreis inne.

Heizkosten gespart

In die Ehrungen konnten weitere Gemeinden einbezogen werden. Die Stadt Höchstädt wurde ausgezeichnet für die Anlage eines Dorfangers im Stadtteil Schwennebach, mit Erhaltung und Nachpflanzung eines alten Baumbestandes. In Vertretung von Bürgermeisterin Hildegard Wanner nahm zweiter Bürger-

Regierung von Oberfranken eine Satzung ausgearbeitet und ein Finanzrahmen abgesteckt. Im Juli 2003 entsprach der Stadtrat dem Vorschlag von OB Lauer, nicht weniger als 7,662 Mio. Euro städtischen Vermögens und 620.000 Euro aus einer Erbschaft in eine Stiftung einzulegen. Die Regierung von Oberfranken machte die Stiftung mit Schreiben vom 6. November rechtsfähig und am 11. Dezember überreichte Regierungspräsident Hans Angerer die Gründungsurkunde feierlich an Oberbürgermeister Herbert Lauer. Der Stiftungsvorstand, der die laufenden Geschäfte führt, setzt sich aus Vertretern des Stadtrats und der Stadt Bamberg zusammen. Ihm ist ein Kuratorium zugeordnet, das mit hochrangigen Persönlichkeiten aus dem Kulturleben besetzt wird.

Erhoffte Initialwirkung

Von dieser neuen Form der Förderung von Kultur- und Denkmalpflege erhofft sich die Stadt eine Initialwirkung, da sie Spender, Zustifter und Sponsoren in weit größerem Maße mobilisiert, als wenn die Stadt Bamberg diese Aufgabe im Rahmen ihres laufenden Haushalts weiterführt. **DK**

meister Josef Sing die Urkunde entgegen. Gleich zweimal konnte der Bissinger Bürgermeister Michael Holzinger zur Entgegennahme von Prämien vortreten. Die Marktgemeinde wurde gewürdigt für die Anlage einer Streuobstwiese, in Zusammenarbeit mit der Jagdgenossenschaft Oberliezheim und dem Obst- und Gartenbauverein Bissingen.

Der Schulverband Bissingen hat eine Holzhackschnitzanlage zur Beheizung des Schulzentrums sowie alter und neuer Sporthalle und der Schießanlage des Schützenheimes eingebaut. Eine spätere Anbindung des kirchlichen Kindergartens ist geplant. Ein Zyklonabscheider wurde zur Verringerung der staubförmigen Emissionen eingebaut. Dadurch ergibt sich eine Verminderung des CO₂-Ausstoßes um etwa 220 Tonnen jährlich. Rund 50.000 bis 60.000 Liter Heizöl im Jahr werden eingespart.

Einmalig im Regierungsbezirk

Bürgermeister Wilhelm Gump, Blindheim, konnte sich über die Ehrung seiner Gemeinde freuen. Auf gemeindeeigenen Grundstücken wurden im Rahmen des Flurbereinigerverfahrens Blindheim II Feuchtbiopte entlang der Riedgräben im Donauried angelegt, wie Landrat Dr. Dietrich feststellte „ein enorm wichtiger Beitrag zu Natur- und Landschaftspflege... das einzige Verfahren im Regierungsbezirk Schwaben, bei dem es gelungen ist, ein durchgängiges, ökologisch wertvolles und wirksames Grabensystem aufzubauen bzw. zu erhalten“. Enorm gewesen sei der Einsatz der Gemeinde und von Bürgermeister Gump.

Das Bürger-Sonnen-Kraftwerk Bächingen GbR, mit Geschäftsführer Ulrich Kastler, wurde geehrt für drei Fotovoltaik-Anlagen, darunter ein großflächiges Projekt auf dem Bauhofgebäude (mit Einlagen von Bürgern finanziert und die erste Anlage dieser Art im Landkreis) und ein Projekt auf dem Schulhausdach.

600.000 Euro investiert

Zu den herausgestellten Vorhaben zählen Anlagen des Bürger-Sonnen-Kraftwerkes GbR Gundelfingen, mit dem Vorsitzenden Karl Steidle. Auf der Fahrzeughalle des städtischen Bauhofes wurde eine 38kW-Fotovoltaik-Anlage installiert und eine weite-



Rekordteilnahme beim Umweltwettbewerb des Landkreises Dillingen. V.r.: Dr. Ulrich Mäck, Geschäftsführer der Arge Schwäbisches Donaumooos, Bächingens Bürgermeister Roland Grandel, Landrat Dr. Anton Dietrich, Bächingens Altbürgermeister und Ehrenbürger Wilhelm Rochau. Bild: jdt

re mit 53 kW-Leistung auf dem Dach der Hauptschule. An letzterer wurde eine digitale Anzeige installiert, die den Schülern zeigt, wie viel Energie gerade erzeugt wird. Mit einem Aufwand von rund 700 Arbeitsstunden wurde die Montage von den Vereinsmitgliedern in Eigenleistung vorgenommen. Für beide Anlagen waren Investitionen von rund 600.000 Euro nötig, wobei Darlehen aus dem 100.000-Dächer-Programm der Kreditanstalt für Wiederaufbau in Anspruch genommen wurden. Hinzu kamen Einlagen der Vereinsmitglieder.

Für vorbildlichen Natur- und Umweltschutz wurden u. a. geehrt die freiwillige Feuerwehr Wittislingen, Obst- und Gartenbauvereine, der Arten- und Biotopschutzverband „Wittislinger Moor“, der Arbeitskreis Ökologie Reistingen, die NABU-Ortsgruppe Zöschingen und Privatleute.

Private Hackschnitzel-Heizungen

Für die Errichtung von privaten Hackschnitzel-Heizungen, die mit Holz aus heimischen Wäldern betrieben werden, wurden drei Bürger von Holzheim mit Urkunde und Geldpreisen bedacht: Ulrich Bschorr, Adolf Dürndorfer und Josef Reitenauer junior. 21 Frauen und Männer wurden mit Urkunden geehrt für die Errichtung von Fotovoltaik- und Solaranlagen.

Herzliche Dankesworte von Bürgermeister Grandel und von Dr. Ulrich Mäck galten Landrat Dr. Dietrich für den beispielhaften Umweltwettbewerb. Stimmungsvoll umrahmt wurde die

Kultur-Förderpreis für Rudi Sopper

Bamberger Buchhändler, Verleger und Autor erhielt Auszeichnung am 18. Dezember

Mit dem Kultur-Förderpreis 2003 der Stadt Bamberg wurde der Bamberger Buchhändler, Verleger und Autor Rudi Sopper ausgezeichnet. Die mit 5100 Euro dotierte Auszeichnung gilt einem überaus vielseitigen und einflussreichen Mitgestalter des Bamberger Kulturlebens.

Rudi Sopper, geboren 1952 im niederbayrischen Lindach, hat mit zahlreichen Initiativen das literarische Leben in Bamberg nachhaltig gefördert. Seit 25 Jahren hat er über 200 Autorenlesungen veranstaltet, die seit 1998 in der von ihm begründeten und finanziell maßgeblich mitgetragenen alljährlichen Veranstaltungsreihe „Herbstlese“ das Bamberger Kulturleben bereichern.

Sopper ist zu verdanken, dass man in Bamberg neben zahlreichen einheimischen Autoren u. a. auch Peter Hürtling, Cees Noteboom, Helmut Qualtinger, Bodo Kirchhoff und viele andere sehen und hören konnte.

Hervorzuheben ist hierbei die von ihm praktizierte enge Kooperation mit anderen Bamberger Veranstaltern, denen mit der „Herbstlese“ ein ge-

meinsames Dach geboten wird. Sopper unterstützt auch durch Anzeigenschaltungen, Mitfinanzierung und Büchertische viele literarische Veranstaltungen und Publikationen (z.B. studentische Zeitschriften wie das „Rezensöhnchen“) in Bamberg, und zwar gänzlich unabhängig von der Frage, ob sich diese Aktivitäten „rechnen“ oder nicht.

Nicht weniger hervorhebenswert ist die Tätigkeit Rudi Soppers als Verleger. Das Verlagsprogramm der von ihm betriebenen Verlagsbuchhandlung kann als ein beeindruckendes Zeugnis der Kulturstadt Bamberg bezeichnet werden.

Schließlich verdient auch der Buchautor Rudi Sopper Lob und Anerkennung: Er hat bisher, zusammen mit dem Illustriator Gerd Bauer, drei erfolgreiche Kinderbücher verfasst. **z**

Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Peter Müller

Jens Korn (KPV)

Lutz Roßmann (Landtag)

Brigitte Scherle (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Klaus Kamhuber

Franz Och

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 37 vom 01.01.2003

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) €27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller Verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

„Stiftung Weltkulturerbe Stadt Bamberg“

Neue Wege bei der Förderung von Kultur und Denkmalpflege beschreitet die Stadt Bamberg. Am 11. Dezember 2003, dem zehnten Jahrestag der Aufnahme der Bamberger Altstadt in die Liste des Welterbes der UNESCO, wurde die „Stiftung Weltkulturerbe Stadt Bamberg“ in Leben gerufen, die mit einem stolzen Grundkapital von 8,2 Millionen Euro startet.

Aus den Zinserträgen sollen zukünftig Maßnahmen zum Erhalt des Stadtdenkmals und der Kulturförderung finanziert werden. „Wir schaffen mit dieser Stiftung die Voraussetzung dafür, dass trotz der Finanzkrise das bewährte und erfolgreiche Bamberger Modell zur Erhaltung denkmalgeschützter Bau- substanz weitergeführt werden kann und dass darüber hinaus auch weitere Mittel für das lebendige und vielfältige Kulturleben in Bamberg bereit gestellt werden können“, sagte Oberbürgermeister Herbert Lauer bei der Feier zum zehnjährigen Weltkulturerbe-Jubiläum im E.T.A.-Hoffmann-Theater.

Neue Phase

Mit der Gründung der Weltkulturerbestiftung tritt die Kulturförderung in Bamberg in eine neue Phase. Bis einschließlich 2003 förderte die Stadt Bamberger Kultureinrichtungen, Vorhaben und Maßnahmen in erheblichem Umfang mit Haushaltsmitteln.

„Bamberger Weg“

Besonders hervorzuheben sind dabei der sogenannte Bamberger Weg in der Denkmalpflege, für den früher jährlich 500.000 Euro, jetzt auf Grund der Haushaltssicherung nur noch 200.000 Euro bereit gestellt werden, und der Globalbeitrag für Kulturförderung in Höhe von 150.000 Euro. Nicht unter diesen Begriff fällt der

Betrieb eigener Einrichtungen wie des E.T.A. Hoffmann-Theaters mit über 2 Mio. Euro jährlichem Zuschussbedarf, die Museen und Ausstellungen der Stadt Bamberg (Zuschussbedarf jährlich ca. 650.000 Euro) sowie die Bamberger Symphoniker, die seitens der Stadt auf Grund eines Staatsvertrages mit 1,2 Mio. Euro jährlich gefördert werden.

Bedrohte Maßnahmen

Durch die massive Verschlechterung der Haushaltssituation sind diese Fördermaßnahmen akut bedroht. Auf der anderen Seite stellen gerade kulturelle Einrichtungen und Ereignisse und die Erhaltung der historischen Altstadt einen wichtigen Standortfaktor dar und bestimmen die zentralörtliche Funktion Bambergs ganz wesentlich. Durch die Bewerbung der Stadt Bamberg um den Titel einer Kulturhauptstadt Europas im Jahre 2010 hat dieser Bereich zusätzlich eine neue Dimension bekommen.

Satzung und Finanzrahmen

Im Jahre 2002 war daher der Gedanke entwickelt worden, städtisches Geldvermögen, das bisher durch Zinserträge die Förderung von Kultur- und Denkmalpflege möglich gemacht hatte und das nun rapide verbraucht zu werden drohte, in eine Stiftung einzubringen. Im Laufe des ersten Halbjahres 2003 wurde gemeinsam mit der

Hilferuf des bayerischen Grenzlands

Regionalkonferenz des Bayerischen Landkreistags fordert Fortführung der Gemeinschaftsaufgabe

„Hohe Subventionsunterschiede und Lohnkostendifferenzen werden den wirtschaftlichen Wettbewerb in den Grenzlandkreisen nach der EU-Osterweiterung massiv verzerren“, so der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Theo Zellner, Cham, bei einer Regionalkonferenz in Kötzing.

Die Bundesregierung wird mit dem Jahr 2006 die Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur durch Bundesmittel in den westdeutschen Bundesländern beenden. Die Folge ist ein extremes Fördergefälle an der derzeitigen EU-Außengrenze. Zellner: „Damit werden die grenznahen Regionen im Zusammenhang mit der Osterweiterung doppelt bestraft, da uns mittelfristig ohnehin die Abwanderung der Kaufkraft droht.“

Maßgeschneidertes Ertüchtigungsprogramm

Die Teilnehmer der Regionalkonferenz, die sich zum „Bündnis für den ländlichen Raum“ zusammengeschlossen haben, haben daher nachfolgende Erklärung verabschiedet. Zellner: „Insbesondere fordern wir die unveränderte Fortführung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur zugunsten der grenznahen Regionen Nord- und Ostbayerns“, eine Fortführung der Ziel-II-Förderung der Europäischen Union und der Gemeinschaftsinitiative INTERREG III sowie insgesamt eine verstärkte Lenkung öffentlicher Mittel in den grenznahen ländlichen Raum.“ Besonders begrüßte der Präsident des Bayerischen Landkreistags das Ertüchtigungsprogramm des Freistaats Bayern, das maßgeschneidert sei, wirtschaftliche Verwerfungen der Übergangszeit zu vermeiden.

Schritt zur europäischen „Wiedervereinigung“

Die Teilnehmer der Regionalkonferenz sehen in der EU-Osterweiterung einen historisch notwendigen Schritt zur „Wiedervereinigung“ Europas. Die unmittelbar betroffenen Grenzregionen Niederbayern, Oberpfalz und Oberfranken werden ihren Beitrag zu einem erfolgreichen Zusammenwachsen leisten; allerdings müssen sie politisch und finanziell von der Bundes- und Landesregierung unterstützt werden.

An der Regionalkonferenz nahmen etwa 35 Abgeordnete und Landräte sowie die drei Regierungspräsidenten von Niederbayern, Oberpfalz und Oberfranken teil.

Höhepunkt der 1250-Jahrfeier von Moorenweis:

„Die schwarzen Nonnen von Weißenzell“

Kulturelles Highlight im Rahmen der Feierlichkeiten zu 1250 Jahre Moorenweis war das Festspiel „Die schwarzen Nonnen von Weißenzell“, das seine Premiere Mitte November in der Mehrzweckhalle feierte. Unter Federführung der Theatergruppe Moorenweis wurden seit Juli die vier Akte des von Franz Seraph Wagner eigens verfassten Stückes vorbereitet.

Für die Verantwortlichen stellte sich die Frage, was in der Geschichte des oberbayerischen Moorenweis ins „historische Rampenlicht“ getreten ist. Schnell erinnerte man sich an das Gedenkspiel „Die schwarzen Nonnen von Weißenzell“.

Schauplatz ist jenes ehemalige Frauenkloster zwischen Moorenweis und Dünzelbach gelegen, an dem heute die Kapelle St. Margareth, nahe der Maisach auf einem Hügel stehend, zu bewundern ist. Die überschaubare Geschichte der Gemeinde ist weithin vom Christentum geprägt. Dabei hatte die mittelalterliche Klostergründung ein großes Gewicht. Was vor rund 1200 Jah-

Forderungen zur Bewältigung der EU-Osterweiterung

1. Die Teilnehmer der Regionalkonferenz stehen zur EU-Osterweiterung, zu der es keine Alternative gibt. Die EU-Osterweiterung ist ein historisch notwendiger Schritt zur „Wiedervereinigung“ Europas und die logische Konsequenz aus der älteren und der jüngeren Geschichte. Die unmittelbar betroffenen Regionen Niederbayern, Oberpfalz und Oberfranken werden ihren Beitrag zu einem erfolgreichem Zusammenwachsen leisten. Ohne die politische und finanzielle Unterstützung der Bundes- und Landesregierung werden sie diesen Beitrag allerdings nur eingeschränkt leisten können.

2. Mit einer Beendigung der regionalen Wirtschaftsförderung und wichtiger EU-Fördermaßnahmen im Jahr 2006 entsteht zukünftig ein extremes Fördergefälle an der derzeitigen EU-Außengrenze. Damit würden die grenznahen Regionen im Zusammenhang mit der Osterweiterung doppelt bestraft, weil ihnen mittelfristig ohnehin eine Abwanderung der Kaufkraft droht. Die Teilnehmer der Regionalkonferenz fordern deshalb eine unveränderte Fortführung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur zugunsten der grenznahen Regionen Nord- und Ostbayerns“, eine Fortführung der Ziel-II-Förderung der Europäischen Union, der Gemeinschaftsinitiative INTERREG III sowie insgesamt eine verstärkte Lenkung öffentlicher Mittel in den grenznahen ländlichen Raum auch nach 2006. Bei der Fortführung der Gemeinschaftsaufgabe ist das Kriterium „Grenznahe Räume“ einzuführen.

3. Der grenznahe ländliche Raum ist durch die EU-Osterweiterung sehr stark betroffen, weil er im Gegensatz zu den Verdichtungsgebieten unmittelbar der Konkurrenz der Beitrittsstaaten mit ihrem wesentlich niedrigeren Preisniveau ausgesetzt sein wird. Um wirtschaftliche Verwerfungen für eine Übergangszeit zu vermeiden, sind deshalb die vorgesehenen befristeten Einschränkungen, insbesondere eine befristete Aussetzung der Arbeitnehmerfreizügigkeit sowie eine sektorale Beschränkung der Dienstleistungs-

Lehrstück für die Gegenwart

ren geschah, wurde nicht im Einzelnen dokumentiert. Deshalb erlebten die Besucher des Spiels Szenen, wie sie sich in der Geschichte von Weißenzell und Umgebung zugetragen haben könnten.

Die vier Akte handelten von der Klostergründung und den Nonnen von Weißenzell, dem Besuch von Bischof Ulrich und Graf Rasso und von der Zeit nach dem 30-jährigen Krieg. Die Besucher konnten sich überzeugen von der menschlichen Größe der Vorfahren, die auch in schwerer Zeit zusam-

men hielten. Insofern kann die Geschichte zum Lehrstück für die Gegenwart werden.

4. Neuesten Prognosen der demografischen Entwicklung ist zu entnehmen, dass die grenznahen Regionen Nord- und Ostbayerns zum großen Teil mit einem erheblichen Bevölkerungsrückgang zu rechnen haben. Die Teilnehmer der Regionalkonferenz fordern deshalb ein landesplanerisches Maßnahmenbündel zur Stärkung des ländlichen Raums. Notwendig ist insbesondere eine Lockerung planerischer Restriktionen im ländlichen Raum, insbesondere eine Öffnung des zentralörtlichen Prinzips. Gefordert wird ferner der verstärkte Ausbau der Infrastruktur nach dem Erschließungsprinzip sowie die Verlagerung geeigneter öffentlicher Einrichtungen in den grenznahen ländlichen Raum.

5. Die Erweiterung der Europäischen Union wird das Verkehrsaufkommen im Grenzland um ein Vielfaches erhöhen. Nach dem Beitritt Tschechiens werden Zunahmen des grenzüberschreitenden Verkehrs von bis zu 200% prognostiziert. Die Teilnehmer der Regionalkonferenz fordern die Schaffung eines „Verkehrsprojektes EU-Osterweiterung“, mit dem eine verbesserte Verkehrsinfrastruktur auf Straße und Schiene realisiert und so den erhöhten Anforderungen an die Bewältigung der Ost-West-Verkehrsströme Rechnung getragen wird.

6. Die Teilnehmer der Regionalkonferenz vereinbaren ein „Bündnis für den ländlichen Raum“. Im Rahmen dieses Bündnisses werden die Teilnehmer der Regionalkonferenz die Entwicklung des grenznahen ländlichen Raums beobachten und anlassbezogen die notwendigen Maßnahmen in die Wege leiten. Dabei fordern sie die Unterstützung von Bund und Land, vor allem auch im Rahmen der neuen Aufgabe „Landesentwicklung“ im bayerischen Wirtschaftsministerium.

7. Die Bundesregierung wird aufgefordert, ihr Versprechen nach besonderen Hilfen für das ostbayerische Grenzland im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung einzuhalten. Im Besonderen fordern die Teilnehmer der Regionalkonferenz ein zeitlich befristetes Grenzgebietprogramm, wie es bei der Süderweiterung aufgelegt wurde. ☞

men hielten. Insofern kann die Geschichte zum Lehrstück für die Gegenwart werden.

Unter der Regie von Burkhardt Greif, Franz Popfinger und Fred Mahl wurde mit etwa 120 Laienschauspielern und Kindern aus fast allen Ortsteilen der Gemeinde und der Theatergruppe dieses Stück inszeniert.

In mühevoller Kleinarbeit wurden fast alle Kostüme zusammengestellt bzw. unter fachkundiger Anleitung angefertigt. Für die musikalische Gestaltung sorgte die Liedertafel Moorenweis und ein eigens hierfür zusammengestelltes Orchester. Unter der bewährten Leitung von Norbert Steinhardt wurden eigens Lieder, Choräle und Instrumentalstücke einstudiert. Sogar ein Chorsatz wurde extra von Steinhardt komponiert. DK

GZ Gestern

hat mein Chef gesagt ...

„Stößer die Kassen nie klingeln, als zu der Weihnachtszeit. Heller die Käufer nie singen, bald ist Bescherung ihr Leut.“ Mein Chef, der Bürgermeister, schreckt ja beinahe in seiner Spottlust vor nichts zurück. Also keine Angst, er übt nicht für die Weihnachtsfeier der Globalisierungsgegner, sondern kommentierte nur in seiner Art einen Artikel von Hajo Klein in der Heimatzeitung, der sich für eine Öffnung der Geschäfte an den Adventssonntagen einsetzt.

Er meint, die insgesamt eher mageren Einzelhandelsumsätze in unserer Stadt wären besser gewesen, wenn die Läden die letzten drei Sonntage hätten aufmachen können. Nicht bedacht hat er, dass die Unsicherheit über die künftige wirtschaftliche Entwicklung, die Angst vor Arbeitslosigkeit und die sich verfestigende Er-



schuld an der Leerung unserer Kirchen haben. Geöffnete Läden am Sonntag und damit verbunden mehr Leute in der Stadt könnten auch Restaurantbesitzer ermutigen, sonntags wieder zu öffnen. In wie vielen Städten bekommt man heutzutage am Sonntag nur beim Chinesen, Italiener oder Bahnhofsg grill etwas zu Mittag!

Dass die Leute das wollen, zeigen doch die Umsätze der Gemischtwarenläden, die auch Benzin verkaufen und deshalb noch als Tankstellen firmieren, um eine Lücke im Ladenschlussgesetz zu nutzen. Und wenn ich heute Bücher nicht nur über das Internet, sondern auch in der Buchhandlung kaufe, dann nur, um meine Solidarität mit einer Branche zu zeigen, die für die pfiffige Marketingidee von mittelmäßigen Partys zur Feier von „Harry Potter 5“ Bußgeldbescheide bekommen hat. Sorgen haben wir.

Aber halt, mein Chef, der Bürgermeister, hat Recht. Ich sollte mich zum Jahresende nicht mehr aufregen. Jetzt haben wir uns 51 Wochen in diesem Jahr Gedanken um unsere kleine Welt, das Städtchen, und die große Welt um uns herum gemacht. In der 52. haben wir es uns verdient, einen Gang runterzuschalten, inne zu halten und uns mal was Gutes zu tun. Etwas unsere traditionelle Weihnachtsfeier, die wir nicht dem Spardiktat opfern, wengleich sich die Frau vom Bürgermeister eigentlich mal ihre Zimtsterne sparen sollte, die die Konsistenz von Betonpollern haben. Aber ich hab ja meine Makronen dabei, auf die der Bürgermeister so steht.

Innen allen frohe Festtage, gesegnete Weihnachten und ein tolles Jahr 2004. Vielleicht denken Sie ab und zu an den Satz von Jean Paul, den ich dem Bürgermeister aus den Kalenderblättern für seine Weihnachtsansprache herausgesucht habe: „Die Menschen sollen einander bei den Händen fassen und nicht nur gut sein, sondern auch froh. Die Freude ist der Sommer, der die inneren Früchte färbt.“

the sabrina

Den Ladenschluss im Visier

kenntnis der Leute, dass die sozialen Sicherungssysteme nicht mehr zu bezahlen sind, die Konsumlust der Leute in den Keller schiebt.

Vor allem ist er wieder mal voll am Thema vorbei. Eine Sonntagsöffnung der Geschäfte nur im Advent - ursprünglich vorgeschlagen durch Vertreter von Parteien, die nicht gerade zu den Bannerträgern der christlichen Ausrichtung des Gemeinwesens gehören - würde Weihnachten nur weiter in die Ecke des Katalysators für eine wachstumsinduzierende Jahresendralley drängen. Wir würden dann nicht mehr die Ankunft des Herrn erwarten, sondern steigende Börsenkurse für die Handelstitel. Atzend.

Andererseits müssten gerade die Kommunalpolitiker ein Auge darauf haben, dass das Ladenschlussgesetz generell weggefegt wird. Denn nur so wird langfristig eine Verödung der Innenstädte verhindert werden können. Das Spezialgeschäft am Marktplatz kann sich nicht wie der große Discounter im Industriegebiet durchgehende Öffnungszeiten von 7:30 bis 20:00 Uhr leisten. Da wäre ein Sonntagservice ganz attraktiv, wie wir an den Mantelssonntagen in manchen Gegenden sehen, die sehr gut angenommen werden und durch den Beginn nach dem Hauptgottesdienst sicherlich keine Mit-

Resolutionen des KPV-Bezirksvorstands Schwaben:

Für Entlastung der Bezirke bei der Sozialhilfe

Die Mitglieder der Bezirksvorstands der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) Schwaben haben in ihrer jüngsten Sitzung in Wehringen zwei Resolutionen verabschiedet, die sich mit den Themen „Kommunaler Finanzausgleich 2004“ und „Behördenreform in Bayern“ befassen.

Zum Thema Finanzen fordert der Bezirksvorstand der KPV Schwaben eine deutlich spürbare Entlastung der Bezirke in der überörtlichen Sozialhilfe. Allein der Sozialhilfeausgleich für die Bezirke habe sich innerhalb von zehn Jahren mehr als verdreifacht. So seien die Ausgaben der Bezirke in diesem Bereich im Zeitraum von 1992 bis 2003 von 492 Millionen Euro auf 1500 Millionen Euro gestiegen. Der Ausgleich durch den Staat könne nur über eine Erhöhung der Ausgleichsmasse des Artikels 15 Finanzausgleichsgesetz (FAG) erfolgen.

Mindestens 210 Millionen Euro zusätzliche Mittel in der überörtlichen Sozialhilfe seien erforderlich. „Findet diese Entlastung nicht statt, sind die Bezirke und die Landkreise gezwungen, eine massive Steigerung der Bezirks- sowie der Kreisumlagen zu beschließen“, heißt es wörtlich in der Resolution, die von Landrat Erich Josef Geßner, Vorsitzender der KPV Schwaben unterzeichnet wurde. Eine solche Umlagerhöhung sei für die kreisangehörigen Kommunen nicht mehr zu schultern. Während auf der einen Seite die Steuereinnahmen weiterhin sinken, würden

der kommunalen Ebene auf der anderen Seite nach wie vor zusätzliche Aufgaben zugemutet. Der KPV-Bezirksvorstand befürchtet, dass aus diesem Grund im Jahr 2004 zahlreiche Kommunen keine genehmigungsfähigen Haushaltssatzungen mehr vorlegen könnten.

Zwang zur Hebesatzerhöhung Die zurückgehende Umlagekraft zwingt die Bezirke und Landkreise geradezu, ihre Hebesätze zu erhöhen, wird in dem Schreiben hervorgehoben, das auch an den Landesvorsitzenden der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU in Bayern, Landrat Luitpold Braun in Weirheim ging. Dieser wurde gebeten, die Forderung zur Sache des gesamten KPV-Landesverbandes zu machen und gegenüber Bayerns Finanzminister Professor Dr. Kurt Faltthausen massiv zu vertreten.

Die zweite Resolution ging an Staatskanzleichef Erwin Huber. Zum Thema Verwaltungs- und Behördenreform hat sich der KPV-Bezirksvorstand Schwaben einstimmig dafür ausgesprochen, dass die Aufgaben und das Perso-

nal der vorhandenen Sonderbehörden entweder den Regierungen als Mittelbehörden oder den Landratsämtern zugewiesen werden sollen. „Nur durch schnellere Verwaltungsverfahren, einfachere Standards sowie schlankere Strukturen können finanzielle Spielräume wieder gewonnen und Möglichkeiten für schnelle und flexible Entscheidungen vor Ort geschaffen werden“, wird betont.

Der Ansatz der Bayerischen Staatsregierung, den dreistufigen Aufbau der Inneren Verwaltung zum prägenden Strukturelement zu machen, werde von der KPV Schwaben ausdrücklich begrüßt. Für die Bündelung der bisherigen Fach- und Sonderbehörden auf der Ebene der Landratsämter eignen sich nach Ansicht der KPV insbesondere Aufgaben der Straßenbauämter bei den Kreisstraßen, große Teile der Gewerbeaufsicht, die Aufgaben der Landwirtschaftsämter, die hoheitlichen und betrieblichen Aufgaben der Forstämter sowie die Schulämter.

Nach Ansicht der KPV Schwaben haben die Landratsämter in der Vergangenheit deutlich unter Beweis gestellt, welche Vorteile sich durch die Konzentration der Aufgaben von Veterinärwesen und Gesundheitsdienst oder gar der Einrichtung des Kompetenzzentrums „Verbraucherschutz“ ergeben können. ☞

Rosenheimer Fachtagung:

Familie eine Zukunft geben

Im Rosenheimer Bildungszentrum St. Nikolaus fand jüngst ein Familienforum unter dem Motto „Familie eine Zukunft geben - Erfahrungen, Visionen, Strategien finden für Familie-Leben in Rosenheim“ unter der Schirmherrschaft von Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer statt. Eingeladen hatten die Gleichstellungsstelle der Stadt, das Katholische und das Evangelische Bildungswerk. Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus verschiedenen Organisationen und Einrichtungen diskutierten ihre Vorstellungen, wie die Situation von Familien in Rosenheim zukunftsgerecht gestaltet werden könnte.

Ziel der Veranstaltung war es, Fachleuten, die in ihrer täglichen Arbeit in unterschiedlicher Art und Weise mit Familien in Berührung kommen, einen Rahmen zu bieten, um ins Gespräch zu kommen. Der Meinungsaustausch darüber, was Familien in Rosenheim benötigen, stand dabei im Vordergrund. Die Ergebnisse werden OB Bauer als Impulse für familienpolitische Entscheidungen in der Stadt vorgestellt.

Die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Rosenheim,

Renate Heilmann, stellte in einem kurzen Sachstandsbericht Trends vor, die in den vergangenen 50 Jahren das gesellschaftliche Leben in der Bundesrepublik und auch in Rosenheim maßgeblich beeinflussten. Dazu gehören höhere Lebenserwartung, Geburtenrückgang, Neuorganisation der Familien durch die verstärkte Berufstätigkeit von Frauen, sowie massive Veränderungen in der Arbeitswelt.

Diese Aussagen bestätigten auch die Teilnehmenden des

Familienforums und Mitarbeiter des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien der Stadt Rosenheim.

Attraktive Stadt

Die starken Veränderungen in der Bevölkerungsstatistik sind in Rosenheim deutlich erkennbar. So überwiegen bereits heute die Erwachsenen über 65 die Gruppe der Kinder unter 14 Jahren. Bundesweit ist dieses Verhältnis noch 1 zu 1. Dramatisch wird es in den kommenden Jahren. 2028 hat sich dieses Verhältnis zu Lasten der Kinder auf 1 zu 2 verschoben. Im Rosenheimer Stadtbild werden die Senioren vorherrschen. Zu den zentralen Zukunftsfragen wird also gehören, die Stadt für Familien mit Kindern attraktiv zu machen.

Wertzuwachs und Imagegewinn

Mehr Kinder werden nur dann auf die Welt kommen, wenn das „System Familie“ in all seinen unterschiedlichen Erscheinungsformen einen Wertzuwachs und Imagegewinn erhält, so der allgemeine Tenor. Dieses Umdenken kann

jedoch nicht von oben verordnet werden, sondern bedarf des täglichen Engagements aller Menschen, die mit Kindern und Jugendlichen umgehen.

„Grün für Familien“

Neben diesen grundsätzlichen Überlegungen wurden unter der sachkundigen Moderation von Brigitte Krecan-Kirchbichler auch klare Forderungen formuliert, die auf politischem Weg durchgesetzt werden müssen. Der Lebensraum für Kinder Rosenheim sollte verbessert werden, in dem beispielsweise die Errichtung von Kinderspielplätzen bei größeren Bauvorhaben nicht mehr so einfach gestrichen oder abgelöst werden kann. Die Landesgartenschau sollte in jedem Fall durchgeführt werden unter besonderer Berücksichtigung der Belange von Familien - Stichwort „Grün für Familien“.

Familienseite angeregt

Angeregt wurde auch eine Familienseite für Vereine und Organisationen in der Presse, um so dem vorhandenen Informationsbedürfnis nachzukommen. Abschließend wurde der Wunsch geäußert, diese Familienfachtagung für die Stadt Rosenheim zu wiederholen. **DK**

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt ein Prospekt von der Firma BayWa, München bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. **KI**

2. EuRegio-Musikschulfest in Kloster Seon

Das erste EuRegio-Musikschulfest fand vor drei Jahren in Kloster Seon statt. Der großartige Erfolg des Musikschulfestes veranlasste die Akteure, dieses Fest im Drei-Jahres-Rhythmus zu veranstalten. Vor kurzem war es wieder soweit: Salzburger und bayerische Musikschüler und Musikschülerinnen stellten in dem reizvollen Ambiente des Klosters ihr Können unter Beweis und musizierten miteinander gemäß dem Motto „Musik verbindet“.

Das Musikschulfest begann mit einem Festkonzert, das von je einem Orchester aus dem Land Salzburg, dem Landkreis Berchtesgadener Land und dem Landkreis Traunstein gestaltet wurde. Der krönende Abschluss des Abends war der gemeinsame Vortrag eines Werkes von Carlo Riciotti durch alle drei Orchester. Tags darauf konnten die Besucher die Vielfalt der musikalischen Ausbildungsmöglichkeiten erleben.

Auf drei verschiedenen Bühnen des ehemaligen Klosters fand ein freies Musizieren statt. Dabei reichte der Bogen von der Klassik über die Volksmusik bis hin zu Jazz und Pop. Fa-

milien und Musikinteressierte konnten bei freiem Eintritt diesen Musikgenuss erleben und von Bühne zu Bühne wandern. Außerdem wurden aus dem Bereich Musikalische Frühziehung Möglichkeiten zum Singen, Orff-Musizieren und Perkussion zum Ausprobieren und Mitmachen angeboten.

Ein gemeinsames Musizieren aller Solisten und Ensembles zum Tagesabschluss stellte nochmals den Austausch und die Zusammenarbeit der Musikschulen und insbesondere das Kennenlernen der Musikschüler und Musikschülerinnen untereinander sowie die Freude am Musizieren eindrucksvoll unter Beweis. **KI**

Vorschau auf GZ 1/2

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 1/2, die am 15. Januar 2004 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- ◀ Energieversorgung • Energiesparmaßnahmen
- ◀ Umweltschutz
- ◀ Abfallwirtschaft
- ◀ Fachliteratur für Kommunen
- ◀ Kommunales Verkehrswesen • ÖPNV